



# Umsetzung des OECD - Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung



**Phase 4:  
Folgebericht nach  
zwei Jahren:  
Deutschland**

## **Phase 4 der Evaluierung Deutschlands: Schriftlicher Folgebericht nach Zwei Jahren**

Diese Übersetzung wurde von deutschen Behörden zur Verfügung gestellt und von der OECD veröffentlicht. Bei Abweichungen zwischen der deutschen und englischen Fassung ist allein die englische Fassung verbindlich. Es wird darauf hingewiesen, dass manche Anhänge nur in der englischen Fassung verfügbar sind.

Dieses Dokument und die darin erhaltenen Karten berühren nicht die Hoheitsgewalt über Gebiete, die Festlegung von Landesgrenzen und die Namen von Gebieten, Städten oder Gegenden

---

## *Inhaltsverzeichnis*

<b>Phase 4 der Evaluierung Deutschlands: Schriftlicher Folgebericht nach zwei Jahren .....</b>	<b>3</b>
<b>PHASE 4 DER EVALUIERUNG DEUTSCHLANDS: SCHRIFTLICHER FOLGEBERICHT NACH ZWEI JAHREN.....</b>	<b>16</b>
ANNEX I - OECD Phase 4 follow-up Germany – Additional Information Provided by Germany to the Evaluation Team. ....	53
ANNEX II - Federal Government Bill - Draft of an Act to Strengthen Integrity in Business.....	57
ANNEX III - Excerpt from the Explanatory Memorandum to the Act on the Sanctioning of Criminal Offences Relating to Corporations Government Draft of an Act to Strengthen Integrity in Business .....	76
ANNEX IV - Act on the Establishment and Operation of a Register for the Protection of Competition for Public Contracts and Concessions.....	79
ANNEX V - Official Explanatory Memorandum to the Act Establishing a Competition Register (Official Journal 18/12051 page 28) .....	85
ANNEX VI - Summary of the Main Findings of the Empirical Evaluation of Negotiated Settlements in Criminal Proceedings Pursuant to Section 257c CCP.....	86
ANNEX VII – Collection Template for Enforcement Data Relating to Foreign Bribery Cases .....	90

## *Phase 4 der Evaluierung Deutschlands: Schriftlicher Folgebericht nach zwei Jahren*

### **Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse<sup>1</sup>**

1. Im März 2021 legte Deutschland der OECD-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Bestechung (im Folgenden „die Arbeitsgruppe“) seinen schriftlichen Folgebericht nach zwei Jahren vor, in dem es die unternommen Schritte zur Umsetzung der 35 Empfehlungen und zur Behandlung der Folgethemen aus seiner [Phase-4-Evaluierung](#) vom Juni 2018 darstellte. Auf Grundlage dieses Berichts stellt die Arbeitsgruppe fest, dass Deutschland 10 der Empfehlungen vollständig, 7 teilweise und 18 nicht umgesetzt hat. Deutschland verfolgt aktuell Gesetzgebungsvorhaben, mit denen voraussichtlich 11 der aktuell als „nicht umgesetzt“ eingestuften Empfehlungen umgesetzt werden.

2. Deutschland nimmt bei der Ermittlung, strafrechtlichen Verfolgung und Sanktionierung in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger weiterhin eine führende Rolle innerhalb der Mitglieder des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger ein. Deutschlands Bilanz beim Gesetzesvollzug spiegelt die von der Arbeitsgruppe in ihrer Phase-4-Evaluierung beobachteten Entwicklungen wie auch Grenzen der deutschen Gesetzesvollzugspraxis wider. Die Arbeitsgruppe begrüßt Deutschlands stabile Fortführung der Vollzugsmaßnahmen gegen natürliche Personen, die Wirtschaftsdelikte im Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger begehen. Die Arbeitsgruppe äußert jedoch ihre Besorgnis darüber, dass die Durchsetzung der Unternehmenshaftungsregelungen in Deutschland nach wie vor auf einem bedenklich niedrigen Stand ist. In den insgesamt 22 Fällen, die seit der Phase-4-Evaluierung abgeschlossen wurden, wurde nur gegen 2 juristische Personen (also in 9% der Fälle) die Unternehmenshaftung geltend gemacht. Dagegen wurden gegen 4 juristische Personen strafrechtliche Einziehungsmaßnahmen verhängt, gegen 3 weitere wurde die Einziehung des Wertes der Taterträge im Rahmen des Ordnungswidrigkeitengesetzes angeordnet, was keine Haftung und noch nicht einmal eine Sanktionierung der juristischen Personen zur Folge hat. Dabei ist es irritierend, dass die durch diese alternativen Einziehungsanordnungen konfiszierten Beträge sehr viel höher ausfielen als die verhängten Bußgelder, was noch einmal die Notwendigkeit einer weiteren Untersuchung der Anwendung dieser Anordnungen durch die Arbeitsgruppe verdeutlicht. Das Fortbestehen der Diskrepanz in der Praxis der Strafverfolgungsbehörden der 16 Bundesländer, infolge derer natürliche statt juristische Personen haftbar gemacht werden und fragmentierte Ermittlungsansätze in Verbindung mit der alternativen Anwendung von Einziehungsanordnungen schränken Deutschlands Fähigkeit, Unternehmen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger zur Rechenschaft zu ziehen, weiterhin stark ein.

---

<sup>1</sup> The evaluation team for this Phase 4 two-year written follow-up evaluation of Germany was composed of lead examiners from **Japan** (Mr. Takeyoshi Imai, Professor of Law and Attorney at Law, School of Law of Hosei University, Mr. Jun Yamazaki, Attorney, Criminal Affairs Bureau, Ministry of Justice and Ms. Kumi Sakurai, Deputy Director, OECD Division, International Economy Division, Economic Affairs Bureau, Ministry of Foreign Affairs) and the **Russian Federation** (Mr. Vadim Tarkin, Deputy Director of the Department for the International Law and Cooperation, Ministry of Justice and Ms. Olga Mokhova, Senior prosecutor, Prosecutor General’s Office) as well as members of the **OECD Anti-Corruption Division** (Ms. Sandrine Hannedouche-Leric, Evaluation Coordinator and Senior Legal Analyst, Ms. Lise Née, Mr. Brooks Hickman, and Ms. Solène Philippe, Legal Analysts). See Phase 4 Procedures, paras 54-62 on the role of Lead Examiners and the Secretariat in the context of two-year written follow-up reports.

3. Vor diesem Hintergrund wurde dem Bundestag im September 2020 der Entwurf für ein Gesetz zur Sanktionierung von verbandsbezogenen Straftaten (im Folgenden „Verbandssanktionengesetz“, „Gesetz“ oder „VerSanG“) vorgelegt. Die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs würde das aktuelle Unternehmensstrafrecht im Rahmen des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG) grundlegend reformieren und Unternehmensstrafatbestände in Deutschland einem hybriden Unternehmenshaftungssystem, das sowohl auf dem Straf- als auch dem Ordnungswidrigkeitenrecht beruht, unterwerfen. Die Arbeitsgruppe spricht Deutschland Anerkennung für die Durchführung umfassender Konsultationen zur Überarbeitung der konzeptionellen Grundlage und zur Verbesserung der Wirksamkeit der Unternehmenshaftung in seinem Rechtssystem aus. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Folgeberichts hat Deutschland der Arbeitsgruppe mitgeteilt, dass die Festlegung eines Termins für die erste Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag noch aussteht. Die Arbeitsgruppe legt Deutschland nahe, diesen Gesetzentwurf unverzüglich anzunehmen, da dieser die Voraussetzung für die mögliche Umsetzung von neun Phase-4-Empfehlungen bildet (Empfehlungen 1.a., 2.c., 3.d., 4.d., 4.f., 4.g., 6.a., 6.b., 6.d.). Der mangelnde Gesetzesvollzug gegen juristische Personen hat die Grenzen der deutschen Haftungsregelungen im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenrechts deutlich offengelegt. Sollte der Gesetzentwurf mit den aktuellen hybriden Regelungen zur Unternehmungshaftung verabschiedet werden, so wird die Arbeitsgruppe bei ihrer nächsten vollständigen Evaluierung Deutschlands die Wirksamkeit der neuen Regelungen mit zunehmender Anwendung prüfen.

4. Auch andere Maßnahmen, die als Reaktion auf die Empfehlungen der Arbeitsgruppe ergriffen wurden, sind noch in Bearbeitung. Deutschland steht immer noch vor der Aufgabe, seine Gesetzgebung so anzupassen, dass diese Hinweisgebern sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor klare und umfassende Schutzmaßnahmen bietet (Empfehlung 1.b.) und die Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammern sowohl für die Bestechung ausländischer Amtsträger als auch für die Bestechung im geschäftlichen Verkehr festschreibt, so wie es der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Januar 2021 vorsieht (Empfehlung 2.d.). Das Bundesjustizministerium hat neue Instrumente entwickelt, die die Erhebung von Fallinformationen und das Führen von Statistiken verbessern (Empfehlungen 2.a., 4.a. und 5). Deutschland könnte darüber hinaus mehr dafür tun, die Vorhersehbarkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht in alternativen Verfahren gegen natürliche Personen sicherzustellen. Aufgrund der weit verbreiteten Anwendung von Verfahren gemäß § 153a StPO zur Sanktionierung von Einzelpersonen, wurde Deutschland dazu aufgefordert, die Kriterien für die Anwendung dieser alternativen Verfahren klarzustellen und wichtige Elemente aus diesen Verfahren offenzulegen (Empfehlung 3.b.). Deutschland gibt darüber hinaus an, dass aufgrund der Komplexität formeller Verständigungen gemäß § 257c StPO, informelle Verständigungen immer noch Teil der Praxis sind (Empfehlung 3.c.). Die mangelnde Transparenz dieser Absprachen wirft weiterhin Bedenken auf. Deutschland berichtet, dass ein Entwurf für die Überarbeitung der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) in Arbeit ist, der zur Offenlegung von Informationen über die Verfahren gemäß § 153a StPO beitragen soll. Die Auswirkungen des Richtlinienentwurfs können zu diesem Zeitpunkt nicht beurteilt werden (Empfehlung 3.b.). Deutschland könnte auch weitere Anstrengungen dahingehend unternehmen, den Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern zu stärken, um so einen einheitlichen Umgang mit Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger sicherzustellen, einschließlich bei der Unternehmenshaftung, der Anwendung alternativer Verfahren gemäß § 153[a] StPO und bei der Ermittlung von Taterträgen zur Berechnung des Abschöpfungsanteils (Empfehlung 2.b.). Im Folgenden werden die Zusammenfassung und Ergebnisse der Arbeitsgruppe dargestellt; der Bericht Deutschlands findet sich im Anhang.

## *Gesetzesvollzug seit der Phase-4-Evaluierung<sup>2</sup>*

5. Insgesamt hat Deutschland seine kontinuierlichen Bemühungen zur Aufdeckung, Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger weiter aufrecht erhalten. Seit der Phase-4-Evaluierung fanden in 62 Fällen Ermittlungen statt, wobei 47 dieser Fälle bereits zum Zeitpunkt der Phase-4-Evaluierung liefen. Ende 2020 wurde noch in 16 Fällen ermittelt, in 19 Fällen waren die Ermittlungen ohne Sanktionen eingestellt worden, entweder aus Mangel an Beweisen oder auf Grundlage eines außergerichtlichen Verfahrens gemäß § 170 der Strafprozessordnung (StPO), § 153 Absatz 1 StPO oder § 154 Absatz 1 StPO. In 7 Fällen waren Anklagen gegen insgesamt 17 Personen anhängig.<sup>3</sup> Darüber hinaus liefen in zwei Fällen Verfahren gegen 2 juristische Personen, allerdings in einem Fall nicht aufgrund des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger, da die Verjährungsfrist bereits abgelaufen war.<sup>4</sup>

Zwischen dem Inkrafttreten des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im Februar 1999 und Dezember 2020 wurden insgesamt 378 natürliche und 21 juristische Personen in 78 Fällen im Zusammenhang mit dem Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert. Im Zeitraum zwischen der Phase-4-Evaluierung im Jahr 2018 und Ende Dezember 2020 wurden 50 natürliche und 2 juristische Personen in 22 Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert. Wie bereits in Phase 4 der Evaluierung wurden in Deutschland weiterhin alternative Tatbestände zur Sanktionierung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger herangezogen; 92 Personen wurden wegen des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert, 286 weitere wegen anderer Tatbestände.<sup>5</sup> Seit Phase 4 der Evaluierung wurden 18 von 50 sanktionierten Personen wegen des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert. Die verbleibenden 32 Personen wurden wegen anderer Tatbestände sanktioniert. Deutschland hat die Tatbestände der Bestechung im geschäftlichen Verkehr und der Untreue seither ausgewogener angewendet. Anteilig wurden seit Phase 4 der Evaluierung mehr Personen wegen des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert (als zuvor) und Deutschland sollte ermutigt werden, auch in Zukunft diesen Tatbestand zur Sanktionierung von Fällen im Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger anzuwenden.

6. Deutschland hat auch eine Reihe von außergerichtlichen Verfahrensinstrumenten angewendet, darunter § 153a StPO, der weiterhin das am häufigsten genutzte Instrument zur Sanktionierung von Personen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger bleibt. Deutschland hat auch weiterhin Sanktionen auf Grundlage außergerichtlicher Verfahren gemäß § 153a StPO verhängt; was auf 80% der seit Phase 4 sanktionierten (Einzel-)personen zutrifft. Für den Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger stieg der Anteil der Fälle, die mit diesem Mechanismus belegt wurden, stark an – von 59%

<sup>2</sup> Die statistischen Informationen in diesem Bericht wurden von dem Evaluierungsteam auf Grundlage der in den Berichten der Bundesländer aus den Jahren 2018 und 2019 übermittelten Informationen und in Einklang mit der in Phase 4 der Evaluierung angewandten Methodik zusammengestellt, tabellarisch aufbereitet und analysiert. Die Länder übermittelten darüber hinaus im Jahr 2020 auch Fallinformationen über die vom Bundesjustizministerium entwickelte neue Vorlage für die Datenerhebung.

<sup>3</sup> Im Fall Hes 2011/4 (3 Personen), im Fall Hes 2012/2 (2 Personen), im Fall Hes 2012/4 (1 Person), im Fall Hes 2014/1 (1 Person), im Fall Bremen 2013/1 (7 Personen), im Fall Bremen 2015/3 (1 Person), und im Fall Bra 2015/1 (2 Personen)

<sup>4</sup> Im Fall Bav 2013/2 und im Fall Hes 2014/1

<sup>5</sup> Anhand der vom Bundesjustizministerium verwendeten Vorlage zur Erhebung der Fallberichte der Bundesländer für das Jahr 2020 konnte ermittelt werden, dass 9 Personen, die man in Phase 4 als Personen, die wegen des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger sanktioniert worden waren, gezählt hatte, tatsächlich aufgrund des Tatbestands der Bestechung im geschäftlichen Verkehr sanktioniert worden waren. Die Daten wurden daher für den vorliegenden Bericht angepasst.

der aufgrund dieses Tatbestands sanktionierten Personen in Phase 4 auf 88% seit Phase 4. Zwei Personen wurden von einem Gericht wegen des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger verurteilt.

7. Bei der Analyse der von Deutschland für diesen Bericht übermittelten Daten zum Gesetzesvollzug zeigte sich, dass die Praxis der Sanktionsverhängung weiterhin von den in Phase 4 ermittelten Merkmalen bestimmt ist. Die Höhe der gegen natürliche Personen verhängten Geldbußen bleibt weiterhin am unteren Rand des möglichen Spektrums. Die Gerichte belegten keinen einzigen Angeklagten, gegen den nach einem vollständigen Verfahren keine Haftstrafe verhängt worden war, mit einer Geldbuße und es wurden alle Haftstrafen zur Bewährung ausgesetzt. Der einzige Fall, in dem ein Angeklagter wegen Bestechung ausländischer Amtsträger mit einer Geldbuße belegt wurde ohne dass eine Gefängnisstrafe erging, wurde durch eine Verständigung nach § 257c StPO beendet. Die Bilanz der deutschen Gesetzesvollzugspraxis in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger im Zeitraum zwischen Phase 4 und Ende Dezember 2020 fällt folgendermaßen aus:

- ◆ 20 Fälle, in denen 50 Personen mit Strafmaßnahmen belegt und 1 Person freigesprochen wurde(n); dabei wurde(n)
  - 18 natürliche Personen in 5 Fällen<sup>6</sup> aufgrund des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger (§ 334 StGB) mit Strafen belegt
  - 9 natürliche Personen in 4 Fällen<sup>7</sup> aufgrund des Tatbestands der Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) mit Strafen belegt
  - 11 natürliche Personen in 5 Fällen<sup>8</sup> aufgrund des Tatbestands der Untreue (§ 266 StGB) mit Strafen belegt
  - 10 natürliche Personen in 4 Fällen<sup>9</sup> aufgrund von Steuerstraftaten sanktioniert
  - 2 natürliche Personen aufgrund anderer, unbekannter Tatbestände sanktioniert<sup>10</sup>
- ◆ 2 Fälle<sup>11</sup>, in denen 2 juristische Personen nach § 30 OWiG zur Rechenschaft gezogen wurden, dabei wurde
  - 1 juristische Person aufgrund des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträgers zur Rechenschaft gezogen (und eine Geldbuße von 370 000 Euro verhängt)
  - 1 juristische Person aufgrund von Steuerstraftaten zur Rechenschaft gezogen (und eine Geldbuße von 500 000 Euro verhängt)
- ◆ Verhängung von strafrechtlichen Einziehungsmaßnahmen (gemäß § 73 StGB) gegen 4 juristische Personen<sup>12</sup>

<sup>6</sup> Im Fall Bremen 2013/1 (6 Personen), im Fall Bremen 2013/2 (8 Personen), im Fall Bremen 2015/2 (5 Personen), im Fall Bremen 2015/3 (1 Person), im Fall Hes 2012/2 (3 Personen) und im Fall BW 2007/3 (2 Personen).

<sup>7</sup> Im Fall Bav 2014/5 (4 Personen), im Fall BW 2007/3 (2 Personen), im Fall Hes 2015/1 (2 Personen) und im Fall Hes 2011/9.

<sup>8</sup> Im Fall Bav 2011/1 (1 Person), im Fall Bav 2012/1 (6 Personen), im Fall Hes 2012/1 (3 Personen), im Fall Bremen 2016/1 (2 Personen) und im Fall Bav 2011/3 (1 Person).

<sup>9</sup> Im Fall Bremen 2015/2 (1 Person), im Fall Bav 2012/2 (2 Personen), im Fall Bav 2013/2 (5 Personen), im Fall Bav 2016/2 (2 Personen).

<sup>10</sup> Im Fall Ham 2013/1 (1 Person) und im Fall SH 2013/1 (1 Person).

<sup>11</sup> Im Fall Hes 2012/2 und im Fall Bav 2013/2

<sup>12</sup> Im Fall BW (alt) 2011/1 (2 juristische Personen), im Fall Hes 2012/2 (1 juristische Person) und im Fall Hes 2015/1 (1 juristische Person).

- ◆ Anordnung der Einziehung des Wertes der Taterträge gemäß § 29a OWiG gegen 3 juristische Personen<sup>13</sup>
- ◆ In 2 Fällen<sup>14</sup>, bei denen Sanktionen gegen 3 natürliche Personen verhängt wurden, ist derzeit ein Berufungsverfahren anhängig.

### **Zum Thema Aufdeckung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger:**

- ◆ *Empfehlung 1.a. – Nicht umgesetzt.* Der obengenannte Entwurf für das Verbandssanktionengesetz ist dem Bundestag zur ersten Lesung übermittelt worden, doch wurde bisher noch kein Termin für die Lesung angesetzt. Da keine weiteren Schritte unternommen wurden und die Verabschiedung des Gesetzentwurfs noch aussteht, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt. Durch Annahme des Gesetzes und vorbehaltlich einer umfassenderen Untersuchung durch die Arbeitsgruppe, (i) würden die Haftungsregelungen für juristische Personen dem Legalitätsprinzip unterworfen, was zur Sicherstellung eines einheitlichen Vorgehens der Staatsanwaltschaften in allen Bundesländern innerhalb ihres Ermessensspielraums beitragen würde, wobei allerdings konkretere Leitlinien nötig würden (insbesondere in der noch ausstehenden Gesetzesbegründung), (ii) würde die Art und Weise und das Ausmaß der von dem Unternehmen erwarteten Zusammenarbeit und die Weitergabe unternehmensinterner Ermittlungsergebnisse klargestellt (Absatz 17), (iii) würde auf das Thema Selbstanzeige und die Konsequenzen einer Selbstanzeige unmittelbarer (in welchem Maß bleibt abzuwarten) eingegangen und (iv) wären die Erwartungen an Compliance-Systeme zur Korruptionsbekämpfung, Abhilfemaßnahmen und Aufsichtsanforderungen zwar sehr knapp ausgestaltet, würden aber in noch ausreichendem Maße den in der Empfehlung genannten Anforderungen an klare und transparente Regeln zu den Verfahren und Kriterien bezüglich der Selbstanzeige von Unternehmen bei Abschluss von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger gerecht.
- ◆ *Empfehlung 1.b. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat seine Gesetzgebung noch nicht dahingehend angepasst, dass klare und umfassende Schutzmaßnahmen für Hinweisgeber im öffentlichen und privaten Sektor ergriffen werden. Im Dezember 2020 hat Deutschland das Gesetzgebungsverfahren für die Umsetzung der „EU-Richtlinie 2019/1937 vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden“ in deutsches Recht angestoßen. Einige der Bestimmungen dieser Richtlinie könnten nach ihrer Umsetzung in deutsches Recht grundlegend zur Stärkung des deutschen Systems zum Schutz von Hinweisgebern beitragen. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie läuft am 17. Dezember 2021 ab. Da das deutsche Gesetzgebungsverfahren noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, war es Deutschland nicht möglich, dem Evaluierungsteam Einsicht in den Entwurf des Umsetzungsgesetzes (welches sich aktuell in der Ressortabstimmung befindet) zu gewähren.
- ◆ *Empfehlung 1.c. – Teilweise umgesetzt.* Seit der Annahme des Berichts zu Phase 4 hat Deutschland die Leitlinien des Auswärtige Amtes (AA) für alle im Ausland eingesetzten Amtsträger dahingehend überarbeitet, dass Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger zwingend zu melden sind; außerdem werden die Meldewege erläutert. Allerdings sind in den überarbeiteten Leitlinien keine konkreten Ratschläge zur Aufdeckung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger enthalten. Deutschland hat darüber hinaus berichtet, dass das AA gemeinsam mit anderen Ministerien vor Kurzem ein als Verschlussache eingestuftes internes Informationsblatt für die deutschen Auslandsvertretungen herausgegeben hat, das eine „zusätzliche

<sup>13</sup> Im Fall Bremen 2015/3 (Dezember 2018) \* in diesem Fall wurde eine Person sanktioniert, im Fall Bremen 2017/1 und im Fall BW 2017/1 (Oktober 2019).

<sup>14</sup> Im Fall Hes 2011/4 (2 Personen) und im Fall Berlin 2017/1 (1 Personen).

Orientierungshilfe im Kampf gegen die Korruption gibt“. Das Dokument konnte dem Evaluierungsteam nicht zugänglich gemacht und sein genauer Inhalt somit nicht bewertet werden.

- ◆ *Empfehlung 1.d. – Vollständig umgesetzt.* Deutschland hat sich angemessen für die Förderung der Entwicklung einer Handreichung auf EU-Ebene eingesetzt, die die in der „Verordnung (EU) Nr. 537/2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse“ niedergelegten Verpflichtungen von Abschlussprüfern hinsichtlich der Meldung von Unregelmäßigkeiten an externe Stellen klarstellt. Artikel 7 der Verordnung Nr. 537/2014 sieht vor, dass Abschlussprüfer das Berufsgeheimnis nur dann lüften und mit ihrer externen Berichterstattung fortfahren dürfen, wenn das Unternehmen die Angelegenheit nicht selbst untersucht hat. Die Verordnung enthält keine klaren Kriterien für eine angemessene interne Untersuchung oder dafür, wann eine externe Berichterstattung erfolgen sollte. Die deutsche Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) bat den europäischen Ausschuss der Aufsichtsstellen (CEAOB), die Herausgabe einer Handreichung zu den Meldeanforderungen für Abschlussprüfer im Bereich des EU-Rechts zu erwägen, auch aufgrund der fehlenden einheitlichen Regelungen zu unternehmensinternen Untersuchungen.
- ◆ *Empfehlung 1.e. – Vollständig umgesetzt.* Zum Thema Meldung von Verdachtsfällen der Bestechung ausländischer Amtsträger im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfезusammenarbeit berichtet Deutschland, dass der Verhaltenskodex seiner Entwicklungshilfeagentur GIZ alle Beschäftigten zur Meldung von Verdachtsmomenten auf „schwerwiegende Korruption“, einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger, verpflichtet. Darüber hinaus verpflichtet die GIZ seit Oktober 2020 alle Führungskräfte zur Meldung jeglicher Verdachtsmomente bezüglich schwerwiegender Verstöße gegen die Compliance-Regeln über ein einheitliches Meldeformular, das eine Hilfestellung zu den zu meldenden Informationen bietet. Seit Phase 4 schreibt die Stabsstelle Recht und Versicherung der GIZ die Weiterleitung begründeter Verdachtsmomente der Bestechung ausländischer Amtsträger an die Staatsanwaltschaft verbindlich vor, mit Ausnahme einiger im Verhaltenskodex aufgeführten Ausnahmefälle, bei denen Beschleunigungszahlungen unter extremem Druck getätigt werden. Deutschland berichtet, dass seine andere Entwicklungshilfeagentur, die KfW, seine unabhängige Compliance-Stelle durch eine Überarbeitung ihrer Arbeitsanweisungen dazu ermächtigt hat, begründete Verdachtsmomente auf Straftaten, einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger, an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Der Arbeitsanweisung zufolge sollen begründete Verdachtsmomente auf Vergehen, die von deutschen natürlichen oder juristischen Personen begangen werden, „grundsätzlich“ an die deutschen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden.

## **Zum Thema Gesetzesvollzug in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger**

### **Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung:**

- ◆ *Empfehlung 2.a. – Vollständig umgesetzt.* Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat eine neue Fallberichtsvorlage erarbeitet, um so die einheitliche Erhebung von Informationen über Angelegenheiten in Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger aus den Bundesländern sicherzustellen. Die Vorlage wurde auf Grundlage von Konsultationen mit den Bundesländern im November 2020 fertiggestellt und ist zur Erhebung von Daten zum Gesetzesvollzug für das Jahr 2020 verwendet worden. Die neue Vorlage scheint alle Arten von Daten, deren Erhebung die Arbeitsgruppe während der Phase-4-Evaluierung gefordert hatte, abzudecken.
- ◆ *Empfehlung 2.b. – Teilweise umgesetzt.* Deutschland hat berichtet, dass Beamte der

Strafverfolgungsbehörden auf Ebene des Bundes und der Bundesländer Schulungen als ein Mittel zur Umsetzung der Phase-4-Empfehlungen der Arbeitsgruppe erörtert haben. Sie haben der Aufnahme von Themen aus dem Komplex der Bestechung ausländischer Amtsträger in ihre Konferenzen zugestimmt. Im Jahr 2019 fand eine Gesprächsrunde zum Thema Bestechung ausländischer Amtsträger statt. Die für 2020 angesetzte Zusammenkunft fiel aufgrund des Ausbruchs der Corona-Pandemie aus. Deutschland rechnet damit, dass nach Annahme des vorgelegten Verbandssanktionengesetzes mehr Schulungen zur Bestechung ausländischer Amtsträger durchgeführt werden. Einige Bundesländer führen weiterhin ihre eigenen Schulungen durch. Obwohl all diese Initiativen positiv zu bewerten sind, setzen sie das Anliegen der Arbeitsgruppe, sicherzustellen, dass das Wissen aus Bundesländern mit Erfahrung in der Strafverfolgung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger wirksam an Kollegen aus anderen Bundesländern weitergegeben wird, nicht klar genug um.

- ◆ *Empfehlung 2.c. – Nicht umgesetzt.* Der Entwurf des deutschen Verbandssanktionengesetzes sieht vor, das Legalitätsprinzip auf die Strafverfolgung von Fällen der Verbandshaftung anzuwenden. Da der Gesetzentwurf noch nicht angenommen wurde, gilt diese Empfehlung als noch nicht umgesetzt.
- ◆ *Empfehlung 2.d. – Nicht umgesetzt.* In Bezug auf die Wirtschaftsstrafkammern an den Landgerichten legte die Bundesregierung auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz am 20. Januar 2021 einen Gesetzentwurf vor, dessen Annahme die Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammern sowohl für Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger als auch für Fälle der Bestechung im geschäftlichen Verkehr sicherstellen würde. Der Gesetzentwurf wurde dem Bundestag zur Beratung und Annahme vorgelegt. Für den Fall, dass das Gesetz angenommen wird, könnte es vorbehaltlich einer eingehenderen Prüfung durch die Arbeitsgruppe sein, dass die in den Empfehlungen formulierten Anforderungen damit erfüllt werden.

#### **Zum Thema alternative Verfahren in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger:**

- ◆ *Empfehlung 3.a. – Teilweise umgesetzt.* Deutschland berichtet, dass es zurzeit Änderungen an den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) vorbereitet, um den Staatsanwaltschaften der Bundesländer bei Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger die Wahrnehmung ihres Ermessensspielraums bei der Einstellung von Verfahren gem. § 153a StPO zu erleichtern. Die Änderungsvorschläge werden unter Koordinierung des Bundes auf Landesebene geprüft. In einer von den Justizministern der Bundesländer organisierten Konferenz hat Deutschland zudem Bewusstsein für die Notwendigkeit eines einheitlicheren Vorgehens geschaffen. Abschließend geht Deutschland davon aus, dass seine Bemühungen zu einer systematischeren Datenerfassung über Fälle der Bestechung öffentlicher Amtsträger zur Sicherstellung einer einheitlicheren Anwendung der Kriterien für die Aufnahme alternativer Verfahren durch die Staatsanwaltschaften beitragen werden.
- ◆ *Empfehlung 3.b. – Nicht umgesetzt.* Im Bericht zu Phase 4 empfahl die Arbeitsgruppe, Deutschland solle Schritte zur Gewährleistung der Offenlegung gewisser Elemente aus den Verfahren gemäß § 153a StPO einleiten, soweit dies angemessen und nach deutschem Datenschutz- und Verfassungsrecht möglich ist. Deutschland berichtete, dass keines der 40 seit dem Bericht zu Phase 4 gemäß § 153a StPO eingestellten Verfahren öffentlich gemacht wurde. Deutschland bereitet eine Richtlinie Nr. 242b für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) vor, nach der die Staatsanwaltschaften immer prüfen sollen, ob und in welchem Ausmaß Elemente der Verfahren gemäß § 153a StPO veröffentlicht werden sollen. Allerdings wurde diese Richtlinie

bisher noch nicht angenommen. Somit lassen sich ihre Anwendung durch die Staatsanwaltschaften und die Auswirkungen auf die Transparenz der so eingestellten Verfahren zu diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilen.

- ◆ *Empfehlung 3.c – Vollständig umgesetzt.* Deutschland hat eine umfassende empirische Untersuchung der gemäß § 257c StPO erzielten Verständigungen durchgeführt und die Ergebnisse im November 2020 auf der Webseite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) veröffentlicht. Die Studie ging der Frage nach, ob die Bestimmungen des § 257c StPO in der Praxis angewendet wurden und scheint auch die Probleme berührt zu haben, mit denen sich die Arbeitsgruppe in den Phasen 3 und 4 beschäftigt hat, insbesondere damit, ob bei Verständigungen Rechtssicherheit und Transparenz gewährleistet sind. Angesichts der Erkenntnis, dass informelle Absprachen trotz des Verbots und nicht zuletzt aufgrund der „Komplexität“ des § 257c StPO weiterhin stattfinden, wird die Arbeitsgruppe nachverfolgen, ob Deutschland aufgrund dieser Erkenntnis Schritte unternimmt, um bei allen Verständigungen eine ausreichende Vorhersehbarkeit, Transparenz und Verantwortlichkeit sicherzustellen.
- ◆ *Empfehlung 3.d. – Nicht umgesetzt.* Deutschland berichtet, dass der Entwurf für ein Verbandssanktionengesetz momentan Bestimmungen enthält, die es unter bestimmten Voraussetzungen erlauben würden, von der Strafverfolgung juristischer Personen abzusehen oder diese Verfahren einzustellen, was eine Ausnahme vom Legalitätsprinzip bedeuten würde. In einigen Fällen würde ein solcher Verzicht oder eine solche Einstellung einer richterlichen Zustimmung bedürfen. Insbesondere der geplante § 36 würde es der Staatsanwaltschaft ermöglichen, ein Verfahren gegen Unternehmen unter Auflagen und Weisungen einzustellen, durch welche das der Strafverfolgung zugrunde liegende öffentliche Interesse eliminiert würde. Abhängig von den konkret verhängten Auflagen und Weisungen hätte das Unternehmen ein bis zwei Jahre Zeit diese zu erfüllen, um so eine Strafverfolgung abzuwenden. Eine solche Verfahrenseinstellung bedürfte der richterlichen Zustimmung, außer in Fällen, in denen die Auswirkungen der Verbandstat gering sind.

### **Zum Thema Strafmaßnahmen und Einziehung**

- ◆ *Empfehlung 4.a. – Vollständig umgesetzt.* Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat ein neues Standardformular für die Erhebung statistischer Informationen zu den in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger verhängten Strafen entwickelt, die auf durch die jeweiligen Bundesländer übermittelten Fallinformationen basiert. Ob das BMJV dazu in der Lage ist, Statistiken über verhängte Strafen und angewandte Verfahren zu führen, hängt ganz davon ab, ob die Bundesländer jährlich umfassende und detaillierte Fallinformationen vorlegen. Das neuentwickelte Formular des BMJV zur Übermittlung von Fallinformationen kann dazu beitragen, dass Daten in den einzelnen Bundesländern einheitlicher erhoben werden. Das Formular wurde nun für die Erhebung der Daten für 2020 genutzt (vgl. Empfehlung 2.a.). Die Arbeitsgruppe sollte bei der nächsten vollständigen Evaluierung Deutschlands nachhalten, ob das Formular zu einem umfassenderen Datenerhebungsprozess führt.
- ◆ *Empfehlung 4.b. – Teilweise umgesetzt.* Deutschland hat einige Schritte zur Bewusstseinsbildung in den Staatsanwaltschaften der Bundesländer unternommen, um sicherzustellen, dass eine funktionale Äquivalenz erreicht wird, wenn in Verfahren alternative Tatbestände herangezogen werden und wenn Fälle der Bestechung öffentlicher Amtsträger nach dem Verfahren gemäß § 153a StPO eingestellt werden. Jedoch zeigt sich, wie auch schon in Phase 4, dass die verhängten Strafen bei alternativen Tatbeständen sich je nach Fall teils noch immer zwischen den Tatbeständen „Bestechung ausländischer Amtsträger“ und „Bestechung im geschäftlichen Verkehr“

unterscheiden. Somit ist möglich, dass eine funktionale Äquivalenz beim verhängten Strafmaß nicht immer erreicht wird. Das Problem, dass das Strafmaß in Fällen, in denen der Tatbestand der Bestechung im geschäftlichen Verkehr herangezogen wird, niedriger ausfällt, fiel bereits in Phase 3 auf. Seit Phase 4 hat Deutschland auch verstärkt Steuerstraftatbestände herangezogen, um an Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger beteiligte Personen zu sanktionieren. Allerdings hat die Arbeitsgruppe in der letzten Evaluierung nicht geprüft, ob solche Straftatbestände als funktional äquivalent zu dem der Bestechung öffentlicher Amtsträger anzusehen sind. Eine solche Prüfung sollte bei der nächsten vollständigen Evaluation Deutschlands durch die Arbeitsgruppe erwogen werden.

- ◆ *Empfehlung 4.c. – Vollständig umgesetzt.* Es wurden Schritte zur Bewusstseinsbildung dafür unternommen, wie wichtig es ist, den gesetzlich zur Verfügung stehenden Strafraumen voll auszuschöpfen.
- ◆ *Empfehlung 4.d. – Nicht umgesetzt.* Der Entwurf des deutschen Verbandssanktionengesetzes sieht die Möglichkeit einer Verhängung von Geldstrafen von bis zu 10% des durchschnittlichen Jahresumsatzes des betreffenden Unternehmens vor, sofern dieser die Schwelle von 100 Millionen Euro überschreitet. Zusätzlich würden nach dem Entwurf Kriterien für die Wahl der Strafmaßnahmen einschließlich solcher für mildernde Umstände eingeführt. Als letztere würden ein wesentlicher Beitrag der juristischen Person zur Untersuchung der Verbandsstraftat und hinsichtlich der Verbandsverantwortlichkeit wie auch das Vorhandensein von Maßnahmen zur Verhütung von Verbandsstraftaten gewertet. Deutschland weist darauf hin, dass in der Begründung des Gesetzentwurfes ausführlichere Empfehlungen dazu zu finden seien. Solange der Gesetzentwurf nicht angenommen ist, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt.
- ◆ *Empfehlung 4.e. – Vollständig umgesetzt.* Zur Frage der Schulung und der detaillierten schriftlichen Inkenntnissetzung von Ermittlungspersonen und Staatsanwaltschaften über die Quantifizierung von Erträgen aus der Bestechung mit dem Ziel der Einziehung berichtet Deutschland von Schulungen auf Bundes- und Länderebene zum neuen System für die Einziehung und die Vermögensabschöpfung. Die Quantifizierung von Erträgen aus der Bestechung wurde in einigen dieser Schulungsmaßnahmen thematisiert.
- ◆ *Empfehlung 4.f. – Nicht umgesetzt.* Was die Notwendigkeit betrifft, sicherzustellen, dass Einziehungsanordnungen nicht anstelle eines Bußgeldes ergehen, würde das Verbandssanktionengesetz die Nutzung von Einziehungsanordnungen als einer Alternative zur Haftbarmachung eines Unternehmens verhindern, da mit diesem Gesetz die Einführung des Legalitätsprinzips bei entsprechenden Verstößen durch juristische Personen verbunden wäre. Seit Phase 4 ist § 29a OWiG in Verfahren gegen 3 weitere juristische Personen in 3 Fällen angewendet worden. Solange der Gesetzentwurf nicht angenommen ist, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt.
- ◆ *Empfehlung 4.g. – Nicht umgesetzt.* Die im Entwurf des Verbandssanktionengesetzes vorgesehene Anhebung der monetären Höchststrafen bei Verfahren gegen juristische Personen würde zumindest teilweise dazu beitragen, dass solche gegen juristische Personen verhängten Strafen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind, auch unter Berücksichtigung der steuerlichen Behandlung von Einziehungsmaßnahmen in Deutschland. Jedoch wird diese Empfehlung erst umgesetzt sein, wenn der Gesetzentwurf angenommen ist. Es bleibt zudem abzuwarten, ob die in der Praxis verhängten Strafmaßnahmen, insbesondere der Sanktionsanteil von Geldbußen, ausreichend wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind, gerade auch unter Berücksichtigung der steuerlichen Behandlung von Einziehungsmaßnahmen. Die seit Phase 4 verhängten Bußgelder und

Einziehungsanordnungen geben noch immer Anlass zu ernststen Bedenken dahingehend, dass die gegen juristische Personen verhängten Strafmaßnahmen nicht wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind. Der Einziehungsanteil überschritt in jedem einzelnen Fall deutlich den Betrag des verhängten Bußgeldes.

### **Zum Thema internationale Zusammenarbeit**

- ◆ *Empfehlung 5 – Vollständig umgesetzt.* Das neue Standardformular für die Erhebung von Falldaten (vgl. Empfehlung 2.a. oben) wird auch Daten zu internationalen Rechtshilfeersuchen, einschließlich bestimmter Aspekte erheben, zu denen die Arbeitsgruppe in Phase 4 der Evaluierung Deutschlands keine Informationen erhalten konnte.

### **Zur Haftung juristischer Personen**

- ◆ *Empfehlung 6.a. – Nicht umgesetzt.* Zur Frage der Nutzung des Instruments der selbständigen Einziehungsanordnung zur Einstellung von Verfahren gegen juristische Personen in Fällen der Bestechung öffentlicher Amtsträger verweist Deutschland auf seine Anstrengungen, die einschlägigen Rechtsvorschriften durch den Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes zu ändern. Da dieser Gesetzentwurf noch nicht angenommen wurde, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt.
- ◆ *Empfehlung 6.b. – Nicht umgesetzt.* Der Entwurf des deutschen Verbandssanktionengesetzes sieht vor, das Legalitätsprinzip auf die Strafverfolgung von Fällen der Verbandshaftung anzuwenden. Da der Gesetzentwurf noch nicht angenommen wurde, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt.
- ◆ *Empfehlung 6.c. – Teilweise umgesetzt.* Die Arbeitsgruppe hatte empfohlen, dass Deutschland die Staatsanwaltschaften verstärkt zum Thema Verbandshaftung in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schult und es einen Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern geben soll, auch zur Nutzung ordnungswidrigkeitenrechtlicher Verfahren. Deutschland berichtet, dass das Themenfeld Bestechung ausländischer Amtsträger in einige bundesweite Konferenzen eingebunden wurde und einige Bundesländer eigene Schulungsprogramme dazu haben. Deutschland plant nach der Annahme des neuen Verbandssanktionengesetzes Schulungen zur Verbandshaftung durchzuführen. Zwar ist dies ein vernünftiger Ansatz, doch könnte Deutschland bis dahin mehr tun, um sicherzustellen, dass Erfahrungen und Wissen aus Bundesländern, in denen es Erfahrungen mit Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger mit Verbandsbeteiligung gibt, an Bundesländer mit einem kleineren Erfahrungsschatz weitergegeben werden; auch sollte ein Bewusstsein für die Nutzung außergerichtlicher Beilegungsmechanismen gegen Unternehmen geschaffen werden.
- ◆ *Empfehlung 6.d. – Nicht umgesetzt.* Der Entwurf des deutschen Verbandssanktionengesetzes sieht vor, das Legalitätsprinzip auf die Strafverfolgung von Fällen der Verbandshaftung anzuwenden. Da der Gesetzentwurf noch nicht angenommen wurde, gilt diese Empfehlung weiterhin als nicht umgesetzt.

### **Zu sonstigen Maßnahmen mit Bezug zur Umsetzung des Übereinkommens**

#### **Bestechung ausländischer Amtsträger in der Verteidigungsindustrie:**

- ◆ *Empfehlung 7.a. – Nicht umgesetzt.* Deutschland gibt an, Schritte zur Einführung offizieller Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht bei der Erteilung von Ausfuhr- und

Vermarktungsgenehmigungen an Rüstungsunternehmen, einschließlich zur Beachtung internationaler Ausschlusslisten und zur Überprüfung und Verifizierung der Compliance-Programme von Unternehmen zur Verhinderung von Korruption geprüft zu haben. Zu Art und Zeitpunkt einer solchen Prüfung wurden keine Informationen übermittelt. Zwar hat Deutschland berichtet, es gäbe bereits offizielle Leitlinien zu Sorgfaltspflichten bei rüstungsbezogenen Ausfuhrgenehmigungen, jedoch sind diese nicht öffentlich zugänglich, sodass das Evaluierungsteam ihren Inhalt nicht prüfen konnte. Die dazu vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass in den Leitlinien weder eine Beachtung internationaler Ausschlusslisten noch eine Überprüfung der Compliance-Programme von Unternehmen zur Verhinderung von Korruption gefordert wird.

- ◆ *Empfehlung 7.b. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat bisher keine gezielten Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass die Anwendung der „Grundsätze der Bundesregierung zur Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern“ von 2001 auch eine angemessene Prüfung der Gesetzgebung zur Bestechung öffentlicher Amtsträger einschließt. Deutschland berichtet, dass die o.g. Grundsätze und die Leitlinien zu Sorgfaltspflichten bei der Erteilung rüstungsbezogener Ausfuhrgenehmigungen überprüft werden, wodurch sich die Möglichkeit zu einer eventuellen Einführung eines solchen Bezuges böte.
- ◆ *Empfehlung 7.c. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat keine klaren Schritte dahingehend unternommen, die Beschäftigten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zu den „Grundsätzen der Bundesregierung zur Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern“, Risiken der Bestechung ausländischer Amtsträger und Warnsignalen zu schulen. Zwar berichtete Deutschland, dass Ministerialbeamte über Risiken der Bestechung ausländischer Amtsträger und Warnsignale informiert wurden, jedoch ist zum einen unklar, ob es sich hierbei um eine neue Entwicklung seit der Annahme des Berichts zu Phase 4 handelt und zum anderen, ob solche Informationen überhaupt und insbesondere an Personal in der Exportkontrolle verteilt wurden und ob sie speziell auf diese Personengruppe ausgerichtet waren. Des Weiteren ist unklar, ob die Schulungsmaßnahmen für Beschäftigte des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und die internen Leitlinien zu Sorgfaltspflichten bei der Erteilung rüstungsbezogener Ausfuhrgenehmigungen auch die „Grundsätze der Bundesregierung zur Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern“ beinhalten oder ob in diesem Rahmen Risiken der Bestechung ausländischer Amtsträger oder Warnsignale thematisiert werden.

#### **Zum bundesweiten Wettbewerbsregister:**

- ◆ *Empfehlung 8.a. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat keine Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass sich Rechtssubjekte ihrer Eintragung in das Register nicht durch eine Unternehmensumstrukturierung entziehen können, indem sie die Bestimmungen für die Nichtaufnahme von Rechtsnachfolgern in das Register entsprechend nutzen. Wie schon zur Zeit der Annahme des Berichts zu Phase 4 sehen weder das Gesetz zur Einführung des Registers noch die offizielle Gesetzesbegründung in Fällen der Haftung des Rechtsnachfolgers eine grundsätzliche Aufnahme der juristischen Personen der Rechtsnachfolger in das Wettbewerbsregister vor.
- ◆ *Empfehlung 8.b. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat mit der Entwicklung von Leitlinien zu den Anforderungen begonnen, die Unternehmen erfüllen müssen, um zu beweisen, dass sie Maßnahmen zur Ausräumung von Risiken der Bestechung ausländischer Amtsträger unternommen haben und somit aus dem neu geschaffenen bundesweiten Wettbewerbsregister wieder gestrichen werden können. Die Leitlinien wurden jedoch noch nicht angenommen. Das Bundeskartellamt

hatte dieses Dokument zum Zeitpunkt der Annahme des Berichts zu Phase 4 angekündigt. Nach ihrem für das zweite Quartal 2021 geplanten Inkrafttreten werden die neuen Leitlinien laut Deutschland die genauen Kriterien und Pflichten, die für eine Streichung aus dem Register erfüllt sein müssen, wie auch Informationen zur Bekämpfung und Verhütung von Korruptionsrisiken enthalten. Der Entwurf der Leitlinien wurde dem Evaluierungsteam nicht zur Verfügung gestellt, sodass der genaue Inhalt nicht geprüft werden konnte.

- ◆ *Empfehlung 8.c. – Teilweise umgesetzt.* Der Bericht zu Phase 4 hob eine unzureichende Erkennung von Fällen durch Deutschlands Exportkreditagentur (Euler Hermes) und die Akteure der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (GIZ und KfW) hervor und hielt fest, dass ein direkter Zugriff dieser Akteure auf das neue bundesweite Wettbewerbsregister ein wirksames Instrument für die Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten wäre und zudem ihre Aufdeckungskapazitäten stärken würde. Deutschland berichtete, dass jetzt geplant sei, der GIZ und der KfW in ihrer Eigenschaft als Beschaffungsstellen Zugang zum bundesweiten Wettbewerbsregister zugeben, wobei diese Behauptung bisher nicht mit Fakten unterlegt wurde. Aktuell wird nicht erwartet, dass Euler Hermes Zugriff auf das Register erhält, wobei Deutschland angibt, dies könne neu bewertet werden.
- ◆ *Empfehlung 8.d. – Nicht umgesetzt.* Deutschland hat keine Schritte unternommen, um Beschaffungsstellen auf die Existenz internationaler Ausschlusslisten sowie die Notwendigkeit, diese bei der Prüfung von Antragstellern zu berücksichtigen, aufmerksam zu machen. Deutschland hat seine Bereitschaft angedeutet, beispielsweise durch ein Rundschreiben auf die bestehenden internationalen Ausschlusslisten aufmerksam zu machen, jedoch bisher keine Schritte in diese Richtung unternommen.

#### **Zur öffentlichen Entwicklungshilfe:**

- ◆ *Empfehlung 9.a. – Vollständig umgesetzt.* Zur Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den beiden Agenturen GIZ und KfW haben diese einen halbjährlichen Austausch zwischen ihren Anti-Korruptions- und Compliance-Referaten begonnen, der zusätzlich zum Spontanaustausch zu möglichen Korruptionsfällen stattfindet.
- ◆ *Empfehlung 9.b. – Teilweise umgesetzt.* Deutschland berichtet, dass die GIZ einen internen Strafausschuss eingerichtet hat, um eine einheitliche Anwendung der bestehenden Null-Toleranz-Politik für Korruption unter GIZ-Beschäftigten zu gewährleisten. Der Ausschuss hat im Dezember 2020 seine Geschäftsordnung angenommen und ist damit nun arbeitsfähig. Der Ausschuss wird für die Anhörung von Fällen zuständig sein, in denen es um Verstöße durch Beschäftigte der GIZ geht. Das Verfahren für die Sanktionierung Dritter folgt einer anderen Logik. Zur Zeit der Phase-4-Evaluierung hingen die Strafen aufgrund von Korruption von den in den jeweiligen Verträgen vereinbarten Antikorruptionsklauseln ab. Trat ein Fall auf, wurde die angemessene Strafe anhand des Umfangs des betreffenden Vertrages und anhand einschlägiger Gesetze in Zusammenarbeit mit ortsansässigen Anwälten und der Stabsstelle Recht der GIZ gewählt. Deutschland gibt weiterhin an, dies sei angesichts der Verschiedenheit der betroffenen Länder und Beteiligten der wirksamste Ansatz zur Verhängung von Strafen gegen Dritte. Allerdings betrachtete die Arbeitsgruppe in Phase 4 diesen vertragsbasierten Ansatz nicht als ausreichend für die Einhaltung der „Empfehlung des Entwicklungsausschusses der OECD zu Vorschlägen zur Korruptionsbekämpfung für die Beschaffung im Rahmen bilateraler Entwicklungshilfe“ von 2016.
- ◆ *Empfehlung 9.c. – Vollständig umgesetzt.* Die GIZ berichtet, dass sie ihren Verhaltenskodex geändert hat, um gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger vorzugehen. Ein elektronisches

Schulungsprogramm wurde im November 2020 live geschaltet. Alle Beschäftigten der GIZ werden alle drei Jahre eine elektronische Antikorruptions-Schulung durchlaufen müssen. Darüber hinaus sind Führungskräfte verpflichtet, auf ihre spezifischen Risiken zugeschnittene Module zu absolvieren. Die Einführung regelmäßiger Schulungen stellt einen wichtigen Schritt dar, doch die GIZ könnte mehr tun, um sicherzustellen, dass alle Beschäftigten – nicht nur Führungskräfte – gemäß der „Empfehlung des Entwicklungsausschusses der OECD zu Vorschlägen zur Korruptionsbekämpfung für die Beschaffung im Rahmen bilateraler Entwicklungshilfe“ von 2016 regelmäßig über konkrete Risiken bei der Arbeit in Hochrisikobereichen und -sektoren geschult werden.

### **Verbreitung des Berichts zu Phase 4 in Deutschland**

- ◆ Das BMJV hat den Evaluierungsbericht zu Phase 4 im September 2018 an alle Justizministerien der Bundesländer übermittelt. Darüber hinaus wurden die Inhalte des Berichts zu Phase 4 am 20. September 2018 bei einer durch das BMJV ausgerichteten Bund-Länder-Konferenz zur Umsetzung der Empfehlungen der Phase-4-Evaluierung durch die OECD-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Bestechung vor Vertretern aller Justizministerien der Bundesländer vorgestellt und mit diesen erörtert.
- ◆ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlichte im November 2018 ebenfalls einen Bericht über die Ergebnisse der Phase-4-Evaluierung. Dieser Bericht enthält einen Link auf die Webseite der OECD, auf welcher der Bericht zu Phase 4 in Deutsch und Englisch abgerufen werden kann.

### **Ergebnisse der Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen**

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse stellt die Arbeitsgruppe fest, dass Deutschland von den ihm unterbreiteten Empfehlungen 10 vollständig umgesetzt (Empfehlungen 1.d., 1.e., 2.a., 3.c., 4.a., 4.c., 4.e., 5., 9.a. und 9.c.), 7 teilweise umgesetzt (1.c., 2.b., 3.a., 4.b., 6.c., 8.c., 9.b.) und 18 nicht umgesetzt hat (Empfehlungen 1.a., 1.b., 2.c., 2.d., 3.b., 3.d., 4.d., 4.f., 4.g., 6.a., 6.b., 6.d., 7.a., 7.b., 7.c., 8.a., 8.b. und 8.d.)).

Deutschland ist eingeladen, der Arbeitsgruppe in einem Jahr einen weiteren schriftlichen Bericht vorzulegen, um sie auf den neuesten Stand der Entwicklungen zu dem Entwurf des Verbandssanktionengesetzes zu bringen. Dabei könnte auch der Stand der Umsetzung der damit in Zusammenhang stehenden Empfehlungen (Empfehlungen 1.a., 2.c., 3.d., 4.d., 4.f., 4.g., 6.a., 6.b., 6.d.) noch einmal überprüft werden.

## PHASE 4 DER EVALUIERUNG DEUTSCHLANDS: SCHRIFTLICHER FOLGEBERICHT NACH ZWEI JAHREN

### Erläuterungen

Dieses Dokument soll Aufschluss darüber geben, welche Fortschritte die einzelnen Teilnehmerländer bei der Umsetzung der Empfehlungen des Evaluierungsberichts zu Phase 4 gemacht haben. Die Länder werden gebeten, alle Empfehlungen so vollständig wie möglich zu beantworten. Nähere Einzelheiten zum schriftlichen Folgeprozess sind der im Dezember 2019 aktualisierten Fassung des [Evaluierungsverfahrens für Phase 4](#) (Absätze 51-59 und Anhang 8) zu entnehmen.

Bitte reichen Sie die Antworten bis zum 17. Dezember 2020 beim Sekretariat ein.

<b>Name des Lands:</b>	<b>DEUTSCHLAND</b>
<b>Datum der Annahme des Evaluierungsberichts zu Phase 4:</b>	<b>14. Juni 2018</b>
<b>Datum der Unterrichtung:</b>	<b>17. Dezember 2020</b>

### TEIL I: HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Hinsichtlich Teil I sollten die Antworten auf die erste Frage nicht eine zukünftige oder gewünschte Situation oder eine Situation, die auf noch nicht erfüllten Bedingungen beruht, sondern die aktuelle Situation in Ihrem Land widerspiegeln. Bei jeder Empfehlung wurde separat Platz für die Beschreibung zukünftiger Situationen oder Politikabsichten gelassen.

#### Empfehlungen zur Aufdeckung von Bestechung ausländischer Amtsträger

##### Empfehlung 1(a):

1. Hinsichtlich der **Aufdeckung** von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass Deutschland

a. im Einklang mit der im Koalitionsvertrag von 2018 zum Ausdruck gebrachten Absicht, klare und transparente Regeln zu den Verfahren und Kriterien bezüglich der Selbstanzeige von Unternehmen bei Abschluss von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger – einschließlich zu der Art und Weise und dem Ausmaß der von dem Unternehmen erwarteten Zusammenarbeit, der Weitergabe unternehmensinterner Ermittlungsergebnisse, der Berücksichtigung von Compliance-Systemen zur Korruptionsbekämpfung, Abhilfemaßnahmen und Aufsichtsanforderungen – mit dem Ziel der Gewährleistung eines einheitlichen Vorgehens der Staatsanwaltschaften in allen Bundesländern innerhalb ihres Ermessensspielraums einführt. [Empfehlung von 2009 III.iv und Anhang I.D]

##### Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:

Wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2018 vorgesehen und von den Prüfern im Evaluierungsbericht zu Phase 4 positiv zur Kenntnis genommen, hat die Bundesregierung im Juni 2018 einen Gesetzentwurf zur Unternehmenshaftung angenommen. Der Gesetzentwurf zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft wurde im Bundesrat erörtert und dem Deutschen Bundestag zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt.

Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung eines neuen Gesetzes zur Sanktionierung von verbandsbezogenen Straftaten (im Folgenden „Verbandssanktionengesetz“, „Gesetz“) vor. Das Verbandssanktionengesetz wird die bisherigen Bestimmungen zur Unternehmenshaftung für Straftaten im Ordnungswidrigkeitengesetz (im Folgenden „OWiG“) ersetzen.

Das Gesetz wird einen neuen Rechtsrahmen für die Verantwortlichkeit von juristischen Personen und Verbänden (deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist) für verbandsbezogene Straftaten (Verbandstaten) schaffen. Die Ermittlung und Verfolgung von Verbandstaten wird dem Legalitätsprinzip unterliegen, sodass Ermittlungen auch gegen das betroffene Unternehmen bzw. die betroffenen Unternehmen und nicht nur gegen die natürliche Person eingeleitet und durchgeführt werden müssen. Das Legalitätsprinzip wird insoweit das Opportunitätsprinzip der bisherigen OWiG-Regelungen zur Unternehmenshaftung ablösen und damit in den 16 Bundesländern auch gegen Unternehmen ein einheitliches Maß bei der Strafverfolgung sicherstellen.

Mit dem Gesetz werden eine Reihe angemessener Sanktionen für Verbandstaten – einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger – eingeführt. Außerdem wird das Verbandssanktionengesetz wirksame Compliance-Maßnahmen fördern und Anreize für Unternehmen schaffen, Straftaten aufzudecken und intern zu untersuchen.

§ 15 Absatz 3 Nummer 7 des Verbandssanktionengesetzes sieht vor, dass vom Verband ergriffene Maßnahmen zur Aufdeckung von Verbandstaten als mildernder Umstand zu berücksichtigen sind, und setzt damit auch Anreize zur Selbstanzeige.

Darüber hinaus wird das Verbandssanktionengesetz Anreize für Unternehmen schaffen, interne Ermittlungen durchzuführen, um die Ermittlungsbehörden bei der Aufdeckung und Verfolgung von Verbandstaten, z. B. des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger, zu unterstützen. In den §§ 16 und 17 legt das Gesetz genaue Bedingungen fest, unter denen verbandsinterne Untersuchungen von den Gerichten als mildernder Umstand berücksichtigt werden können:

## **§ 16**

### **Verbandsinterne Untersuchungen**

Verbandsinterne Untersuchungen können sowohl durch den Verband selbst als auch durch von ihm beauftragte Dritte durchgeführt werden.

## **§ 17**

### **Milderung der Verbandssanktion bei verbandsinternen Untersuchungen**

(1) Das Gericht soll die Verbandssanktion mildern, wenn

1. der Verband oder der von ihm beauftragte Dritte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Verbandstat und die Verbandsverantwortlichkeit aufgeklärt werden konnte,
2. der beauftragte Dritte oder die für den beauftragten Dritten bei den verbandsinternen Untersuchungen handelnden Personen nicht Verteidiger des Verbandes oder eines Beschuldigten, dessen Verbandstat dem Sanktionsverfahren zugrunde liegt, sind,
3. der Verband oder der von ihm beauftragte Dritte ununterbrochen und uneingeschränkt mit den Verfolgungsbehörden zusammenarbeiten,
4. der Verband oder der von ihm beauftragte Dritte den Verfolgungsbehörden nach Abschluss der verbandsinternen Untersuchung das Ergebnis der verbandsinternen Untersuchung einschließlich aller für die verbandsinterne Untersuchung wesentlichen Dokumente, auf denen dieses Ergebnis beruht, sowie des Abschlussberichts zur Verfügung stellen und

5. die Befragungen in der verbandsinternen Untersuchung unter Beachtung der Grundsätze eines fairen Verfahrens durchgeführt werden, insbesondere (...)

(2) Die Durchführung der verbandsinternen Untersuchung nach den Grundsätzen des Absatzes 1 Nummer 5 ist gegenüber den Verfolgungsbehörden zu dokumentieren.

(3) Bei der Entscheidung nach Absatz 1 hat das Gericht insbesondere die Art und den Umfang der offenbaren Tatsachen und deren Bedeutung für die Aufklärung der Tat, den Zeitpunkt der Offenbarung und das Ausmaß der Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden durch den Verband zu berücksichtigen. Eine Milderung nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn der Verband die Ergebnisse der verbandsinternen Untersuchung erst nach Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 203 der Strafprozessordnung) offenbart.

§ 17 Absatz 1 Nummer 1 und 3 legen das Ausmaß der von Unternehmen erwarteten Zusammenarbeit fest. § 17 sieht vor, dass die internen Untersuchungen des betroffenen Unternehmens „wesentlich dazu beigetragen haben“ müssen, den Fall aufzuklären, und dass darüber hinaus die Geschäftsführung oder der für die Untersuchungen verantwortliche Vertreter des Unternehmens verpflichtet ist, während der gesamten Dauer der Untersuchungen uneingeschränkt mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten. Die Verpflichtung, wesentlich zum Erfolg der behördlichen Untersuchungen beizutragen, macht deutlich, dass interne Untersuchungen nur dann als mildernder Umstand berücksichtigt werden können, wenn sie effizient durchgeführt werden.

Das konkret angemessene Maß an Kooperationsbereitschaft, das diese Bestimmungen vorsehen, muss von den Gerichten auf Einzelfallbasis bestimmt werden, wobei z. B. die Größe des Unternehmens und die Schwere des Straftatbestands berücksichtigt werden.

Die Anforderungen des § 17 stellen auch sicher, dass die Erkenntnisse aus internen Untersuchungen für die behördlichen Untersuchungen bestmöglich genutzt werden können: § 17 Absatz 1 Nummer 4 legt fest, dass das Unternehmen nach Abschluss der internen Untersuchungen verpflichtet ist, den zuständigen Verfolgungsbehörden alle Ergebnisse und zugehörigen Dokumente einschließlich eines Abschlussberichts über die Untersuchungsergebnisse zur Verfügung zu stellen. Um zu gewährleisten, dass die Ergebnisse interner Untersuchungen legitime Quellen für die Justizbehörden bleiben, schreibt § 17 Absatz 1 Nummer 5 vor, dass interne Untersuchungen unter Beachtung der Grundsätze eines fairen Verfahrens durchgeführt werden müssen, indem z. B. Befragte vor ihrer Befragung darauf hingewiesen werden müssen, dass ihre Auskünfte in einem Strafverfahren verwendet werden können.

Gemäß § 17 Absatz 1 „soll“ das Gericht die Sanktion gegen die juristische Person „mildern“, wenn die in § 17 festgelegten Anforderungen erfüllt sind. Falls die in § 17 dargelegten Bedingungen erfüllt sind und das Gericht eine Sanktionsmilderung beschließt, schreibt § 18 vor, dass das anwendbare Sanktionshöchstmaß für Verbandstaten (vgl. § 9 Absatz 1 bis 3) um die Hälfte zu reduzieren ist und dass die öffentliche Bekanntmachung von Informationen über die gegen die juristische Person verhängte Sanktion (nach § 14) verboten ist. Innerhalb des reduzierten Sanktionsrahmens gibt § 17 Absatz 3 den Gerichten weitere Leitlinien vor, da in ihm eine nicht erschöpfende Liste von Kriterien aufgeführt ist. Zu diesen Kriterien gehören die Art und der Umfang der durch die internen Untersuchungen offenbaren Tatsachen, ihre Bedeutung für die Aufklärung der Tat und der Zeitpunkt der Offenbarung gegenüber den Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund der zeitlichen Kriterien ist die Selbstanzeige einer der Aspekte, die für die Entscheidung über eine Sanktionsmilderung ausschlaggebend sind.

Wenn das Unternehmen kooperiert, aber die Bedingungen der §§ 16 und 17 Absatz 1 und 2 nicht (vollständig) erfüllt sind, ist eine Sanktionsmilderung nach den allgemeinen Kriterien für die Höhe der Sanktion dennoch möglich, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau.

Diese klaren Voraussetzungen für die sanktionsmildernde Berücksichtigung von internen Untersuchungen signalisieren Unternehmen klar und deutlich, dass sie die Effektivität, Vollständigkeit, Unabhängigkeit und Fairness der internen Untersuchungen sicherzustellen haben. Wenn alle in § 17 festgelegten Bedingungen erfüllt sind, können die Ergebnisse der internen Untersuchungen für die Strafverfolgungsbehörden eine wertvolle Informationsquelle darstellen. Insbesondere erfordert die Zusammenarbeit mit den Verfolgungsbehörden eine vollständige Offenlegung ihrer Untersuchungsergebnisse. Die neuen Bestimmungen im Hinblick auf interne Untersuchungen werden auch Anreize für Selbstanzeigen schaffen, die ein wesentlicher Bestandteil des internen Untersuchungsprozesses sind.

Darüber hinaus führt das Verbandssanktionengesetz Regeln für die Berücksichtigung von **Compliance-Maßnahmen** ein, um Folgendes zu bestimmen:

- die Unternehmenshaftung für Straftaten, die von Nichtleitungspersonen begangen wurden
- ob die Voraussetzungen des Absehens von der Verfolgung einer juristischen Person vorliegen (§§ 36, 37; vgl. nachstehende Empfehlung 3d); insbesondere erlaubt § 36 der Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Gerichts, von der Strafverfolgung eines Unternehmens unter Auflagen und/oder Weisungen abzusehen, wenn die Schwere der begangenen Tat die Verhängung einer Sanktion entbehrlich macht. Gegebenenfalls kann das Unternehmen auch angewiesen werden, als Bedingung für das Absehen von der Verfolgung Compliance-Maßnahmen einzuführen und/oder seine Compliance-Maßnahmen zu verbessern.
- die angemessene Art und Höhe der Sanktionen für eine Verbandstat (§ 10 Absatz 1 Nummern 1 und 2, § 15 Absatz 3 Nummern 6 und 7). Konkret erlaubt § 10 Absatz 1 des Gesetzentwurfs den Gerichten, von der Verhängung einer Sanktion gegen eine juristische Person mit Verbandsgeldsanktionsvorbehalt abzusehen, wenn die folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind, d. h. wenn:
  - „1. zu erwarten ist, dass die Verwarnung ausreichend ist, um Verbandstaten, für die dieser Verband nach § 3 Absatz 1 verantwortlich ist, in Zukunft zu vermeiden,
  2. bei Gesamtwürdigung der Verbandstat und ihrer Folgen besondere Umstände vorliegen, die die Verhängung einer Verbandsgeldsanktion entbehrlich machen, und
  3. die Verteidigung der Rechtsordnung die Verhängung einer Verbandsgeldsanktion nicht gebietet.“

In diesem Fall kann das Gericht die verantwortliche juristische Person verwarnen und Auflagen erteilen, z. B. die Zahlung eines Geldbetrags zugunsten der Staatskasse (§ 12) oder Weisungen (§ 13). § 13 Absatz 2 führt ausdrücklich die Möglichkeit ein, dass das Gericht die juristische Person anweist, Vorkehrungen zur Vermeidung von Verbandstaten zu treffen und diese Vorkehrungen durch Bescheinigung einer sachkundigen Stelle nachzuweisen. Die Auswahl der sachkundigen Stelle, die die Bemühungen des Unternehmens überwacht, bedarf der Zustimmung durch das Gericht. Diese Weisungen werden ein wichtiges Instrument bei der Förderung einer effektiven Compliance, einschließlich der Compliance bei der Korruptionsbekämpfung, darstellen.

§ 13 Absatz 2 und die Möglichkeit des Gerichts, die juristische Person anzuweisen, Compliance-Maßnahmen zu treffen und den Nachweis über deren Umsetzung durch eine vom Gericht zu genehmigende sachkundige Stelle zu erbringen, sind auch in Verbindung mit der Regelung bezüglich des Absehens von der Verfolgung in § 36 anwendbar.

Darüber hinaus kann das Ergreifen geeigneter Compliance-Maßnahmen, wie im bestehenden Rechtsrahmen, das Unternehmen von der Haftung für Verbandstaten befreien, die von Nichtleitungspersonen begangen wurden. In § 3 Absatz 1 heißt es:

**§ 3****Verbandsverantwortlichkeit**

(1) Gegen einen Verband wird eine Verbandssanktion verhängt, wenn jemand

1. als Leitungsperson dieses Verbandes eine Verbandstat begangen hat oder
2. sonst in Wahrnehmung der Angelegenheiten des Verbandes eine Verbandstat begangen hat, wenn Leitungspersonen des Verbandes die Straftat durch angemessene Vorkehrungen zur Vermeidung von Verbandstaten wie insbesondere Organisation, Auswahl, Anleitung und Aufsicht hätten verhindern oder wesentlich erschweren können.

§ 3 Absatz 1 Nummer 2 des Verbandssanktionengesetzes regelt die Verantwortlichkeit juristischer Personen für Verbandstaten, die von Mitarbeitern unterhalb der Führungsebene begangen werden. Nach § 3 des Gesetzes kann die Verantwortlichkeit der juristischen Person für die von Nichtleitungspersonen begangene Straftat festgestellt werden, wenn die Geschäftsführung die Straftat durch entsprechende Compliance-Maßnahmen hätte verhindern können. Wirksame Compliance-Maßnahmen spielen daher eine Schlüsselrolle, um die Verantwortlichkeit für von Mitarbeitern begangene Verbandstaten zu verhindern. Angesichts der verschärften Sanktionen und des Legalitätsprinzips wird die Einführung effektiver Compliance-Maßnahmen für Unternehmen noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Das Verbandssanktionengesetz behandelt Compliance als Querschnittsthema und sieht vor, dass Compliance in verschiedenen Situationen zu berücksichtigen ist. Im Gesetz werden die unternehmensinterne Organisation, Auswahl, Anleitung und Aufsicht als mutmaßliche Beispiele für die Aspekte aufgeführt, die angemessene Compliance-Maßnahmen generell abdecken sollten. Diese Aspekte stellen, wie in der Gesetzesbegründung dargelegt, Kernelemente eines angemessenen Compliance-Management-Systems dar. Die Kriterienliste in § 3 Absatz 1 Nummer 2 bietet Unternehmen eine allgemeine Orientierungshilfe für die Gestaltung und Umsetzung angemessener und wirksamer Compliance-Maßnahmen.

Da Korruption in allen Arten von Unternehmen ein erhebliches Compliance-Risiko darstellt, beinhalten solche Maßnahmen in den meisten Fällen zwangsläufig auch Compliance bei der Korruptionsbekämpfung. Weitere Hinweise zu den erforderlichen Compliance-Maßnahmen sind in der Gesetzesbegründung enthalten.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 1(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 1(b):**

1. Hinsichtlich der **Aufdeckung** von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass Deutschland

b. dringend die Gesetzeslage ändert und klare, umfassende Schutzmaßnahmen für Informanten ergreift, etwa durch ein spezielles Informantenschutzgesetz, das auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft anwendbar wäre. [Empfehlung von 2009 IX.iii; Empfehlung 6 aus Phase 3]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/1937 vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, („Hinweisgeber-Richtlinie“) in deutsches Recht wird im öffentlichen und privaten Sektor ein klarer und umfassender Schutz für Hinweisgeber geschaffen.

Die Hinweisgeber-Richtlinie trat am 16. Dezember 2019 in Kraft und legt Mindeststandards für den Schutz von Hinweisgebern fest, die Verstöße gegen EU-Recht melden, die in den Anwendungsbereich der im Anhang I der Richtlinie aufgeführten Rechtsakte der Union fallen. Zu den betroffenen Rechtsgebieten gehören z. B. das öffentliche Auftragswesen, Finanzdienstleistungen und die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die zur Erfüllung der Hinweisgeber-Richtlinie erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften müssen bis zum 17. Dezember 2021 in Kraft gesetzt sein.

Die neuen nationalen Gesetze zum Hinweisgeberschutz werden sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor gelten, da dies für eine vollständige Umsetzung der Richtlinie erforderlich ist. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) bereitet derzeit die notwendigen gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht vor und hat im Dezember 2020 der Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nun Gegenstand der regierungsinternen Diskussionen ist. In den Anwendungsbereich des Gesetzentwurfs fällt auch das Strafrecht. Allerdings ist der Anwendungsbereich ebenfalls Gegenstand dieser Diskussionen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 1(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 1(c):**

1. Hinsichtlich der **Aufdeckung** von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass Deutschland

c. sicherstellt, dass das Auswärtige Amt Leitlinien für alle im Ausland eingesetzten Amtsträger entwickelt, nach denen Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger zwingend gemeldet werden müssen, dass es die Meldewege erläutert und Hinweise zu Mitteln der Aufdeckung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger gibt, etwa durch verstärkte Beobachtung der Medien und ein entsprechendes Warnsystem. [Empfehlung von 2009 III.iv und IX.ii]

### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das Auswärtige Amt hat Leitlinien für alle im Ausland eingesetzten Amtsträger entwickelt, um die Bestechung ausländischer Amtsträger zu verhindern. Diese Leitlinien sind in einem jedes Jahr aktualisierten Dokument für alle Mitarbeiter zusammengefasst, nicht nur für die im Ausland eingesetzten Mitarbeiter.

Sie bieten einen Überblick über Maßnahmen zur Verhinderung und zum Umgang mit Verdachtsfällen der Bestechung ausländischer Amtsträger, insbesondere im Zusammenhang mit diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen. Jeder Verdacht auf Bestechung ausländischer Amtsträger ist unverzüglich einem speziellen Ansprechpartner für Korruptionsangelegenheiten in den Auslandsvertretungen zu melden. Darüber hinaus ist ein schriftlicher Bericht an das Referat 506 des Auswärtigen Amtes in Berlin zu senden.

Diese Leitlinien werden auch in der Aus- und Weiterbildung von angehenden und aktuellen Diplomaten des Auswärtigen Amtes inhaltlich umgesetzt.

Botschaften sind zudem verpflichtet, Unternehmen darauf hinzuweisen, dass die Bestechung ausländischer Amtsträger deutsches Recht verletzt. Die einzelnen Botschaften entscheiden je nach Lage vor Ort, ob weitere Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung unternommen oder Beratungen zum Thema Compliance angeboten werden. Die Internetseiten der Botschaften sowie Broschüren des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) enthalten weitere im Ausland verfügbare Ratschläge.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 1(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 1(d):**

1. Hinsichtlich der **Aufdeckung** von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass Deutschland

d. angemessene Schritte (einschließlich der Anregung der Entwicklung einer Handreichung auf EU-Ebene) zur Anwendung der neuen EU-Bestimmungen zur Meldung an die zuständigen Behörden unternimmt, um Wirtschaftsprüfern bessere Rechtssicherheit bei der Meldung an externe zuständige Behörden, einschließlich der Strafverfolgungsbehörden, zu geben – insbesondere in Fällen, in denen die Geschäftsführung nach der intern erfolgten Meldung durch den Wirtschaftsprüfer keine entsprechenden Maßnahmen trifft – und sicherstellt, dass solche in angemessener Weise und in gutem Glauben erfolgten Meldungen angemessen vor juristischen Schritten geschützt sind. [Empfehlung von 2009 III.iv, v, X.B iii, v]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hatte die deutsche Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS), die Mitglied im Ausschuss der Aufsichtsstellen (Committee of European Auditor Oversight Bodies, CEAOB) ist, gebeten, im CEAOB vorzuschlagen, eine Handreichung auf EU-Ebene zu den EU-Bestimmungen zur Meldung an die zuständigen Behörden herauszugeben. Der CEAOB entwickelt Leitlinien zu einem breiten Spektrum von Fragen, die die Anwendung der neuen EU-Bestimmungen betreffen. Die APAS hat den anderen Mitgliedern des CEAOB bei der Vollversammlung im November 2019 eine solche Handreichung vorgeschlagen, doch der CEAOB hat sich leider gegen die Herausgabe der erbetenen Handreichung entschieden.

Die Bundesregierung berät derzeit einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz), der eine Bestimmung enthält, die weiter klärt, welche Behörden die zuständigen ausländischen Stellen sind, denen Wirtschaftsprüfer Fälle von Bestechung ausländischer Amtsträger oder andere Fälle von Unregelmäßigkeiten melden sollen, um Rechtssicherheit für Wirtschaftsprüfer zu schaffen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 1(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung**

**nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 1(e):**

1. Hinsichtlich der **Aufdeckung** von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass Deutschland

e. Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass Mitarbeiter von GIZ und KfW Verdachtsmomente bezüglich der Bestechung ausländischer Amtsträger, die sich im Kontext von durch die Bundesregierung beauftragten Projekten ergeben und an denen deutsche Unternehmen oder Einzelpersonen beteiligt sind, an die deutschen Strafverfolgungsbehörden weiterleiten und den Mitarbeitern Handreichungen zum Umgang mit solchen Meldungen zur Verfügung stellt. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 4, Empfehlung von 2016 für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit 7 iii]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Dem Verhaltenskodex der GIZ zufolge sind alle Beschäftigten verpflichtet, Bestechung und andere schwerwiegende Korruptionsfälle oder deren Verdacht zu melden. Für die Meldung steht das Hinweisgebersystem der GIZ zur Verfügung, welches auch eine anonyme Abgabe von Hinweisen ermöglicht. Darüber hinaus gibt es für Leitungspersonen ein formales Meldesystem einschließlich eines Meldeformulars. Als Reaktion auf die OECD-Empfehlungen hat die Stabsstelle Recht und Versicherung der GIZ einen verbindlichen Mechanismus zur Meldung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger, an denen deutsche Unternehmen oder Einzelpersonen beteiligt sind oder die sie betreffen, an die deutschen Strafverfolgungsbehörden eingeführt.

Gemäß der Arbeitsanweisung der KfW zur Betrugs- und Korruptionsprävention sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet, alle Fälle von Betrug, Bestechung und sonstiger Korruption oder deren Verdacht an die unabhängige Compliance-Stelle zu melden. Für die Meldung steht das Hinweisgebersystem der KfW zur Verfügung, welches auch eine anonyme Abgabe von Hinweisen ermöglicht. Auf der Grundlage der eigenen Arbeitsanweisungen für den Umgang mit Verdachtsfällen meldet die Compliance-Stelle Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger, an denen deutsche Unternehmen oder Einzelpersonen beteiligt sind oder die sie betreffen, an die deutschen Strafverfolgungsbehörden.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 1(e) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlungen zum Gesetzesvollzug bezüglich des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger**

**Empfehlung 2(a):**

2. Hinsichtlich **Ermittlungs- und Verfolgungsverfahren** bei Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

a. die für die Überwachung und weitere Prüfung des Vollzugs der deutschen Gesetze zur Umsetzung des Übereinkommens erforderlichen Informationen und Statistiken entweder auf Bundesebene oder

durch die Sicherstellung einer einheitlichen Vorgehensweise der Bundesländer erhebt. [Übereinkommen Artikel 12, Empfehlung 4b aus Phase 3]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Um eine einheitliche und umfassende Datenerhebung zu gewährleisten, die eine weitere Prüfung des Vollzugs der deutschen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr ermöglicht, hat das BMJV in Konsultation mit den Justizministerien der Bundesländer eine neue Vorlage zur Erhebung von Vollzugsdaten im Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger entwickelt. Das Formular ist als „Checkliste“ konzipiert, die alle relevanten Aspekte von straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Untersuchungen, Verfolgungen und sonstigen Verfahren im Bereich der Auslandsbestechung abdeckt. Es werden Daten zu allen Verfahrensschritten von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachtsfalles der Bestechung ausländischer Amtsträger bis zum Abschluss des Falles angefordert, darunter z. B. zu den wichtigsten angewandten Ermittlungsmaßnahmen, den Gründen für die Einstellung von (Teilen von) Verfahren, Straftatbeständen, wegen derer Anklage erhoben wurde, und verhängten Sanktionen.

Mit dem Formular sollen detaillierte Informationen abgerufen werden; gleichzeitig gewährleistet es ein hohes Maß an Konsistenz. Im Hinblick auf Sanktionen enthält das Formular Fragen zu den genauen Kriterien für die Höhe der verhängten Geldbuße – es wird ausdrücklich nach Angaben zur Berücksichtigung von Selbstanzeige, Aufklärungshilfe und Compliance-Maßnahmen gefragt – oder zu den Maßnahmen, die zur Sicherung der Vermögensabschöpfung ergriffen wurden.

Bei der Vorbereitung des Jahresberichts über die Strafverfolgungsmaßnahmen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger werden die Strafverfolgungsbehörden gebeten, für jedes relevante Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren ein Formular auszufüllen. In dem Formular werden alle Informationen, die in den verschiedenen Phasen des Strafverfahrens zu einem einzelnen Fall gesammelt wurden, zusammengefasst und neue Entwicklungen hervorgehoben. Informationen zu den an die Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen (Working Group on Bribery, WGB) gemeldeten statistischen Daten werden am Ende der Tabelle vermerkt, um die Vollständigkeit der im Jahresbericht angegebenen Informationen zu gewährleisten. Diese Methode erleichtert die Datenabfrage auf Länderebene und ermöglicht es dem BMJV, die Vollständigkeit und Konsistenz der von den Landesjustizverwaltungen übermittelten Informationen zu überprüfen. Die hohe Konsistenz der von den Bundesländern abgefragten Daten wird ferner durch mehrere Tabellenerläuterungen sichergestellt, welche auf Aspekte hinweisen, die für Statistiken zu Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger von besonderer Bedeutung sind.

Die neue Methode der Datenerhebung wurde auf einer „Bund-Länder-Konferenz zur Umsetzung der Empfehlungen zu Phase 4 – Evaluierung durch die OECD-Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen“, welche das BMJV mit Vertretern aller Landesjustizverwaltungen am 20. September 2018 abhielt, vorgestellt und erörtert. Ziel dieser Konferenz war es auch, für die Bedeutung der Erhebung vollständiger und korrekter statistischer Daten über Strafverfolgungsmaßnahmen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger zu sensibilisieren. Die erste Version des Formulars wurde zu Pilotzwecken bei der Datenerhebung für den Bericht des Jahres 2019 über Vollzugsdaten verwendet. Nach Auswertung der Qualität der mit dem neuen Formular erhobenen Daten und den Rückmeldungen aus den Bundesländern wurde das Datenerhebungsformular angepasst und verbessert und den Bundesländern erneut zur Stellungnahme übermittelt. Die Frist für die Stellungnahme der Bundesländer endet am 1. Oktober 2020. Die aktuelle Version des Datenerhebungsformulars ist diesem Bericht als Anhang VII beigefügt. Für die Datenerhebung 2020 ist die endgültige Fassung zu verwenden.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 2(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 2(b):**

2. Hinsichtlich **Ermittlungs- und Verfolgungsverfahren** bei Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

b. sicherstellt, dass die Staatsanwaltschaften derjenigen Bundesländer, die über weniger Erfahrung mit Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger verfügen, Handreichungen und Spezialschulungen durch erfahrenere Staatsanwaltschaften anderer Bundesländer erhalten, um der Komplexität des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger, der entsprechenden Ermittlungen und der Verfolgung sowohl von natürlichen als auch juristischen Personen Rechnung zu tragen. [Empfehlung von 2009 III.ii und V.]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Die „Bund-Länder-Konferenz zur Umsetzung der Empfehlungen zu Phase 4 – Evaluierung durch die OECD-Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen“ im September 2018 wurde auch genutzt, um die Vertreter der Landesjustizverwaltungen für die Komplexität des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger und die Notwendigkeit von Spezialschulungen der Staatsanwaltschaften zu sensibilisieren. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass bestehende Schulungen im Bereich der Bestechung ausländischer Amtsträger erweitert und verbessert werden sollten. Außerdem begrüßten die Teilnehmenden die Anregung, spezielle Sitzungen zum Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger in bestehende regelmäßige Expertentreffen wie z. B. den „Erfahrungsaustausch der Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“ zu integrieren. Dieser jährliche Austausch konnte im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Die Planung für den Austausch im nächsten Jahr hat noch nicht begonnen.

Im Jahr 2019 wurden die Ergebnisse von Phase 4 der Evaluierung durch die OECD-Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen auf der Konferenz zum Erfahrungsaustausch von einem Vertreter des BMJV und einem leitenden Staatsanwalt, der während des Besuchs des Evaluierungsteams vor Ort auch an einem Panel teilgenommen hatte, vorgestellt. Im Anschluss an die Präsentationen tauschten Staatsanwälte ihre Erfahrungen mit Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger aus und erörterten, wie sich die Empfehlungen der Arbeitsgruppe am besten umsetzen lassen.

Nach dem Inkrafttreten des Verbandssanktionengesetzes wird der Schwerpunkt insbesondere auf Schulungen zur Verfolgung von juristischen Personen wegen des Straftatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger liegen. Die empfohlene Weitergabe von Spezialwissen wird in einigen Bundesländern über eigene Schulungsprogramme, Konferenzen und Seminare umgesetzt. Zum Beispiel führt ein Bundesland ein Seminar mit dem Titel „Bestechung ausländischer Amtsträger“ durch, in dem die praktische Bedeutung des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger aufgezeigt, Anhaltspunkte für eine solche Tat vorgestellt und die Grundzüge des deutschen Korruptionstrafrechts und seine Anwendbarkeit auf die Bestechung ausländischer Amtsträger erläutert werden. Da die persönliche Teilnahme an Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie eingeschränkt war, wurden in diesem Jahr verstärkt Online-Schulungen durchgeführt.

Einige Bundesländer haben zudem organisatorische Maßnahmen ergriffen, wie z. B. die Schaffung einer „Schwerpunktstaatsanwaltschaft für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“ oder einer entsprechenden „Sonderabteilung“. Die Bündelung der Verfahren ermöglichte den umfassenden Austausch von Informationen und Fachwissen, was in der Folgezeit noch weiter ausgebaut wurde. Darüber hinaus werden die in der Praxis gesammelten Erfahrungen zunehmend durch Vorträge bei internen Lehrgängen, wie z. B. der Deutschen Richterakademie, aber auch bei Fortbildungsveranstaltungen außergerichtlicher Institutionen, wie z. B. der Evangelischen Akademie, weitergegeben, in denen Korruptionstatbestände in einem internationalen Kontext untersucht werden.

Außerdem wird das BMJV das neue verbesserte Datenerhebungsformular zum Austausch aussagekräftigerer und umfassenderer Vollzugsdaten zu Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger mit den jeweiligen Landesjustizministerien nutzen. Bei der Analyse der für den OECD-Bericht über Vollzugsdaten erhobenen Daten wird das BMJV Fälle auswählen, die als Beispiele für typische Herausforderungen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger dienen können. Dank der übersichtlichen Struktur des neuen Datenerhebungsformulars können die relevanten Aspekte der ausgewählten Fälle hervorgehoben und den Landesjustizverwaltungen zur Weitergabe an die Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

Nach der Weiterverfolgung durch die Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen wird das BMJV hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen zu Phase 4 erneut auf die Bundesländer zugehen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 2(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 2(c):**

2. Hinsichtlich **Ermittlungs- und Verfolgungsverfahren** bei Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

c. sofern es Empfehlung 6.b zur Abschaffung des Opportunitätsprinzips bei Unternehmenshaftung nicht umsetzt, alternativ sicherstellt, dass die Staatsanwaltschaft ihre Rolle bei der Einleitung von Ermittlungsverfahren und bei der Strafverfolgung gegen juristische Personen unabhängig von der ausführenden Gewalt umsetzt, um sicherzustellen, dass Ermittlungen und Verfolgungen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger nicht durch nach Artikel 5 des Übereinkommens unzulässige Faktoren beeinflusst werden (d.h. Erwägungen des nationalen wirtschaftlichen Interesses, mögliche Auswirkungen auf die Beziehungen mit einem anderen Staat oder die Identität der betreffenden natürlichen oder juristischen Personen). [Übereinkommen Artikel 5]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das Verbandssanktionengesetz sieht die Einführung des Legalitätsprinzips vor, vgl. dazu unsere Ausführungen zu Empfehlung 6b weiter unten.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 2(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 2(d):**

2. Hinsichtlich **Ermittlungs- und Verfolgungsverfahren** bei Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

d. die Zuständigkeit des Landgerichts für die Tatbestände der Bestechung ausländischer Amtsträger und der Bestechung im geschäftlichen Verkehr einheitlich festschreibt (§§ 299-300 StGB). [Übereinkommen Artikel 5, Empfehlung von 2009, Anhang I.D.]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Deutschland setzt die Empfehlung 2d um, indem es die funktionelle Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts für den Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger festschreibt. § 74c des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) regelt die funktionelle Zuständigkeit einer Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts für bestimmte Straftaten, die typischerweise Bezüge zum Wirtschaftsleben aufweisen. Zum Zeitpunkt von Phase 4 der Evaluierung fand sich in § 74c GVG keine gesonderte Regelung für die Bestechung ausländischer Amtsträger. § 74c Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a GVG sah lediglich die funktionelle Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammer für die Straftaten der Bestechung, Vorteilsgewährung und Bestechlichkeit allein unter der Voraussetzung vor, dass zur Beurteilung des Falles besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erforderlich sind.

Wie im Phase-4-Evaluierungsbericht dargelegt, bestand dadurch das Risiko, dass Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger von normalen Strafkammern ohne Spezialwissen auf dem Gebiet des Wirtschaftsstrafrechts verhandelt werden könnten. Verfahren in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger sind in der Regel sehr umfangreich und komplex und erfordern oft die Inanspruchnahme internationaler Rechtshilfe sowie die Beurteilung in- und ausländischer Wirtschaftsprozesse. Um die Zuständigkeit des Landgerichts sowohl für die Bestechung ausländischer Amtsträger als auch für die Bestechung im Geschäftsverkehr einheitlich festzuschreiben, hat das BMJV einen Entwurf zur Änderung des § 74c GVG erarbeitet, durch den der Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger in § 74c Absatz 1 Nummer 5a aufgenommen wird:

„(1) Für Straftaten (...)

5a. der wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen, der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, der Bestechlichkeit im Gesundheitswesen, der Bestechung im Gesundheitswesen, der Bestechlichkeit und der Bestechung ausländischer und internationaler Bediensteter sowie nach dem Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung (...), ist, soweit nach § 74 Abs. 1 als Gericht des ersten Rechtszuges und nach § 74 Abs. 3 für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urteile des Schöffengerichts das Landgericht zuständig ist, eine Strafkammer als Wirtschaftsstrafkammer zuständig. Die §§ 120 und 120b bleiben unberührt.“

Der vorgeschlagene neue Text von § 74c Absatz 1 Nummer 5a sieht eine funktionelle Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammer für den Tatbestand der Bestechung ausländischer und internationaler Bediensteter (§§ 332 und 334 jeweils in Verbindung mit § 335a StGB) ohne die zusätzliche Voraussetzung vor, dass zur Beurteilung des Falles besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erforderlich sind. Die Änderung des § 74c GVG wurde als Teil eines Gesetzentwurfs zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung erarbeitet und wird in Kürze das interministerielle Konsultationsverfahren durchlaufen. Nach dem Konsultationsverfahren wird der Gesetzentwurf veröffentlicht und mit verschiedenen Interessenvertretern beraten.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 2(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 3(a):**

3. Hinsichtlich **alternativer Verfahren** in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

a. durch geeignete Mittel, auch unter Nutzung der bereits abgeschlossenen Fälle aufgrund des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger, die Voraussetzungen definiert, unter denen die Staatsanwaltschaft einen Fall einstellen kann, einschließlich des von den Beschuldigten im Rahmen des Ermittlungserfahrens erwarteten Maßes an Kooperationsbereitschaft; dies würde dabei helfen, einen einheitlichen Ansatz zur Nutzung des Ermessensspielraums der Staatsanwaltschaften in allen Bundesländern sicherzustellen und die Vorhersehbarkeit und Transparenz bezüglich der Anwendung des Verfahrens nach § 153a StPO verbessern. [Übereinkommen Artikel 5; Empfehlung von 2009 III.ii und V und Anhang I D.]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Deutschland hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um der Empfehlung 3a nachzukommen und einen einheitlichen Ansatz zur Nutzung des Ermessensspielraums der Staatsanwaltschaften in allen Bundesländern sicherzustellen sowie die Vorhersehbarkeit und Transparenz bezüglich der Anwendung des Verfahrens nach § 153a StPO zu verbessern.

Zunächst wird die Empfehlung 3a umgesetzt, indem eine Nennung der relevanten Kriterien für die Anwendung von § 153a StPO in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger in die „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren“ (RiStBV) aufgenommen wird. Diese Richtlinien sind bundesweit einheitliche und für die Staatsanwaltschaften verbindliche Anweisungen. Sie bieten Staatsanwaltschaften allgemeine Hinweise zur praktischen Anwendung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches (StGB), der StPO und des OWiG. Aufgrund des notwendigen Ermessensspielraums der Staatsanwaltschaften bei der Aufklärung einzelner Fälle ist es nicht möglich, einen abschließenden Kriterienkatalog für die Entscheidung über den Abschluss von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger im Wege eines alternativen Verfahrens nach § 153a StPO aufzustellen.

Das BMJV hat jedoch einen Entwurf für eine neue Richtlinie vorgelegt, die eine nicht erschöpfende Liste von Kriterien enthält, die von Staatsanwaltschaften bei der Anwendung des Verfahrens nach § 153a StPO zu berücksichtigen sind:

*Nummer 242b Absatz 1:*

*„Bei einer Einstellung eines Verfahrens nach § 153a StPO wegen Bestechung ausländischer und internationaler Bediensteter berücksichtigt der Staatsanwalt nach pflichtgemäßem Ermessen auch, ob, in welchem Umfang und in welchem Verfahrensstadium der Beschuldigte zur Aufklärung der Tat beigetragen hat. Weiter sind die Höhe des dem ausländischen bzw. internationalen Bediensteten gewährten Vorteils und die Bedeutung der als Gegenleistung angestrebten Diensthandlung bei der Einstellungsentscheidung zu berücksichtigen.“*

Aus dem Text des Richtlinienentwurfs geht hervor, dass der Umfang und der Zeitpunkt der Kooperation des Beschuldigten mit den Strafverfolgungsbehörden als Einstellungskriterien nach § 153a StPO zu berücksichtigen sind. Auf der vorgenannten Bund-Länder-Konferenz von 2018 wurde die Bedeutung einer einheitlichen Anwendung von § 153a StPO ebenfalls unterstrichen.

Darüber hinaus dient das neue Datenerhebungsformular (vgl. Empfehlung 2a) für Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger als Instrument zur Überprüfung, ob die Kriterien für die Aufnahme alternativer Verfahren nach § 153a StPO von den Staatsanwaltschaften in den Bundesländern einheitlich angewendet werden. Bei Fällen, die (teilweise) durch die Verhängung von Sanktionen abgeschlossen werden, wird im Datenerhebungsformular explizit nach Gründen für die Einstellung des Verfahrens gefragt. Bei der vorgenannten Konferenz mit den Landesjustizverwaltungen im September 2018, in der die für die Ermittlung und Verfolgung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger relevanten Empfehlungen aus dem Phase-4-Bericht behandelt wurden, hat das BMJV außerdem darauf hingewiesen, dass die einheitliche Anwendung des Verfahrens nach § 153a StPO bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten unterstützt werden sollte. Die Bedeutung einer einheitlichen Anwendung dieser Bestimmung wurde auch von den Vertretern der Landesjustizverwaltungen bekräftigt. Die einheitliche Anwendung der Bestimmung kann auch angegangen werden, wenn das BMJV Ländervertreter nach der Weiterverfolgung von Phase 4 zu einer weiteren Konferenz einlädt.

Der oben genannte Entwurf der Richtlinie Nummer 242b Absatz 1 RiStBV wurde den Landesjustizverwaltungen zur Stellungnahme zugeleitet und an den für die Änderung der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet im Frühjahr 2021 statt.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 3(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 3(b):**

3. Hinsichtlich **alternativer Verfahren** in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

b. durch geeignete Mittel sicherstellt, dass gewisse Elemente aus den Verfahren gemäß § 153a StPO, wie die Rechtsgrundlage für die Wahl dieses Verfahrens, die zugrundeliegenden Fakten, die mit Strafen belegten natürlichen Personen (wenn erforderlich in anonymisierter Form) sowie die verhängten Strafen, soweit dies angemessen und nach deutschem Datenschutz- und Verfassungsrecht möglich ist, offengelegt werden. [Übereinkommen Artikel 3 und 5, Empfehlung von 2009 III.ii, Empfehlung 3c aus Phase 3]

### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Neben den bei der Einstellung eines Verfahrens nach § 153a StPO zu berücksichtigenden Kriterien sieht der neue Richtlinienentwurf Nummer 242b RiStBV auch vor, dass Staatsanwaltschaften stets prüfen sollen, ob und in welchem Umfang Elemente aus einem Verfahren offengelegt werden sollen. In Absatz 2 des Richtlinienentwurfs heißt es:

*„Der Staatsanwalt prüft bei der Einstellung nach § 153a StPO nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und ggf. in welchem Umfang eine Unterrichtung der Öffentlichkeit geboten erscheint. Dabei berücksichtigt er die Persönlichkeitsrechte des Beschuldigten, die Rechte anderer Betroffener sowie das allgemeine Informationsinteresse der Öffentlichkeit und die sich aus dem von Deutschland ratifizierten OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (BGBl. 1998 II S. 2327) ergebende Verpflichtung zur wirksamen Bekämpfung von Auslandsbestechung.“*

Die vorgenannte Konferenz zwischen dem BMJV und den Landesjustizverwaltungen im September 2018 widmete sich auch der Frage, ob Elemente aus den Verfahren nach § 153a StPO veröffentlicht

werden sollten. Die Empfehlung 3b und die im Evaluierungsbericht zu Phase 4 genannten Gründe wurden den Teilnehmenden erläutert und mit ihnen erörtert. Die Vertreter des BMJV betonten, dass die Staatsanwaltschaften ermutigt werden sollten, Pressemitteilungen zu veröffentlichen, in denen bestimmte Elemente aus den Verfahren nach § 153a StPO offengelegt werden, soweit dies angemessen und mit den Grundrechten und den geltenden Datenschutzbestimmungen vereinbar ist.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 3(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 3(c):**

3. Hinsichtlich **alternativer Verfahren** in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

c. mit der angekündigten umfassenden empirischen Untersuchung der in Deutschland erzielten Verständigungen fortfährt. [Übereinkommen Artikel 5; Empfehlung von 2009 III.ii und V und Anhang I D.]

### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Von März 2018 bis Februar 2020 hat ein Forschungsverbund der Universitäten Düsseldorf, Frankfurt am Main und Tübingen eine umfassende Studie zu den theoretischen rechtlichen Rahmenbedingungen und der praktischen Anwendung der Bestimmungen zur Verständigung im Strafverfahren nach § 257c StPO durchgeführt. Insbesondere sollte überprüft werden, ob die Gerichte und Staatsanwaltschaften noch an informellen Verständigungen beteiligt sind, obwohl die Voraussetzungen für Verständigungen in § 257c StPO nunmehr klar geregelt sind.

Der Schlussbericht wurde im November 2020 auf der Website des BMJV veröffentlicht und steht als Open-Access-Dokument [https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/110420\\_Evaluation\\_Verstaendigung.html](https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/110420_Evaluation_Verstaendigung.html) zur Verfügung.

Zusammenfassend stellt die Studie fest, dass informelle Verständigungen trotz des Inkrafttretens von § 257c StPO und des Verbots informeller Verständigungen durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Praxis noch Anwendung finden. Darüber hinaus benennt sie mögliche Gründe für diese Erkenntnisse. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse wird das Ministerium jetzt prüfen, ob weitere gesetzliche Regelungen erforderlich sind, um Defiziten in der gerichtlichen Verständigungspraxis wirksam zu begegnen. Die Erkenntnisse aus der Studie ermöglichen dazu eine umfassende rechtspolitische Diskussion.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 3(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 3(d):**

3. Hinsichtlich **alternativer Verfahren** in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland

d. im Rahmen seiner Bemühungen zur Verbesserung des Gesetzesvollzugs gegenüber juristischen Personen die Einführung eines alternativen Verfahrens erwägt. [Übereinkommen Artikel 2 und 3; Empfehlung von 2009 III.]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Im Rahmen einer umfassenden Reihe neuer Verfahrensregelungen wird das Verbandssanktionengesetz ein alternatives Verfahren bei gegen juristische Personen eingeleiteten Strafverfahren einführen. Die Bestimmungen der §§ 35 bis 42 des Gesetzes erlauben es den Staatsanwaltschaften, in bestimmten Fällen mit Zustimmung des Gerichts von der Strafverfolgung gegen juristische Personen als Ausnahme vom Legalitätsprinzip abzusehen oder diese einzustellen.

Die geltenden Bestimmungen beziehen sich auf entsprechende Bestimmungen der StPO zu alternativen Verfahren für verdächtige/angeklagte natürliche Personen (§§ 153 StPO ff.) und passen diese für juristische Personen an. Eine besonders wichtige Regelung enthält § 36 des Verbandssanktionengesetzes im Hinblick auf Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger. Diese Bestimmung entspricht § 153a StPO, der die Nichtverfolgung unter Auflagen oder Weisungen zulässt:

**§ 36 – Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen**

(1) § 153a Absatz 1 Satz 1 der Strafprozessordnung findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die Verfolgungsbehörde mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts und des Verbandes vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen und dem Verband zugleich Auflagen nach § 12 Absatz 2 und Weisungen nach § 13 Absatz 2 und 3 erteilen kann, wenn diese geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Verfolgung zu beseitigen, und die Bedeutung der Verbandstat, in den Fällen des § 3 Absatz 1 Nummer 2 auch die Schwere und das Ausmaß des Unterlassens angemessener Vorkehrungen zur Vermeidung von Verbandstaten nicht entgegenstehen. Der Zustimmung des Gerichts bedarf es nicht, wenn die durch die Verbandstat verursachten Folgen gering sind.

(2) Zur Erfüllung der Auflagen und Weisungen setzt die Verfolgungsbehörde dem Verband eine Frist, die bei Auflagen höchstens ein Jahr und bei Weisungen höchstens zwei Jahre beträgt. Die Verfolgungsbehörde kann Auflagen und Weisungen nachträglich aufheben und die Frist einmal für die Dauer von sechs Monaten verlängern. Mit Zustimmung des Verbandes kann sie auch Auflagen und Weisungen nachträglich auferlegen und ändern. Erfüllt der Verband die Auflagen und Weisungen, so kann die Verbandsverantwortlichkeit nicht mehr verfolgt werden. Erfüllt der Verband die Auflagen und Weisungen nicht, so werden Leistungen, die er zu ihrer Erfüllung erbracht hat, nicht erstattet.

(3) Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht mit Zustimmung der Verfolgungsbehörde und des Verbandes das Verfahren bis zum Ende der Hauptverhandlung, in der die tatsächlichen Feststellungen letztmals geprüft werden können, vorläufig einstellen und zugleich dem Verband Auflagen nach § 12 und Weisungen nach § 13 erteilen. (...)

Nach § 36 Absatz 1 kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Gerichts Auflagen nach § 12 Absatz 2 und Weisungen nach § 13 Absatz 2 und 3 erteilen. Wie in Bezug auf Empfehlung 1a (oben) erläutert, erlaubt § 13 den Staatsanwaltschaften und dem Gericht, die verantwortliche juristische Person anzuweisen, Compliance-Maßnahmen zu treffen und einen Nachweis über die Umsetzung dieser Maßnahmen durch eine vom Gericht zu genehmigende sachkundige Stelle zu erbringen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 3(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 4(a):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

a. statistische Informationen zu gegen natürliche Personen verhängte Strafen so darstellt, dass folgende Differenzierungen möglich sind:

- (i) nach Tatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger und anderen strafrechtlichen Tatbeständen, insbesondere Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Untreue, und
- (ii) Verfahrensweise (Gerichtsurteil nach vollständigem Gerichtsverfahren mit Hauptanhörung, Verständigung nach § 257c StPO, Strafbefehl nach § 408 StPO, Einstellung des Verfahrens nach § 153 StPO). [Übereinkommen Artikel 3; Empfehlung von 2009 III.ii; Empfehlung 3b aus Phase 3].

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Um der Empfehlung 4a nachzukommen, hat das BMJV eine neue Matrix für die Erhebung statistischer Daten über Strafmaßnahmen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger bzw. für Rechtsdurchsetzungsmaßnahmen gegen natürliche und gegen juristische Personen entwickelt. Diese Matrix wird mit Daten gefüllt, die in dem unter Empfehlung 2a beschriebenen neuen Formular erhoben werden.

Die Matrix benennt die Art des Verfahrens und die entsprechende Verfahrensvorschrift, nach der ein Fall abgeschlossen wurde. Sie gibt auch an, welche anderen Straftatbestände neben dem Straftatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger untersucht und – möglicherweise – strafrechtlich verfolgt wurden. Wenn der Fall mit Strafmaßnahmen abgeschlossen wurde, enthält die Matrix auch Informationen über die Art und die Höhe der verhängten Strafmaßnahmen, die sowohl pro Jahr als auch in einer Tabelle mit aggregierten Daten zu allen in der Matrix enthaltenen Jahren dargestellt werden.

Für natürliche Personen gehören zu den anwendbaren Verfahren zur Beendigung eines Falles der Bestechung ausländischer Amtsträger die verschiedenen Arten alternativer Verfahren (mit Einstellung vor Anklageerhebung/nach Anklageerhebung und mit/ohne Strafmaßnahmen), Verurteilungen (ggf. auf der Grundlage einer Verständigung nach § 257c StPO), Gerichtsverfahren mit Freispruch und Strafbefehlen. Regelmäßig angewandte alternative Straftatbestände sind: Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Untreue (§ 266 StGB), Aufsichtspflichtverletzung (§§ 30, 130 OWiG) und Steuerhinterziehung (§ 370 Abgabenordnung).

Bei der Unternehmenshaftung unterscheidet die Matrix zwischen der Verhängung einer Geldbuße – mit einem ahndenden und einem abschöpfenden Teil – gemäß §§ 30, 130 OWiG, einer Einziehungsanordnung im Strafverfahren nach §§ 73 bis 76 StGB oder einer selbstständigen Einziehungsanordnung nach § 29a OWiG. Neben den gegen die betroffenen juristischen Personen verhängten Strafmaßnahmen werden in der Matrix auch Daten über die Höhe des Einziehungsbetrages dargestellt (pro Jahr und in einer Übersicht). Vgl. dazu Anhang VIII (mit den Daten des Jahres 2019 gefüllte Vorlage der Matrix).

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 4(b):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

b. weiterhin Maßnahmen zur Erreichung der funktionalen Äquivalenz trifft, insbesondere, indem es wirksame, angemessene und abschreckende Strafen in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger sicherstellt – auch dann, wenn alternative Tatbestände, insbesondere Bestechung im geschäftlichen Verkehr, herangezogen werden und wenn Fälle durch das Verfahren nach § 153a StPO beendet werden. [Übereinkommen Artikel 3; Empfehlung von 2009 III.ii]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Die Empfehlung 4b zur Ergreifung von Maßnahmen zur Erreichung der funktionalen Äquivalenz bei der Heranziehung alternativer Tatbestände wurde auch auf der vorgenannten Konferenz zwischen dem BMJV und den Landesjustizverwaltungen im September 2018 erörtert. Das BMJV betonte, dass eine solche funktionale Äquivalenz gewährleistet werden kann, wenn Verfahren, bei denen alternative Tatbestände herangezogen werden, auch zu wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Strafen führen. Außerdem wurde die Frage der funktionalen Äquivalenz und der Notwendigkeit angemessener Strafmaßnahmen im Falle alternativer Tatbestände mit leitenden Staatsanwälten auf der unter Empfehlung 2b genannten Konferenz zum Erfahrungsaustausch im Jahr 2019 erörtert.

Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass die OECD nur dann beurteilen kann, ob die Heranziehung alternativer Tatbestände noch eine funktionale Äquivalenz darstellen kann, wenn die Staatsanwaltschaften die für den jährlichen Bericht über Vollzugsdaten erforderlichen Informationen bereitstellen. Das neue Datenerhebungsformular ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung von Empfehlung 4b. Im Formular wird nach Informationen über Strafverfolgungen oder Verurteilungen wegen alternativer Tatbestände gefragt, wenn Ermittlungen zur Bestechung ausländischer Amtsträger, z. B. aus Mangel an Beweisen, nicht zur Strafverfolgung oder Verurteilung wegen dieses Straftatbestands geführt haben. Die Landesjustizverwaltungen werden ausdrücklich gebeten, Angaben zu den für die Verfolgung alternativer Tatbestände relevanten Sachverhalten zu machen und auch zu erläutern, warum der betreffende Fall als Fall der Bestechung ausländischer Amtsträger zu werten ist. Das Datenerhebungsformular enthält die folgende Anmerkung:

*„Die OECD wertet zugunsten von Deutschland auch solche Verfahren als Auslandsbestechungsverfahren, in denen zwar der Vorwurf der Bestechung ausländischer Amtsträger nicht weiterverfolgt wird (bspw. wegen Probleme bei der Beweiserhebung im Rechtshilfeweg oder wegen Verjährung), aber andere Tatvorwürfe (bspw. Untreue nach § 266 StGB, Bestechung im geschäftlichen Verkehr nach § 299 Abs. 2 StGB oder Steuerhinterziehung) nachgewiesen werden konnten. Deutschland muss aber darlegen, dass gleichwohl Anhaltspunkte fortbestehen, dass es sich bei dem Vorteilsnehmer um einen ausländischen Amtsträger handelt und deshalb die Tat trotz anderer rechtlicher Einordnung als Auslandsbestechungsfall erfasst werden kann (siehe OECD-Bericht zu Phase 4 in Deutschland, Absatz 26f; siehe dazu E.3., F.4., G.3. und H. 2.2).“*

Diese Daten werden in der oben beschriebenen Matrix (vgl. Empfehlung 4a) weiter erhoben, welche einen klaren Überblick über Strafmaßnahmen bietet, die unter Heranziehung alternativer Tatbestände in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger verhängt wurden.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 4(c):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

c. ein Bewusstsein innerhalb der Staatsanwaltschaft dafür schafft, wie wichtig es ist, den gesetzlich zur Verfügung stehenden Strafrahmen voll auszuschöpfen. [Übereinkommen Artikel 3; Empfehlung von 2009 III.ii]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Vgl. unsere Ausführungen zu Empfehlung 4b.

Ergänzend zu unseren Ausführungen zu Empfehlung 4b haben Vertreter des BMJV und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Jahr 2019 gemeinsam einen Artikel zu den Phase-4-Empfehlungen der Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen für Deutschland veröffentlicht („Burkhart/Fratzky, *Die Empfehlungen der OECD zur Bekämpfung der Auslandsbestechung in Deutschland\**, Wistra 2/20019, S. 41 ff.). In dem Artikel werden der Inhalt des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr und die Empfehlungen von 2009 zur Bekämpfung der Bestechung umrissen. Die Autoren fassen die Empfehlungen des Evaluierungsberichts zu Phase 4 zusammen und erläutern diese, d. h. wie wichtig es ist, den gesetzlich zur Verfügung stehenden Strafrahmen voll auszuschöpfen.

Die mit der Bearbeitung der jeweiligen Fälle betrauten Richter und Staatsanwälte werden auf die Grundsätze der Strafzumessung und der damit verbundenen Frage der Ausschöpfung der geltenden Strafrahmen hingewiesen. Die Bewusstseinsbildung erfolgt durch verschiedene Veranstaltungen und Tagungen zum Strafzumessungsrecht auf Länderebene.

Die Grundlage für die Zumessung der Strafe ist immer die Schuld des Täters; dies ist in § 46 Absatz 1 Satz 1 des Strafgesetzbuches ausdrücklich festgelegt. Bei der Strafzumessung müssen die Gerichte die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander abwägen. Die (endgültige) Entscheidung über das konkrete Strafmaß treffen die Gerichte, deren Unabhängigkeit nach Artikel 97 des Grundgesetzes Verfassungsrang hat.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 4(d):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

d. seine im Koalitionsvertrag von 2018 geäußerte Absicht umsetzt, indem es

i. durch eine mögliche Erhöhung der Bußgeldobergrenze auf 10% des Unternehmensumsatzes sicherstellt, dass die Strafmaßnahmen auch für größere Unternehmen wirksam, verhältnismäßig und ausreichend abschreckend sind. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 1, Empfehlung von 2009 III.i]

ii. Vorschriften und Leitlinien zu den erschwerenden und mildernden Umständen und deren möglichen Auswirkungen auf die Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und abschreckende Wirkung von Strafen erarbeitet und diese Handreichungen Staatsanwaltschaften, Gerichten und Unternehmen zur Verfügung stellt. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 1, Artikel 5, Empfehlung von 2009 III.ii]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Die Empfehlung 4d (i) soll durch § 9 des Verbandssanktionengesetzes umgesetzt werden, nach dem die Bußgeldobergrenze für eine Verbandstat auf 10 % des Unternehmensumsatzes erhöht werden kann, wenn der Jahresumsatz dieses Unternehmens mehr als 100 Millionen Euro beträgt. Die Bestimmungen des § 9 stellen sicher, dass Sanktionen gegen juristische Personen, einschließlich aufgrund des Tatbestands der Bestechung ausländischer Amtsträger, auch für große multinationale Unternehmen eine abschreckende Wirkung haben. Gleichzeitig wird die Verhältnismäßigkeit der anwendbaren Sanktion durch das abgestufte Sanktionssystem gewährleistet, welches die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von kleinen bzw. mittleren und großen Unternehmen berücksichtigt.

Nach § 9 Absatz 2 ist bei der Berechnung des Höchstmaßes des Bußgeldes, mit dem große Unternehmen belegt werden, der durchschnittliche Umsatz des Unternehmens in den letzten drei Geschäftsjahren zugrunde zu legen, während § 9 Absatz 1 die Höchstbeträge für Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 100 Millionen Euro enthält.

Bei vorsätzlichen Verbandstaten bleibt das Höchstmaß des Bußgeldes für kleine und mittlere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 100 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro festgelegt, was einem relativen Höchststrafmaß von mindestens 10 % des Jahresumsatzes des Unternehmens entspricht. Bei fahrlässigen Verbandstaten ist der Höchstbetrag der Geldsanktion für kleine und mittlere Unternehmen auf 5 Millionen Euro begrenzt. Für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen Euro ist der Höchstbetrag bei fahrlässigen Verbandstaten auf 5 % des Unternehmensumsatzes festgelegt. Der reduzierte Höchstbetrag bei fahrlässigen Verbandstaten stellt sicher, dass die Sanktionen im Hinblick auf die Schwere der Verbandstat, für die die juristische Person verantwortlich gemacht wird, angemessen bleiben.

**§ 9****Höhe der Verbandsgeldsanktion**

(1) Die Verbandsgeldsanktion beträgt

1. bei einer vorsätzlichen Verbandstat mindestens tausend Euro und höchstens zehn Millionen Euro,
2. bei einer fahrlässigen Verbandstat mindestens fünfhundert Euro und höchstens fünf Millionen Euro.

(2) Bei einem Verband mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als einhundert Millionen Euro beträgt die Verbandsgeldsanktion abweichend von Absatz 1

1. bei einer vorsätzlichen Verbandstat mindestens zehntausend Euro und höchstens 10 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes,
2. bei einer fahrlässigen Verbandstat mindestens fünftausend Euro und höchstens 5 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes.

Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Jahresumsatzes ist der weltweite Umsatz aller natürlichen Personen und Verbände der letzten drei Geschäftsjahre, die der Verurteilung vorausgehen, zugrunde zu legen, soweit diese Personen und Verbände mit dem Verband als wirtschaftliche Einheit operieren. Der durchschnittliche Jahresumsatz kann geschätzt werden. Der Umsatz von Verbänden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, bleibt unberücksichtigt.

Die Empfehlung 4d (ii) soll durch § 15 des Verbandssanktionengesetzes umgesetzt werden, der entsprechend der Koalitionsvereinbarung eine Liste klarer und kohärenter Kriterien für die Sanktionszumessung einschließlich auf die Unternehmenshaftung zugeschnittener erschwerender und mildernder Umstände vorsieht, wie Compliance und Selbstanzeige. Es wird auch auf die Umsetzung der Empfehlung 1a verwiesen.

## § 15

### **Bemessung der Verbandsgeldsanktion**

(1) Grundlage für die Bemessung der Verbandsgeldsanktion sind

1. die Bedeutung der Verbandstat,
2. in den Fällen des § 3 Absatz 1 Nummer 2 auch die Schwere und das Ausmaß des Unterlassens angemessener Vorkehrungen zur Vermeidung von Verbandstaten.

(2) Bei der Bemessung der Verbandsgeldsanktion sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verbandes zu berücksichtigen. In den Fällen des § 9 Absatz 2 darf der Umsatz nicht berücksichtigt werden.

(3) Bei der Bemessung wägt das Gericht Umstände, insoweit sie für und gegen den Verband sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen insbesondere in Betracht:

1. der Vorwurf, der den Täter der Verbandstat trifft,
2. die Beweggründe und Ziele des Täters der Verbandstat,
3. Gewicht, Ausmaß und Dauer der Verbandstat,
4. Art der Ausführung der Verbandstat, insbesondere die Anzahl der Täter und deren Position im Verband,
5. die Auswirkungen der Verbandstat,
6. vorausgegangene Verbandstaten, für die der Verband nach § 3 Absatz 1 verantwortlich ist, sowie vor der Verbandstat getroffene Vorkehrungen zur Vermeidung und Aufdeckung von Verbandstaten,

7. das Bemühen des Verbandes, die Verbandstat aufzudecken und den Schaden wiedergutzumachen, sowie nach der Verbandstat getroffene Vorkehrungen zur Vermeidung und Aufdeckung von Verbandstaten,

8. die Folgen der Verbandstat, die den Verband getroffen haben.

(4) § 51 Absatz 2 des Strafgesetzbuches gilt entsprechend.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 4(e):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

e. den Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften regelmäßig umfassende schriftliche Informationen sowie Schulungen zur Ermittlung von Taterträgen zum Zwecke der Berechnung des Abschöpfungsanteils im Rahmen von Geldbußen zur Verfügung stellt. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 3]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Deutschland ergreift regelmäßig verschiedene Maßnahmen, um Strafverfolgungsbehörden Handreichungen für die Ermittlung von Taterträgen aus Finanz- und Wirtschaftsstraftaten, einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger, zum Zwecke der Berechnung des Abschöpfungsanteils zur Verfügung zu stellen. Insbesondere seit der Umsetzung einer umfassenden Reform des Rechtsrahmens für die Vermögensabschöpfung im Strafverfahren im Jahr 2017 geben die Staatsanwaltschaften den Staatsanwälten auf allen Ebenen regelmäßig praktische Hinweise zur korrekten Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der §§ 73 ff. StGB sowie zur Berechnung des einzuziehenden Betrags. Darüber hinaus geben viele Staatsanwaltschaften allgemeine Leitlinien heraus, die die relevanten Kriterien für die Entscheidung über die Einziehung von Taterträgen darlegen.

Auf nationaler Ebene wird die Einziehung von Erträgen aus Straftaten regelmäßig bei den von der Deutschen Richterakademie veranstalteten Fachtagungen zum Wirtschaftsstrafrecht behandelt, z. B. im August 2018 in Trier und im September 2019 in Wustrau. Die an der Deutschen Richterakademie stattfindenden Tagungen sind Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte und befassen sich mit praktischen Fragen strafrechtlicher Ermittlungen und Verfolgungen, z. B. in Bezug auf die Vermögensabschöpfung (z. B. „*Strafrechtliche Vermögensabschöpfung*“, „*Aktuelle Entwicklungen im Wirtschaftsstrafrecht*“, „*Grundlagen des Wirtschaftsstrafrechts*“). Diese Veranstaltungen finden regelmäßig statt. Die Deutsche Richterakademie hat für 2021 weitere Fortbildungsveranstaltungen geplant, u. a. zu den Themen „Einziehung von Erträgen aus Straftaten“, „Internationale Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten“ (mit dem Schwerpunkt „Gewinnabschöpfung bei Fällen mit Auslandsberührung“), „Wirtschaftsstrafrecht in der Praxis“, „Joint Investigation Teams – Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung mit neuen Möglichkeiten und Chancen“ und „Organisierte Kriminalität“. Darüber hinaus bietet die Bundesfinanzakademie in Brühl regelmäßig

(jährlich) ein Seminar mit dem Titel „Korruption erkennen und handeln – Zusammenarbeit zwischen Betriebsprüfung/Steuerfahndung und Polizei/Staatsanwaltschaft“ an. Neben Steuerbeamten nehmen an der Veranstaltung regelmäßig erfahrene Richter und Staatsanwälte (insbesondere Bedienstete der Schwerpunktstaatsanwaltschaften) teil, die sich bereits mit Fällen internationaler Bestechung befasst haben und ihre Erfahrungen weitergeben, u. a. bei der Sanktionierung von Unternehmen und bei der Vermögensabschöpfung. Das von der OECD veröffentlichte Handbuch „Bestechung und Korruption“ für den Innen- und Außendienst der Steuerverwaltung wird ebenfalls regelmäßig besprochen.

Ergänzt wird das Angebot durch Schulungen der Europäischen Rechtsakademie (ERA) und des European Judicial Training Network (EJTN) sowie durch einzelne Angebote von Drittanbietern (z. B. dem Euro-Institut in Kehl mit regelmäßigen Seminaren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten und dem Nordverbund für Rechtspfleger mit seiner Fortbildung zum Strafvollzugs- und Strafvollstreckungsrecht). Darüber hinaus führen die Bundesländer eigene Schulungen und Seminare (z. B. Grundschulung zur Vermögensabschöpfung in digitaler Form, eine Schulung zur Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht und ein Seminar zum Thema Erscheinungsformen der Korruption und ihre Bekämpfung) sowie Tagungen/Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch durch. Aufgrund der Pandemie wurden diese und alle anderen Schulungen im Jahr 2020 jedoch nur in reduziertem Umfang durchgeführt oder mussten verschoben werden.

2018 wurden der Rechtsrahmen für die Einziehung von Straftaterträgen und die Anwendung der entsprechenden Bestimmungen der Strafprozessordnung sowohl auf der jährlichen Konferenz zum Erfahrungsaustausch, auf die unter Empfehlung 2(b) Bezug genommen wurde, als auch auf einer dreitägigen Fachtagung für Staatsanwaltschaften, die von der Landesjustizverwaltung Bremen organisiert wurde, erörtert. Das Land Bremen organisiert regelmäßig einen überregionalen Erfahrungsaustausch zwischen den mit Vermögensabschöpfung befassten Staatsanwälten im Nordverbund – zuletzt im September 2020. Auf dem Programm stand auch die Einziehung von Taterträgen bei Unternehmenshaftung. Anlässlich solcher Expertentreffen zwischen Staatsanwälten verschiedener Staatsanwaltschaften haben die Teilnehmenden auch die Möglichkeit zum informellen Erfahrungsaustausch in Bezug auf die Verfolgung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(e) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 4(f):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

f. sicherstellt, dass das Instrument der Einziehungsanordnung nicht anstelle der Verhängung eines Bußgeldes – welches einen ahndenden Anteil enthält – genutzt wird. [Übereinkommen Artikel 3, Empfehlung von 2009 II]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Die Einführung des Legalitätsprinzips durch § 3 Absatz 1 des Verbandssanktionengesetzes (vgl. Empfehlung 6b) wird sicherstellen, dass eine Einziehungsanordnung nicht mehr als Alternative zu einer

Geldbuße genutzt werden kann (wenn die Voraussetzungen für die Verhängung einer solchen Sanktion erfüllt sind).

Dies ist eine wichtige Änderung des aktuellen Rechtsrahmens: Gemäß § 29a OWiG kann die Staatsanwaltschaft derzeit eine Einziehungsanordnung (die im neuen Rechtsrahmen seit 2017 einer Verfallsanordnung entspricht) wegen der Ordnungswidrigkeit der Verletzung der Aufsichtsmaßnahmen durch einen leitenden Angestellten (§ 130 OWiG) gegen eine juristische Person treffen, ohne dass dafür die Unternehmenshaftung festgestellt werden muss. Die Anwendung von § 29a OWiG schließt die Anordnung einer Geldbuße, die einen ahndenden Anteil enthalten würde, aufgrund derselben Tat aus.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(f) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 4(g):**

4. Hinsichtlich der **Strafmaßnahmen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

g. sicherstellt, dass gegen juristische Personen verhängte Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind, auch unter Berücksichtigung der steuerlichen Behandlung von Einziehungsentscheidungen in Deutschland. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 1, Empfehlung von 2009 III.ii]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

In Bezug auf die Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und abschreckende Wirkung von Strafmaßnahmen beachten Sie bitte unsere Ausführungen zu den Empfehlungen 4f und 4d. Wie in unseren Erläuterungen zur Umsetzung der Empfehlung 4d beschrieben, wird mit dem Verbandssanktionengesetz ein abgestuftes Sanktionssystem eingeführt, das höhere Geldstrafen für große Unternehmen ermöglicht (bis zu 10 % des Jahresumsatzes). Dadurch werden das Höchstmaß der Geldsanktion für Unternehmen mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen Euro deutlich erhöht und die abschreckende Wirkung von Sanktionen bei Verbandstaten verbessert. Darüber hinaus werden den Gerichten die in § 15 des Verbandssanktionengesetzes festgelegten, auf die Unternehmenshaftung zugeschnittenen Kriterien für die Sanktionszumessung bei der Festlegung angemessener Sanktionen helfen.

Neben der Sanktionierung sieht das Verbandssanktionengesetz auch die Möglichkeit vor, die Verurteilung des Verbandes öffentlich bekannt zu machen (§ 14). Das Gericht hat über Art und Umfang der Bekanntmachung zu entscheiden.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 4(g) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 5:**

5. Hinsichtlich der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland Instrumente zur Erhebung von Daten zu den Leistungen bezüglich der internationalen

Rechtshilfe entwickelt, die Zahl der ein- und ausgehenden Ersuchen sowie die auf die Bearbeitung und Ausführung internationaler Rechtshilfeersuchen verwendete Zeit erfasst, und den Fortgang ausgehender Rechtshilfeersuchen im Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger und verwandten Tatbeständen weiterverfolgt. [Übereinkommen Artikel 9 Absatz 1]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das in unseren Erläuterungen zur Umsetzung der Empfehlung 2a beschriebene neue Datenerhebungsformular dient auch als Instrument zur Erhebung von Daten zu den Leistungen bezüglich der internationalen Rechtshilfe. Mit ihm sollen Daten zur Anzahl der gestellten Ersuchen und zum Zeitrahmen erhoben werden, der zur Ausführung ausgehender Rechtshilfeersuchen im Zusammenhang mit der Bestechung ausländischer Amtsträger und verwandten Tatbeständen erforderlich ist. In dem Abschnitt des Datenerhebungsformulars, der sich auf Ermittlungsverfahren bezieht, müssen die folgenden Fragen beantwortet werden, wenn ein Rechtshilfeersuchen gestellt wurde:

An welchen Staat wurde das Rechtshilfeersuchen gestellt?

Welche Maßnahmen wurden erbeten?

Zu welchem Zeitpunkt wurde das Rechtshilfeersuchen versendet und zu welchem Zeitpunkt ist die Antwort eingegangen?

Wurde dem Ersuchen nachgekommen (ggf. Angabe von Ablehnungsgründen)?

Dank der neuen einheitlichen Datenerhebungsmethode wird das BMJV schnell überprüfen können, ob alle relevanten Informationen von den Strafverfolgungsbehörden bereitgestellt wurden, und damit auch eine einheitliche Erhebung von Daten zu den Leistungen bezüglich der internationalen Rechtshilfe sicherstellen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 5 ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlungen hinsichtlich der Haftung und des Umgangs mit juristischen Personen**

**Empfehlung 6(a):**

6. Hinsichtlich der **Haftung juristischer Personen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

a. sicherstellt, dass in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger das Instrument der selbständig angeordneten Einziehung der Werte von Taterträgen nicht dazu genutzt wird, Fälle schnell abzuschließen, bevor nicht alle denkbaren Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um ein Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen, insbesondere da es keine klaren Regelungen bezüglich der Selbstanzeigen gibt. [Übereinkommen Artikel 2 und 5, Empfehlung von 2009 III.iii und V]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Bezüglich der Umsetzung dieser Empfehlung 6a verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Empfehlung 4f (im Zusammenhang mit der Entscheidung über Einziehungsanordnungen) und Empfehlung 1a (im Zusammenhang mit Anreizen für die Selbstanzeige von Unternehmen).

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 6(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

### **Empfehlung 6(b):**

6. Hinsichtlich der **Haftung juristischer Personen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

b. eine generelle Überprüfung der Herangehensweise in Bezug auf die Durchsetzung der Unternehmenshaftung mit dem Ziel einer wirksamen Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger vornimmt, und – in Umsetzung des Koalitionsvertrags von 2018 – das Opportunitätsprinzip in Bezug auf die Unternehmenshaftung abschafft. [Übereinkommen Artikel 2 und 5, Empfehlung von 2009 III.iii und V]

### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das Verbandssanktionengesetz wird das Legalitätsprinzip (d. h. die Verpflichtung, Straftaten zu verfolgen) für die Unternehmenshaftung einführen. Infolgedessen ist die Staatsanwaltschaft gesetzlich verpflichtet, alle Verdachtsfälle von Verbandstaten, einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger, zu untersuchen. Darüber hinaus ist sie grundsätzlich zur Strafverfolgung verpflichtet, wenn aufgrund des bei den Ermittlungen festgestellten Sachverhalts ein hinreichender Verdacht vorliegt, dass die Voraussetzungen für die Feststellung der Verantwortlichkeit der juristischen Person nachgewiesen werden können.

Mit der Einführung des Legalitätsprinzips werden die im Verbandssanktionengesetz festgelegten Verfahrensregeln für die Verfolgung von Verbandstaten an die für die Strafverfolgung gegen natürliche Personen geltenden Regelungen angepasst (vgl. § 170 Absatz 1, § 203 StPO). Wie bei Verfahren gegen natürliche Personen gibt es nach dem Opportunitätsprinzip Ausnahmen von der allgemeinen Verpflichtung zur Strafverfolgung. Wie bereits dargelegt (vgl. auch Empfehlung 3d), ist es der Staatsanwaltschaft (mit Zustimmung des Gerichts) oder – wenn der Fall bereits zur Anklageerhebung gebracht wurde – dem Gericht nach §§ 35 bis 42 des Verbandssanktionengesetzes erlaubt, als Ausnahme vom Legalitätsprinzip von der Verfolgung juristischer Personen abzusehen oder diese einzustellen. Eine solche Ausnahme kann insbesondere in Fällen zur Anwendung kommen, in denen Unternehmen Compliance-Maßnahmen ergriffen, eine Selbstanzeige gestellt und interne Untersuchungen durchgeführt haben. Die Ausnahmen vom Legalitätsprinzip sind notwendig, um Staatsanwaltschaften und Gerichten die Mittel an die Hand zu geben, angemessen auf Fälle zu reagieren, in denen es um die Haftung juristischer Personen geht, und gleichzeitig einen einheitlicheren Ansatz bei der Durchsetzung der Haftung juristischer Personen zu gewährleisten. Jedoch kann die zuständige Staatsanwaltschaft oder das zuständige Gericht nur dann davon absehen, eine mutmaßliche Verbandstat zur Anklage zu bringen, wenn die Voraussetzungen einer der oben genannten Bestimmungen erfüllt sind.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 6(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 6(c):**

6. Hinsichtlich der **Haftung juristischer Personen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

c. das Schulungsangebot für Staatsanwälte zum Thema Unternehmenshaftung in Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger stärkt und gegebenenfalls den Erfahrungsaustausch zwischen den Staatsanwaltschaften der einzelnen Bundesländer weiter verbessert, einschließlich der Möglichkeit, Fälle der Bestechung ausländischer Amtsträger rein ordnungsrechtlich nach § 30 OWiG in Verbindung mit § 130 OWiG mit den juristischen Personen zum Abschluss zu bringen. [Übereinkommen Artikel 2, Empfehlung von 2009 III.ii und V, Anhang I B]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Zu den regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen, die den Strafverfolgungsbehörden auf nationaler, regionaler und Länderebene angeboten werden (vgl. Empfehlung 4e), gehören auch Seminare und Vorträge/Diskussionen zu Fragen der Unternehmenshaftung. Die Deutsche Richterakademie plant, mehrere Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte den neuen Regelungen zur Haftung juristischer Personen zu widmen, die durch das Verbandssanktionengesetz eingeführt werden.

Das Gesetz wird den zur Verfügung stehenden Strafraumen für juristische Personen erweitern. Neben der Möglichkeit, eine Geldbuße zu verhängen, kann das Gericht dem Gesetzentwurf zufolge auch die verantwortliche juristische Person verwarnen und Auflagen erteilen, z. B. die Zahlung eines Geldbetrags zugunsten der Staatskasse (vgl. Empfehlung 1a). Darüber hinaus werden Staatsanwaltschaften mit der Einführung des Legalitätsprinzips verpflichtet sein, Unternehmen wegen Verbandstaten, einschließlich der Bestechung ausländischer Amtsträger, zu verfolgen, wenn der festgestellte Sachverhalt einen hinreichenden Verdacht zulässt, dass die Voraussetzungen für die Verantwortlichkeit der juristischen Person nach § 3 des Gesetzes erfüllt sind.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 6(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 6(d):**

6. Hinsichtlich der **Haftung juristischer Personen** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

d. vorrangig die an einem Fall der Bestechung ausländischer Amtsträger beteiligten juristischen Personen verfolgt und, wenn möglich, sowohl die beteiligten natürlichen als auch die juristischen Personen verfolgt – auch in Fällen, in denen Einzelpersonen aufgrund eines anderen Tatbestands als dem der Bestechung ausländischer Amtsträger belangt werden. [Übereinkommen Artikel 2, Empfehlung von 2009 III.ii und V, Anhang I B]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Zur Einführung des Legalitätsprinzips auch für die Strafverfolgung juristischer Personen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Empfehlungen 1a und 6b.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 6(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlungen zu sonstigen Maßnahmen mit Bezug zur Umsetzung des Übereinkommens:**

**Empfehlung 7(a):**

7. Hinsichtlich der Bekämpfung der **Bestechung ausländischer Amtsträger im Verteidigungssektor** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

a. Schritte zur Einführung offizieller Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht bei der Vergabe von Ausfuhr- und Vermarktungsgenehmigungen an Rüstungsunternehmen prüft, einschließlich zur Beachtung internationaler Ausschlusslisten und zur Überprüfung und Verifizierung der Compliance-Programme von Unternehmen zur Verhinderung von Korruption. [Empfehlung von 2009 X.C und Anhang II]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 7(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

Es gibt bereits offizielle (interne) Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht bei der Vergabe von Ausfuhrgenehmigungen an Rüstungsunternehmen; sie unterliegen einer kontinuierlichen und laufenden Überprüfung, einschließlich der Frage, welche Informationsquellen berücksichtigt werden müssen, wie ggf. das Verbandssanktionenregister, das eingerichtet werden soll, sobald das entsprechende Gesetz verabschiedet ist.

**Empfehlung 7(b):**

7. Hinsichtlich der Bekämpfung der **Bestechung ausländischer Amtsträger im Verteidigungssektor** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

b. durch das Treffen geeigneter Maßnahmen sicherstellt, dass bei der Anwendung der Grundsätze der Bundesregierung zur Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern die Rechtsvorschriften zur Bestechung ausländischer Amtsträger angemessen berücksichtigt werden. [Empfehlung von 2009 X.C.vi und Anhang II]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 7(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

Die Grundsätze der Bundesregierung zur Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen und rüstungsrelevanten Gütern sehen bereits vor, dass Verstöße gegen das Strafrecht (einschließlich Tatbestände im Zusammenhang mit Bestechung) zu berücksichtigen sind. Derzeit werden die internen Leitlinien für die Überprüfung von Exporteuren von Kriegswaffen überprüft. Dabei wird untersucht, ob weitere Klarstellungen für den Überprüfungsprozess notwendig sind oder nicht.

#### **Empfehlung 7(c):**

7. Hinsichtlich der Bekämpfung der **Bestechung ausländischer Amtsträger im Verteidigungssektor** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

c. Die betreffenden Mitarbeiter des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bezüglich dieser Grundsätze, des Risikos der Bestechung ausländischer Amtsträger und Warnsignalen schult. [Empfehlung von 2009 X.C und Anhang II]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 7(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

Die Mitarbeiter des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle werden laufend geschult, u. a. zu Warnsignalen hinsichtlich der Zuverlässigkeit sowohl des Exporteurs als auch der Endnutzer von Rüstungsgütern. Die überarbeiteten internen Leitlinien (vgl. Antwort zu 7(b)) sind an alle Mitarbeiter des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiterzugeben. Informationen über das Risiko der Bestechung ausländischer Amtsträger und Beispiele für Warnsignale wurden den Mitarbeitern des Bundesamts zugänglich gemacht, um das Bewusstsein für das Thema zu schärfen.

#### **Empfehlung 8(a):**

8. Hinsichtlich des **bundesweiten Wettbewerbsregisters** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

a. die Gründe für die Eintragung in das Register klarstellt, um sicherzustellen, dass sich Rechtssubjekte ihrer Eintragung in das Register nicht durch eine Unternehmensumstrukturierung entziehen können, indem sie die Bestimmungen für die Nichtaufnahme von Rechtsnachfolgern in das Register entsprechend nutzen. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 4, Empfehlung von 2009 III.ii und vii und V]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

§ 2 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes zur Einführung eines Wettbewerbsregisters legt bereits fest, dass das nachträgliche Erlöschen einer juristischen Person der Eintragung in das Wettbewerbsregister nicht entgegensteht. Erlischt eine juristische Person, firmiert sich diese um oder gerät sie in die Insolvenz, kann der Ausschlussgrund auch für den Rechtsnachfolger oder die Gesellschaft in Liquidation wirken. Durch die Eintragung werden die Vergabestellen in die Lage versetzt, sich darüber zu informieren, ob für ein Nachfolgeunternehmen ein Ausschlussgrund gilt (vgl. offizielle Begründung zum Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters (Drucksache 18/12051, Seite 28). Eine Klarstellung der Regeln ist daher nicht erforderlich.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 8(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 8(b):**

8. Hinsichtlich des **bundesweiten Wettbewerbsregisters** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

b. seine Absichten bezüglich der Herausgabe von Leitlinien umsetzt, in welchen die Voraussetzungen, die Unternehmen erfüllen müssen, um die Durchführung von Maßnahmen zur Vermeidung der Bestechung ausländischer Amtsträger nachzuweisen, dargelegt sind. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 4, Empfehlung von 2009 III.ii und vii und V]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Gemäß § 8 Absatz 5 des Gesetzes zur Einführung eines Wettbewerbsregisters erlässt die Registerbehörde Leitlinien im Hinblick auf die Anforderungen an die Selbstreinigung von Unternehmen.

Das Wettbewerbsregister soll im ersten Quartal 2021 in Betrieb genommen werden. Aufgrund von technischen Problemen und der anhaltenden Pandemie kam es zu leichten Verzögerungen. Die Leitlinien werden derzeit erarbeitet.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 8(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 8(c):**

8. Hinsichtlich des **bundesweiten Wettbewerbsregisters** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

c. sicherstellt, dass den für Exportkreditgarantien und staatliche Entwicklungshilfe zuständigen Dienstleistern Zugriff auf das Wettbewerbsregister gewährt wird. [Übereinkommen Artikel 2 und 3.4, Empfehlung von 2009 XI.i, ii und XII]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 8(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

Der Zweck des Wettbewerbsregisters (Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters – Wettbewerbsregistergesetz) ist es, Auftraggebern die Sammlung von Informationen über Gründe für einen Ausschluss von einem Vergabeverfahren zu erleichtern. Das Gesetz soll die Integrität der

öffentlichen Auftragsvergabe stärken. Seine Regelungen sind auf die Besonderheiten von Vergabeverfahren zugeschnitten. Daher dürfen nach den Vorgaben des Wettbewerbsregistergesetzes nur öffentliche Auftraggeber Zugriff auf das Register haben. Aufgrund der Sensibilität der Daten und seines Zwecks ist das Wettbewerbsregister ein nicht öffentliches Register. Unter diesen Umständen wäre es im Allgemeinen schwierig, den für Exportkreditgarantien und staatliche Entwicklungshilfe zuständigen Dienstleistern Zugriff auf das Wettbewerbsregister zu gewähren. Die GIZ und die KfW sind als Akteure der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) öffentliche Auftraggeber und haben Zugriff auf das Wettbewerbsregister.

Deutschland ist zudem der Auffassung, dass es nicht erforderlich ist, dem Exportkreditgeber (Euler Hermes) Zugriff auf das Wettbewerbsregister zu gewähren. Ausreichende Informationen über bestechungsrelevante Vorfälle in Bezug auf die Antragsteller, z. B. Verurteilungen wegen eines Verstoßes gegen Antikorruptionsvorschriften, stehen bereits durch die Erklärung zur Korruptionsprävention und die Überwachung anderer Quellen, z. B. Pressemitteilungen, Informationen aus speziellen Compliance-Software-Instrumenten und der Ausschlussliste der monetären Finanzinstitute (MFI), zur Verfügung.

#### **Empfehlung 8(d):**

8. Hinsichtlich des **bundesweiten Wettbewerbsregisters** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

d. die Einrichtung des bundesweiten Wettbewerbsregisters zum Anlass nimmt, öffentliche Beschaffungsstellen auf die Existenz internationaler Ausschlusslisten und die Notwendigkeit der Berücksichtigung solcher Listen bei der Due-Diligence-Prüfung von Bietern aufmerksam zu machen. [Übereinkommen Artikel 3 Absatz 4, Empfehlung von 2009 III.ii und vii) und V] [Empfehlung 11b aus Phase 3]

#### **Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Das Wettbewerbsregister verweist nur auf bestimmte Gründe für den Ausschluss von der Teilnahme an Vergabeverfahren, die auf verbindlichem EU-Vergaberecht (EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe) beruhen. Dazu gehören auch Verstöße gegen Vorschriften des deutschen Strafgesetzbuches, die die Vorteilsgewährung und die Bestechung ausländischer und internationaler Amtsträger verbieten.

In Deutschland sind öffentliche Auftraggeber nicht zur Berücksichtigung internationaler Ausschlusslisten verpflichtet. Allerdings steht es ihnen insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen frei, diese zu berücksichtigen.

Dessen ungeachtet ist die Bundesregierung bereit, Beschaffungsstellen auch auf die Existenz internationaler Ausschlusslisten aufmerksam zu machen.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 8(d) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

#### **Empfehlung 9(a):**

9. Hinsichtlich der **staatlichen Entwicklungszusammenarbeit** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

a. den Informationsaustausch zwischen GIZ und KfW im Rahmen des nach Geheimhaltungsverpflichtungen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen Möglichen zu den Themen Korruption, Ermittlungen, Ergebnisse bzw. Strafmaßnahmen verbessert. [Empfehlung von 2009 XI.ii und Empfehlung von 2016 für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit 9.vi]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Als Reaktion auf die OECD-Empfehlungen haben die Compliance-Einheiten von GIZ und KfW einen halbjährlichen Austauschmechanismus eingerichtet, um Informationen über das Compliance- und Antikorruptionsmanagementsystem auszutauschen. Darüber hinaus ist ein Ad-hoc-Austausch vorgesehen, wenn sich aktuelle Fragen ergeben, z. B. zum Umgang mit Korruptionsfällen externer Partner. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fanden diese Treffen in letzter Zeit virtuell statt.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 9(a) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 9(b):**

9. Hinsichtlich der **staatlichen Entwicklungszusammenarbeit** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

b. sicherstellt, dass die GIZ ein wirksames, verhältnismäßiges und abschreckendes Sanktionierungssystem einführt, einschließlich klarer und objektiver Verfahren und Kriterien, nach denen Strafmaßnahmen ausgelöst werden. [Empfehlung von 2009 XI.ii und Empfehlung von 2016 für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit 9.iii]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Im Jahr 2020 wurde ein Sanktionsausschuss eingerichtet, um sicherzustellen, dass der Null-Toleranz-Ansatz der GIZ bei Korruption eingehalten wird und eine angemessene Reaktion gewährleistet werden kann. Der Ausschuss entwickelt derzeit einen Beschwerdemechanismus und klare Kriterien, nach denen Strafmaßnahmen ausgelöst werden. Vor der Umsetzung von Rechtsfolgen müssen der Fall und die geplanten Maßnahmen vom Ausschuss genehmigt werden. Ziel ist es, die Vergleichbarkeit und angemessene Handhabung von Strafmaßnahmen zu gewährleisten sowie die Mitarbeiter vor willkürlichen Entscheidungen zu schützen. Die ersten Fälle werden 2021/2022 in einer Pilotphase behandelt.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 9(b) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

**Empfehlung 9(c):**

9. Hinsichtlich der **staatlichen Entwicklungszusammenarbeit** empfiehlt die Arbeitsgruppe, dass Deutschland:

c. sicherstellt, dass die GIZ für Mitarbeiter in Hochrisikogebieten zusätzliche Schulungen zu den Risiken in Bezug auf die Bestechung ausländischer Amtsträger anbietet. [Empfehlung von 2009 XI.ii und Empfehlung von 2016 für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit 3.ii]

**Zum Zeitpunkt des Folgeberichts ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlung:**

Die GIZ hat das Thema „Bestechung ausländischer Amtsträger“ noch stärker in die diesjährige Aktualisierung ihres „Ethik- und Verhaltenskodex“ einbezogen, welcher für alle Mitarbeiter verbindlich ist und Teil des Arbeitsvertrags ist. Alle Mitarbeiter werden in regelmäßigen Abständen mit einem umfassenden Compliance-E-Learning geschult, welches dem Thema Korruptionsbekämpfung und explizit der Bestechung ausländischer Amtsträger Priorität einräumt. Seit Anfang 2020 ist es Pflicht, das Compliance-E-Learning alle drei Jahre zu wiederholen. Dabei gibt es spezielle Module für Führungskräfte, die besonderen Risiken ausgesetzt sind. In diesen Modulen werden Themen wie der Umgang mit Compliance-Fällen, das Ziehen von Konsequenzen, die Schaffung einer Compliance-Kultur und Korruptionsprävention behandelt. Das E-Learning wird seit November 2020 online angeboten.

**Wenn keine Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlung 9(c) ergriffen wurden, geben Sie bitte nachstehend die Maßnahmen an, die Sie zu ergreifen beabsichtigen, um der Empfehlung nachzukommen, und den Zeitplan für diese Maßnahmen oder die Gründe, warum keine Maßnahmen ergriffen werden:**

## TEIL II: VON DER ARBEITSGRUPPE WEITERVERFOLGTE ASPEKTE

*In Bezug auf Teil II und gemäß den von der Arbeitsgruppe im Dezember 2019 vereinbarten Verfahren werden die Länder gebeten, zu allen nachstehend genannten weiterzuverfolgenden Aspekten Auskunft zu erteilen, wenn es seit dem Phase-4-Bericht wesentliche Entwicklungen gegeben hat. Bitte beachten Sie auch, dass das Sekretariat und die verantwortlichen Prüfer auch weiterzuverfolgende Aspekte identifizieren können, für die sie speziell Informationen von dem evaluierten Land benötigen.*

10. Die Arbeitsgruppe wird weitere Prüfungen zu Entwicklungen in der Rechtsprechung, der praktischen Anwendung sowie in der Rechtsetzung zu folgenden Themen vornehmen:

### **Weiterzuverfolgender Aspekt 10(a):**

a. zu der Fähigkeit der neuen FIU in Deutschland,

i. zur Feststellung von Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger durch eingehende Informationen, einschließlich Verdachtsmeldungen, Informationen von Strafverfolgungsbehörden und aus der Zusammenarbeit mit den FIU anderer Länder;

ii. zur wirksamen Übermittlung relevanter Informationen an die Strafverfolgungsbehörden;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

Bestechung ist eine Vortat zur Geldwäsche, unabhängig davon, ob sie in Deutschland oder in einem anderen Hoheitsgebiet begangen wurde, sofern dieses Hoheitsgebiet die Tat unter Strafe stellt. In Fällen, in denen die FIU bei der Analyse von Informationen, die für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung relevant sind, einen Sachverhalt feststellt, der auf Bestechungsfälle hindeutet, wird dieser bei nationaler Relevanz an die nationalen Strafverfolgungsbehörden und / oder bei internationaler Relevanz an die jeweilige ausländische FIU übermittelt.

Darüber hinaus engagiert sich die FIU stark mit den international agierenden FIUs im Informationsaustausch, in der Zusammenarbeit und in Projekten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Dimension von Bestechung. Die FIU leistete z. B. einen umfangreichen Beitrag zu einem gemeinsamen Dokument, das im Juli 2019 von der Egmont Group of FIUs veröffentlicht wurde: „FIU Tools and Practices for Investigating Laundering of the Proceeds of Corruption“, welches bei der täglichen Analyse von der FIU verwendet wird. Um diese wichtigen Informationen und Instrumente unseren Verpflichteten und den Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen, hat die FIU wesentliche Teile dieser Arbeit professionell ins Deutsche übersetzen lassen und auf der geschützten Website der FIU veröffentlicht (verfügbar für Verpflichtete).

Auf dieser Website finden Interessierte auch ein Typologiepapier über Korruption, das die FIU auf der Grundlage ihrer strategischen Analyse veröffentlicht hat. Alle veröffentlichten Papiere werden regelmäßig überprüft und aktualisiert, um Entwicklungen Rechnung zu tragen und aktuelle Informationen bereitzustellen.

### **Weiterzuverfolgender Aspekt 10(b):**

b. zur Frage, ob vorhandene Quellen von Verdachtsfällen der Bestechung ausländischer Amtsträger (einschließlich der von der Arbeitsgruppe an Deutschland übermittelten Informationen) von den

zuständigen Behörden angemessen und zeitnah genutzt werden, um sicherzustellen, dass Deutschland weiterhin Ermittlungsverfahren auf der Grundlage von Medienberichten aufnimmt;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie informiert die zuständigen Behörden über möglicherweise relevante Verdachtsfälle der Bestechung ausländischer Amtsträger, wenn diese in der Fallmatrix der Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen (WGB) erscheinen. Erhält das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie darüber hinaus während einer WGB-Sitzung, z. B. einer offenen Diskussionsrunde, Kenntnis von Verdachtsfällen der Bestechung ausländischer Amtsträger, für die die Zuständigkeit Deutschlands festgestellt werden könnte, leitet es diese Informationen nach Rücksprache mit dem BMJV an die zuständigen nationalen Behörden weiter. Des Weiteren werden am Rande der offenen Diskussionsrunde informelle Kontakte zwischen deutschen Strafverfolgungsbehörden und Behörden z. B. aus den USA, Südafrika und Dänemark hergestellt. Die Kontakte werden über die deutschen Vertreter in der Arbeitsgruppe hergestellt. Außerdem hat Deutschland 2019 damit begonnen, das Netzwerk der Staatsanwaltschaften der einzelnen Bundesländer, die an OECD-Netzwerken, insbesondere dem Treffen des Netzwerks von Strafverfolgungsbehörden (WGB Network of Law Enforcement Officials, LEO), teilnehmen, zu erweitern, um Staatsanwaltschaften, die sich bundesweit mit Fällen der Bestechung ausländischer Amtsträger befassen, den informellen internationalen Austausch zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat das BMJV 2019 die WGB-Matrix an die Landesjustizverwaltungen verteilt, um das Bewusstsein für die Bedeutung dieses Instruments bei den Strafverfolgungsbehörden zu erhöhen. Die geplante Überführung der Matrix in eine Datenbank dürfte die Verteilung der Matrix und den Umgang mit der Fülle der darin enthaltenen Informationen durch die Landesbehörden erleichtern. Die neue Datenbank wird nach dem Folgebericht zu Phase 4 auch mit den Ländervertretern erörtert.

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(c):**

c. zur deutschen Auslegung der Definition des ausländischen Amtsträgers, der „für [eine] Behörde oder [ein] öffentliches Unternehmen [...] öffentliche Aufgaben wahrnimmt“ hinsichtlich der Frage, ob sichergestellt ist, dass Artikel 1 des Übereinkommens vollständig umgesetzt ist;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

Nach § 335a StGB ist der Tatbestand der Bestechung inländischer Amtsträger nach § 334 Absatz 1 StGB auch auf die Bestechung ausländischer Amtsträger anwendbar. Da der neue § 335a StGB erst am 26. November 2015 in Kraft getreten ist, war die Definition von ausländischen Amtsträgern nach dieser Bestimmung noch nicht Gegenstand einer Gerichtsentscheidung.

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(d):**

d. zu den Auswirkungen des neuen Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(e):**

e. zur Frage, ob durch die Bestimmungen des § 5 Absatz 15 StPO zum Geltungsbereich eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Anwendung der alternativen Tatbestände der Bestechung im geschäftlichen Verkehr oder der Untreue gegeben ist;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(f):**

f. zu den Möglichkeiten von Einzelpersonen (i) die Bedingungen eines Strafbefehls mit der Staatsanwaltschaft auszuhandeln (§ 408 StPO) oder (ii) eine Verständigung mit dem Gericht einzugehen (§ 257c StPO), um sicherzustellen, dass diese Möglichkeiten im Einklang mit den Prinzipien der Vorhersehbarkeit, Transparenz und Verantwortlichkeit stehen;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(g):**

g. zu der Frage, ob die Bestechung ausländischer und internationaler Mandatsträger auch in der Praxis als Vortat zur Geldwäsche herangezogen wird und somit gewährleistet ist, dass dieser Vortatbestand den Anforderungen des Übereinkommens entspricht;

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

**Weiterzuverfolgender Aspekt 10(h):**

h. zu der Frage, ob die Finanzverwaltung systematisch Steuererklärungen von Steuerzahlern, die wegen Bestechung ausländischer Amtsträger verurteilt wurden, noch einmal daraufhin prüft, ob Bestechungsgelder abgesetzt worden sind.

**Beschreiben Sie in Bezug auf den oben genannten Aspekt alle neuen Entwicklungen in der Rechtsprechung, der Rechtsetzung, den Verwaltungsvorschriften, den Lehrmeinungen oder sonstige relevante Entwicklungen seit der Annahme des Berichts. Bitte stellen Sie gegebenenfalls einschlägige Statistiken zur Verfügung:**

Informationen, die die Finanzverwaltung über ein laufendes oder abgeschlossenes Verfahren wegen Bestechung ausländischer Amtsträger gegen einen Steuerzahler erhält, sind auf ihre steuerliche Relevanz zu prüfen. Dazu gehört auch die Prüfung, ob Bestechungsgelder in der Steuererklärung als Betriebsausgaben oder auf andere Weise abgezogen worden sind. Der Umfang der Prüfung hängt von den Umständen des Einzelfalls ab und es können steuerliche Außenprüfungen durchgeführt werden. Der Informationsaustausch zwischen der Finanzverwaltung und den Ermittlungsbehörden (in beide Richtungen) beruht auf § 4 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes.

### **TEIL III: VERBREITUNG DES EVALUIERUNGSBERICHTS**

**Bitte beschreiben Sie, welche Anstrengungen unternommen wurden, um den Evaluierungsbericht zu Phase 4 zu veröffentlichen und zu verbreiten:**

Das BMJV hat den Evaluierungsbericht zu Phase 4 im September 2018 an alle Landesjustizverwaltungen verteilt. Darüber hinaus wurde der Inhalt des Phase-4-Evaluierungsberichts auf einer „Bund-Länder-Konferenz zur Umsetzung der Empfehlungen zu Phase 4 – Evaluierung durch die OECD-Arbeitsgruppe für Bestechungsfragen“, welche das BMJV mit Vertretern aller Landesjustizverwaltungen am 20. September 2018 abhielt, vorgestellt und erörtert.

Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im November 2018 einen Bericht über die Ergebnisse der Phase-4-Evaluierung veröffentlicht. Dieser Bericht enthält einen Link zur OECD-Webseite, auf der der Phase-4-Bericht sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch zur Verfügung steht (vgl. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/2018-11-bestechnung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/2018-11-bestechnung.pdf?__blob=publicationFile&v=6)).

## **ANNEX I - OECD Phase 4 follow-up Germany – Additional Information Provided by Germany to the Evaluation Team.**

### **1. *Draft law on the transposition of the Whistleblower Protection Directive (recommendation 1.b)***

The draft law cannot be shared at this point. The leading Federal Ministry of Justice and for Consumer Protection has circulated a draft law within the government in December. The draft is currently discussed internally between the ministries before it is sent to the Länder and associations for consultation. The draft law can only be submitted to the evaluation team once a decision has been made to start this consultation process. This procedure follows the rules of procedure of the federal ministries.

### **2. *Date of issuance of the Federal Foreign Office Guidelines on the prevention of foreign bribery for public agents posted abroad and relevant extracts + number of cases detected by public agents posted abroad (recommendation 1.c)***

The following information contains updated and enhanced information on implementation of rec. 1.c. It contains extracts of relevant guidelines. More detailed information could be provided if necessary.

The Federal Foreign Office deals with and seeks to prevent attempts of corruption against its own employees. It does not systematically register corruption in the context of enterprises.

However, the Federal Foreign Office developed guidelines for all officials posted abroad to prevent corruption, including foreign bribery. These guidelines implemented in 2011 are summed up in an annually updated comprehensive document for all employees, not only regarding the staff posted abroad.

The specific internal circular RES 53-8 (German version provided to the evaluation team) informs about guidelines and measures for awareness raising and advising German companies abroad in the field of combatting corruption. In general, economic counselors at German diplomatic missions are the contact persons for compliance issues. Diplomatic missions play a key role in combatting corruption abroad: They are the point of contact for German companies and gain first-hand information about the economic and legal framework in the host country. Due to that fact, German companies are supposed to get suitable support in acting “compliantly” in accordance with German (domestic) laws and the host country’s laws as well. The circular highlights in particular the following principles:

- only compliant acting in terms of international business is supported by the diplomatic mission
- Corruption harms the host country’s national economy and Germany as well
- The individual embassies decide, based on the local situation, whether to undertake further awareness raising activities or provide advice on compliance issues.
- This includes for example an enhanced cooperation with German-Bilateral Chambers of Commerce (“Auslandshandelskammern”, AHK) in anti-corruption matters

All guidelines provide an overview of measures to prevent and handle cases of suspected foreign bribery, especially in the context of diplomatic missions or consular offices. Every suspicion of foreign bribery has to be reported immediately to a special contact for corruption matters at the embassies abroad. Furthermore, according to circular RES 53-8 a written report has to be sent to internal division 506 at the Federal Foreign Office in Berlin.

These guidelines are also implemented as content in the fields of education and training of prospective and current diplomats of the German Federal Foreign Office.

An additional 23-page supplementary (classified) internal handout for German diplomatic missions, updated December 2020, provides further guidance on the fight against corruption. The

comprehensive handout has been developed in collaboration between MFA and other relevant ministries and is updated regularly. The handout includes the following information for diplomatic missions.

- Definitions and effects of corruption as well as legal frameworks and international requirements
- References to country-specific information on corruption
- Information on the activities of the Federal Government in the fight against corruption
- Contact information in the relevant Federal ministries regarding corruption
- Information on reporting requirements
- Information on how to address corruption issues in partner countries
- Best practices and guidance for diplomatic missions on how to prevent corruption
- References to further information

No data is yet available for cases reported since June 2018. Such data will be forwarded immediately as soon as available.

**3. *Timeline for the adoption of the envisaged draft bill to strengthen the integrity of the financial and capital markets and relevant provision clarifying to which external authorities auditors should report (recommendation 1.d)***

On December 16, 2020 the German Federal Cabinet adopted a resolution on introducing the legislation on a draft bill to strengthen the integrity of the financial markets (Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz - FISG). The draft bill now has been submitted to the German Bundesrat. The Bundesrat is entitled to make initial comments on the bill before it is submitted to the German Bundestag, where the bill will be examined in three readings. It depends on the Bundestag when the bill will be finally adopted.

The clarification to which external authorities auditors should report pursuant to Article 7(2) of Regulation (EU) No 537/2014 reads: "The information pursuant to Article 7 paragraph 2 of Regulation (EU) No. 537/2014 shall be addressed to the German Federal Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), in case of suspicion of a criminal or administrative offense also to the respective competent authority responsible for prosecution" (Article 11 Nr. 8 FISG amending § 323 of the German Commercial Code).

**4. *Elements of the two resolutions adopted under Section 153a CP that have been made public (recommendation 3.b)***

We would be grateful for clarification which concrete resolutions (or elements thereof) under section 153a CCP the question refers to.

**5. *Main findings of the "extensive empirical evaluation" of negotiated settlements (to allow the evaluation team to understand whether the recommendation has been addressed by the publication of this study) (recommendation 3.c)***

From March 2018 to February 2020, a research network established between the universities of Düsseldorf, Frankfurt am Main and Tübingen has conducted a comprehensive study on the theoretical legal framework and practical application of the provisions regarding negotiated agreements in criminal proceedings pursuant to section 257c CCP. In particular, the study aimed at verifying whether the courts and prosecutions services still take part in informal negotiated agreements although the conditions for negotiated agreements are now clearly stipulated in section 257c CCP.

The final report has now been published on the MOJCP's website in November 2020 and is available as an open access document ([https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/110420\\_Evaluation\\_Verstaendigung.html](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/110420_Evaluation_Verstaendigung.html)).

In summary, the study found that despite the entry into force of section 257c CCP and the prohibition of informal agreements by Federal Constitutional Court jurisprudence, in practice, informal agreements are still applied. Based on anonymous interviews with judges, prosecutors and defence lawyers, the study concluded that a higher percentages of prosecutors than of judges confirmed to have heard of (prosecutors: 59,3%; judges: 44,4%) or participated in (prosecutors: 46,7%; judges: 29,4%) informal agreements. The study also found that, among judges, the percentage of local court judges confirming to have heard of or participated in informal agreements was higher than the one of regional court judges. Among defence lawyers, 81,2% of the lawyers interviewed confirmed to have heard about informal agreements, 80,4% to have participated in informal agreements. The study outlines possible reasons for those different perceptions among the three groups and also for the fact, that informal agreements are still taking place. Amongst others, one of the reasons why informal agreements are still resorted to in practice was found to be the high complexity of the rules for formal negotiated agreements. Against the background of the results, the Ministry will now examine whether further legal regulations are necessary to effectively counter deficits in judicial notification practice. The findings from the study will allow for a comprehensive legal policy discussion.

The translation of the study's summary can be found in Annex V.

**6. *Date of adoption of relevant extracts of the “formal (internal) guidelines on the conduct of due diligence in granting defence-related export licences” and relevant provisions (recommendation 7.a)***

As already stated, these internal guidelines are under continuous and on-going review; specific dates cannot be attributed. These internal guidelines are classified under national confidentiality rules according to which these guidelines cannot be shared with persons outside the administration. Relevant provisions currently provide that the reliability of the exporter must be checked (e.g. Section 6 para 3 War Weapons Control Act). For example, for the specific category of weapons of war and in accordance with the corresponding checking routine for each licensing decision, officials in charge are obliged to check if there are any indications that the exporter is not reliable, e.g. information provided by investigation authorities, media reports etc. In this regard, existing information on on-going criminal investigations needs to be taken into account; in case of doubt, relevant registers are checked in cooperation with the Ministry of the Interior.

**7. *Relevant extracts of the Act establishing a Competition Register and of the official explanatory memorandum to the Act establishing a Competition Register (Official Journal 18/12051 page 28) (recommendation 8.a)***

See Annex IV on the translation of the Act establishing a Competition Register and of page 28 of the explanatory memorandum.

**8. *Timeline for the adoption of draft Guidelines on the removal of companies from the Register and relevant provisions (recommendation 8.b)***

The Guidelines are currently being consolidated. They will subsequently be subject to a consultation procedure involving Germany's federal states (Länder) and business associations, scheduled for the first trimester of 2021. The Guidelines will be released once the Register is operational and contains entries of companies, scheduled for the second trimester of 2021.

The Guidelines will detail formal and substantial requirements for companies to submit a request for deletion from the Register and the steps to be taken into account in the assessment by the Registry Authority. Taking stock of the relevant legal provisions and court rulings on self-cleaning in the field of public procurement, the Guidelines shall provide companies with practical guidance on, inter alia, what measures are expected from them to prevent further infringements. This also applies to measures addressing and preventing bribery risks, especially in cases where a company has been found guilty in this regard. The Guidelines will be subject to continuous assessment and development once they are applied in practice.

**9. Clarification on the nature of confiscation measures in the three following cases listed in the enforcement data**

We can confirm that in all three cases mentioned a forfeiture order according to section 29a OWiG has been applied, not a criminal confiscation according to section 73 CC.

**10. Excerpts of the explanatory memorandum to the draft Corporate Liability Act**

See translated excerpts of the explanatory memorandum in Annex III.

**11. Agenda for the approval of the draft Corporate Liability Act**

The draft law has been submitted to parliament in September 2020. The second chamber (“Bundesrat”) has issued its opinion on the draft law on 19 September 2020. The Federal Government has commented on the opinion on 21 October. The draft law has then been submitted to the first chamber of Parliament (“Bundestag”) for the first reading. A date for the first reading has not yet been set. Such delay is not unusual given the complexity and comprehensiveness of the draft law.

## **ANNEX II - Federal Government Bill - Draft of an Act to Strengthen Integrity in Business**

### **A. Problem and objective**

Under applicable law, the only penalty which can be imposed against corporations (legal entities and associations) for criminal offences committed from within a corporation is a fine under the Act on Regulatory Offences (*Gesetz über Ordnungswidrigkeiten* – OWiG). This provides no means of responding adequately to corporate criminality. The upper limit for the punitive component of a corporate fine of 10 million euros applies regardless of the size of the corporation. That does not allow for the imposition of effective sanctions against, in particular, financially strong multinational groups and thus discriminates against small and medium-sized enterprises. There are no concrete and transparent rules for determining corporate fines or legally sound incentives to invest in compliance measures. Furthermore, under applicable law the investigation and prosecution of even the most serious corporate crimes is left solely to the discretion of the competent authorities, which has led to their being punished inconsistently and inadequately. In many cases it is not possible to prosecute corporate offences committed by German businesses abroad. The Act on Regulatory Offences, which was designed only with administrative wrongdoing in mind and therefore contains no procedural law, no longer provides a suitable basis for prosecuting and punishing criminal corporate conduct.

The objective of this Bill is to establish a separate legal basis for sanctioning corporations engaged in business operations, to subject them to the principle of mandatory prosecution and make available an improved range of tools which enables the proper prosecution of corporate offences. At the same time, it aims to promote compliance measures and to offer incentives so that businesses contribute to the investigation of criminal offences by conducting their own internal investigations.

### **B. Solution**

The Act on the Sanctioning of Criminal Offences Relating to Corporations (Article 1) establishes a new basis for punishing corporate offences. It applies to corporations engaged in business operations, provides the prosecuting authorities and courts with a sufficiently strong and flexible set of sanctions, and for the first time establishes corporation-specific criteria for determining sanctions as well as a register of corporate sanctions. Proceedings relating to corporate offences, which have so far been rudimentarily regulated under the law on regulatory offences, are thus restructured. Corporation-specific provisions relating to the termination of proceedings guarantee the flexibility which the prosecuting authorities require in practice and, in particular, allow account to be taken of any compliance measures which businesses put in place. Rules are also introduced in relation to a corporation's cooperation in the proceedings on account of its conducting internal investigations, and these are linked to the possible mitigation of the sanction.

These new rules benefit the vast majority of businesses in the Federal Republic of Germany which act fairly and in accordance with the law. Businesses which do not act accordingly are gaining an advantage for themselves at the expense of law-abiding businesses as well as their owners and employees. They damage the reputation of business as a whole and, if no suitable response is forthcoming, also weaken trust in the rule of law. These new rules aim to counteract that.

**Federal Government Bill**  
**Draft of an Act to Strengthen Integrity in Business**  
*of...*

The Bundestag has adopted the following Act with the approval of the Bundesrat:

**Article 1**  
**Act on the Sanctioning of Criminal Offences Relating to Corporations**  
**(Verbandssanktionengesetz – VerSanG)**

Table of contents

**Part 1**

**General provisions**

- Section 1 Scope
- Section 2 Definitions; offences committed abroad

**Part 2**

**Preconditions for sanctioning; liability in event of default**

- Section 3 Corporate liability
- Section 4 Application, authorisation and request to prosecute
- Section 5 Preclusion of corporate sanctions
- Section 6 Legal succession
- Section 7 Liability in event of default

**Part 3**

**Legal consequences**

Division 1 - Corporate sanctions

- Section 8 Corporate sanctions
- Section 9 Amount of corporate monetary sanction
- Section 10 Warning with corporate monetary sanction reserved
- Section 11 Reservation of part of corporate monetary sanction
- Section 12 Conditions in case of corporate monetary sanction reserved
- Section 13 Directions in case of corporate monetary sanction reserved
- Section 14 Public announcement of sentencing of corporation

Division 2 - Determining of sanction

- Section 15 Determining amount of corporate monetary sanction
- Section 16 Internal investigations
- Section 17 Mitigation of corporate sanction following internal investigations
- Section 18 Extent of mitigation
- Section 19 Several offences committed by one act
- Section 20 Joinder of offences

**Part 4**

**Limitation**

- Section 21 Limitation on prosecution
- Section 22 Limitation on enforcement

**Part 5**

**Provisions on jurisdiction and procedural provisions**

- Section 23 Jurisdiction
- Section 24 General provisions
- Section 25 Connected proceedings
- Section 26 Venue at seat or branch office
- Section 27 Status in proceedings
- Section 28 Representation of corporation
- Section 29 Special representative
- Section 30 Joinder of legal successors
- Section 31 Proceedings to determine amount of liability
- Section 32 Alert to determine whereabouts
- Section 33 Hearing of legal representative
- Section 34 Use of personal data from investigative measures
- Section 35 Non-prosecution of petty offences
- Section 36 Non-prosecution subject to imposition of conditions and issuing of directions
- Section 37 Non-prosecution in case of serious consequences for corporation

---

Section 38	Non-prosecution in case of expected sanctioning abroad and for other reasons
Section 39	Non-prosecution in case of insolvency
Section 40	Termination of proceedings in case of temporary obstacles and procedural obstacles
Section 41	Non-prosecution in case of internal investigations
Section 42	Non-prosecution in case of anti-trust corporate offences
Section 43	Presence at main hearing
Section 44	Order for personal appearance of legal representative
Section 45	Main hearing despite failure of corporation's legal representative to appear in court
Section 46	Reading out of records
Section 47	Provisions applied
Section 48	Effect of res judicata
Section 49	Duty of disclosure
Section 50	Sanctions notice
Section 51	Participation of aggrieved person
Section 52	Securing enforcement
Section 53	Enforcement

## ***Part 1 - General provisions***

### **Section 1**

#### **Scope**

This Act regulates the sanctioning of corporations which are engaged in business operations for criminal offences which breach obligations incumbent upon a corporation or by means of which a corporation was or was to be enriched.

### **Section 2**

#### **Definitions; offences committed abroad**

(1) For the purposes of this Act

1. a 'corporation' is
  - a) a legal person under public or private law,
  - b) an association without legal capacity,
  - c) partnership commercial partnership,
2. a 'member of the managing staff' is
  - a) a member of an organ authorised to represent a legal entity,
  - b) a member of the management board of an unincorporated association,
  - c) a partner in an incorporated partnership who is authorised to represent that partnership,
  - d) a general agent (*Generalbevollmächtigter*) and, if he or she holds a managerial position, a person holding general commercial power of representation (*Prokurist*) and a person holding commercial power of attorney (*Handlungsbevollmächtigter*) in a corporation,
  - e) any other person responsible for the management of the operation or enterprise forming part of a corporation, which also includes supervision of the conduct of business or the exercise of other controlling powers in a managerial position,
3. a 'corporate offence' is a criminal offence which breaches obligations incumbent upon a corporation or by means of which a corporation was or was to be enriched.

(2) An offence to which German criminal law is not applicable is equal to a corporate offence if:

1. the offence would be a criminal offence under German criminal law,
2. the offence is punishable at the place of its commission or that place is subject to no criminal law jurisdiction,
3. the corporation is domiciled in Germany at the time of commission of the offence and
4. the other conditions of subsection (1) no. 3 are met.

## ***Part 2 Preconditions for sanctioning; liability in event of default***

### **Section 3**

#### **Corporate liability**

(1) A corporate sanction is imposed against a corporation where someone:

1. has committed a corporate offence in their capacity as a member of that corporation's managing staff or
2. has committed a corporate offence in the handling of the corporation's affairs if the corporation's managing staff could have prevented the offence or made its commission

significantly more difficult by taking measures to prevent corporate offences, in particular in regard to organisational structure, recruitment, instructions and supervision.

(2) The court may find that an offence represents an especially serious case. An especially serious case typically occurs where the corporate offence evinces particular circumstances which speak against the corporation and

1. the corporate offence was committed by a member of the managing staff or
2. the corporate offence is subject to an increased minimum sentence of imprisonment and
  - a) was committed by a high-ranking member of the corporation's managing staff or several members of the managing staff were involved in its commission; and
  - b) it was preceded by corporate offences committed by members of the corporation's managing staff for whom the corporation is liable in accordance with subsection (1) no. 1.

(3) Sections 1, 2 and 8 of the Criminal Code (*Strafgesetzbuch*) apply accordingly.

#### **Section 4**

##### **Application, authorisation and request to prosecute**

(1) If the corporate offence can only be prosecuted upon application, authorisation or request to prosecute, the corporation is only prosecuted if an application has been made in relation to the corporation, an authorisation has been issued in relation to the corporation or a request to prosecute has been made in relation to the corporation.

(2) Section 158 (2) of the Code of Criminal Procedure (*Strafprozeßordnung*) and sections 77 to 77e of the Criminal Code apply accordingly.

#### **Section 5**

##### **Non-imposition of corporate sanctions**

No corporate sanction is imposed

1. for a corporate offence which cannot be prosecuted because punishment is ruled out or withdrawn,
2. for a corporate offence for as long as provisions relating to immunity pose an obstacle to its prosecution,
3. for a corporate offence which was committed in the performance of sovereign tasks.

#### **Section 6**

##### **Legal succession**

In the case of universal succession or of partial universal succession on account of splitting up (section 123 (1) Transformation Act (*Umwandlungsgesetz*)), corporate sanctions as referred to in section 8 may be imposed against the legal successor or successors.

#### **Section 7**

##### **Liability in event of default**

(1) If the corporation ceases to exist following the announcement that sanctions proceedings have been instituted, or if assets are transferred following that point in time, with the consequence that it is no longer possible to impose an appropriate corporate monetary sanction as referred to in section 8 no. 1 against the corporation or its legal successor, or it is likely that it cannot be fully enforced, then liability in the amount of the corporate monetary sanction may be imposed against corporations

1. which formed an economic unit with the corporation concerned at the time when the announcement was made that sanctions proceedings have been instituted and which have, either directly or indirectly, exerted a controlling influence on the corporation concerned or on its legal successor; or

2. which have taken on essential material assets belonging to the corporation concerned and have essentially continued its activities (individual legal succession).

(2) Section 6 applies accordingly if universal succession or partial universal succession ensues in respect of a corporation which can be held liable in accordance with subsection (1). Subsection (1) no. 2 applies accordingly if individual legal succession has ensued in respect of a corporation which can be held liable in accordance with subsection (1).

(3) The period of limitation relating to the assessment begins to run as soon as the corporation has ceased to exist or the transfer of assets has been concluded. In all other respects, sections 21 and 22 apply accordingly to limitation.

### ***Part 3- Legal consequences***

#### *Division 1 - Corporate sanctions*

#### **Section 8**

#### **Corporate sanctions**

The following are corporate sanctions:

1. a corporate monetary sanction and
2. a warning with a corporate monetary sanction reserved.

#### **Section 9**

#### **Amount of corporate monetary sanction**

- (1) The corporate monetary sanction imposed
  1. in the case of an intentional corporate offence is at least 1,000 euros and at most 10 million euros,
  2. in the case of a negligent corporate offence is at least 500 euros and at most 5 million euros.
- (2) In the case of a corporation with an average annual turnover of more than 100 million euros, the corporate monetary sanction, in derogation from subsection (1),
  1. in the case of an intentional corporate offence is at least 10,000 euros and at most 10 per cent of its average annual turnover,
  2. in the case of a negligent corporate offence is at least 5,000 euros and at most 5 per cent of its average annual turnover.

The global turnover of all natural persons and corporations over the last three business years preceding the conviction is to be used as the basis for determining the average annual turnover, insofar as these persons and corporations operate as an economic unit with the corporation. The average annual turnover may be estimated. No account is taken of the turnover of corporations which are not engaged in business operations.

(3) If an offence constitutes both a corporate offence and a regulatory offence, the maximum amount of the corporate monetary sanction is determined on the basis of the maximum amount of the fine provided for the regulatory offence if this exceeds the maximum amount which would otherwise be applicable.

(4) If, given the corporation's economic circumstances, it would be unreasonable to expect the corporation to pay the corporate monetary sanction immediately, the court grants it a payment period or permits it to pay the corporate monetary sanction in specified instalments. It may order that the privilege of paying the corporate monetary sanction in specified instalments lapses if the corporation fails to pay an instalment on time.

## Section 10

### Warning with corporate monetary sanction reserved

(1) The court may issue the corporation with a warning, determine a corporate monetary sanction and reserve its imposition if:

1. it is to be expected that the warning is sufficient to prevent future corporate offences for which that corporation is liable in accordance with section 3 (1),
2. following an overall evaluation of the corporate offence and its consequences, particular circumstances are deemed to exist which render the imposition of a corporate monetary sanction unnecessary and
3. imposition of a corporate monetary sanction is not deemed necessary in order to defend the legal system.

(2) The court determines the period of time for which imposition of the corporate monetary sanction is to be reserved. The period of reservation may not be more than five years and less than one year.

(3) The period of reservation begins to run when the decision on the warning with corporate monetary sanction reserved becomes final. It may subsequently be shortened up to the minimum period or extended, prior to its expiry, up to the maximum period.

(4) The court may issue a warning with corporate monetary sanction reserved in combination with conditions pursuant to section 12 and directions pursuant to section 13. The court may also subsequently give, amend or revoke the decision on conditions and directions.

(5) The court sentences a corporation which has been issued with a warning to pay the corporate monetary sanction reserved if

1. a corporate offence for which the corporation is liable in accordance with section 3 (1) has been committed during the period of reservation and that offence shows that the expectation on which the reservation of the corporate monetary sanction was based has not been fulfilled or
2. the corporation grossly or persistently breaches conditions imposed or directions issued.

The court dispenses with such sentencing if it is sufficient to issue further directions, to impose further conditions or to extend the period of reservation.

(6) Payments which the corporation has already made in the fulfilment of conditions or directions are not to be reimbursed. However, in the event of the court sentencing the corporation which it has issued with a warning to pay the corporate monetary sanction reserved, it may credit against the corporate monetary sanction those payments which the corporation has made in the fulfilment of conditions pursuant to section 12 (2) sentence 1 no. 2.

(7) If a corporation which has been issued with a warning is not sentenced to pay the corporate monetary sanction reserved, then following expiry of the period of reservation the court finds that the warning is sufficient.

## Section 11

### Reservation of part of corporate monetary sanction

(1) If the conditions under section 10 (1) are not met, the court may reserve imposition of up to 50 per cent of the corporate monetary sanction if it is to be expected that imposition of part of a corporate monetary sanction is sufficient to prevent future corporate offences for which the corporation is liable in accordance with section 3 (1).

(2) Section 10 (2), (3) and (5) to (7) applies accordingly. Section 10 (4) applies accordingly, with the stipulation that reserving imposition of part of the corporate monetary sanction can be

linked to conditions pursuant to section 12 (2) sentence 1 no. 1 and directions pursuant to section 13.

### **Section 12**

#### **Conditions in case of corporate monetary sanction reserved**

(1) The court may impose conditions on the corporation which serve to make amends for the wrong committed.

(2) The following conditions may be considered:

1. making every effort at restitution for the harm caused by the corporate offence,
2. payment of a sum of money to the Treasury.

The court is, as a rule, only to impose the condition of payment of a sum of money to the Treasury as far as fulfilment of this condition poses no obstacle to restitution for harm caused.

### **Section 13**

#### **Directions in case of corporate monetary sanction reserved**

(1) The court may issue the corporation with directions for the duration of the period of reservation if these are necessary to counteract the commission of corporate offences.

(2) The court may, in particular, direct the corporation to take specific precautions to prevent corporate offences and to provide proof of those precautions by submitting a certificate issued by a competent agency. The corporation's choice of competent agency requires the consent of the court.

(3) The directions may not unreasonably interfere with the corporation's operation or enterprise.

### **Section 14**

#### **Public announcement of sentencing of corporation**

Where there is a large number of aggrieved parties, the court may, in addition to imposing a corporate sanction in accordance with section 8, order that the persons aggrieved by the corporate offence be informed by means of public announcement about the sentencing of the corporation. The manner and extent of the announcement are to be determined in the judgment. If the announcement is made by publication of the sentencing in the Internet, then the announcement is to be deleted no later than one year following its publication.

### *Division 2- Determining of sanction*

### **Section 15**

#### **Determining amount of corporate monetary sanction**

(1) Determination of the amount of the corporate monetary sanction is based on

1. the severity of the corporate offence,
2. in the cases referred to in section 3 (1) no. 2 also the gravity and extent of the failure to take appropriate precautions to prevent corporate offences.

(2) In determining the amount of the corporate monetary sanction, consideration is to be given to the corporation's financial circumstances. In the cases referred to in section 9 (2), no consideration is to be given to turnover.

(3) In determining the amount, the court weighs the circumstances which speak in favour and against the corporation. In particular, it may take the following into account:

1. the accusations faced by the offender who committed the corporate offence,
2. the motives and objectives of the offender who committed the corporate offence,
3. the severity, dimension and duration of the corporate offence,
4. the manner of commission of the corporate offence, including the number of offenders and their position within the corporation,

5. the consequences caused by the corporate offence,
  6. previously committed corporate offences for which the corporation is liable in accordance with section 3 (1) and precautions taken prior to the corporate offence to prevent and detect corporate offences,
  7. efforts undertaken by the corporation to detect the corporate offence, compensation afforded for damage caused and precautions taken following commission of the corporate offence to prevent and detect corporate offences,
  8. consequences of the corporate offence which the corporation suffered.
- (4) Section 51 (2) of the Criminal Code applies accordingly.

### **Section 16**

#### **Internal investigations**

Internal investigations may be conducted both by the corporation itself and by third parties commissioned by it.

### **Section 17**

#### **Mitigation of corporate sanction following internal investigations**

- (1) The court is, as a rule, to mitigate a corporate sanction where
1. the corporation or the third party commissioned by it has made a significant contribution to investigating the corporate offence and corporate liability,
  2. the commissioned third party and those acting on behalf of the commissioned third party in the internal investigations are not representing, as defence counsel, the corporation or an accused whose corporate offence forms the basis for the proceedings to impose sanctions,
  3. the corporation or the third party commissioned by it cooperates continuously and fully with the prosecuting authorities,
  4. the corporation or the third party commissioned by it, following conclusion of the internal investigation, makes available to the prosecuting authorities the outcome of the internal investigation, including all those documents which were relevant to the internal investigation and on which that outcome is based, as well as the final report and
  5. the principle of fair procedure is applied to the interviews conducted as part of the internal investigation, in particular
    - a) that interviewees are made aware, prior to their interview, that any information which they give may be used against them in criminal proceedings,
    - b) that interviewees are given the right to legal assistance or to have a member of the works council present during interviews, and that interviewees are made aware of that right prior to their interview and
    - c) that interviewees are given the right to refuse to answer any questions the reply to which would subject them or one of the relatives indicated in section 52 (1) of the Code of Criminal Procedure to the risk of being prosecuted for a criminal offence or regulatory offence, and that interviewees are made aware of that right prior to the interview.
- (2) The conduct of the internal investigation is to be documented in line with the principles set out in subsection (1) no. 5 and that documentation is to be made available to the prosecuting authorities.
- (3) When taking the decision referred to in subsection (1), the court must, in particular, take account of the nature and extent of the facts disclosed and their relevance in regard to investigating the offence, the time of their disclosure and the extent of assistance which the corporation renders to the prosecuting authorities. Mitigation pursuant to subsection (1) is ruled out if the corporation does not disclose the outcome of the internal investigation until after the main proceedings have been opened (section 203 of the Code of Criminal Procedure).

## **Section 18**

### **Extent of mitigation**

If the court mitigates the corporate monetary sanction pursuant to section 17 (1), the maximum amount provided for under section 9 (1) to (3) is reduced by half and the minimum amount provided for no longer applies. The ordering of public announcement of the sentencing of the corporation in accordance with section 14 is ruled out.

## **Section 19**

### **Several offences committed by one act**

Only one sanction is imposed against a corporation where

1. one and the same act by the offender who committed the corporate offence violates more than one criminal statute or the same criminal statute more than once; or
2. the corporate offence was committed by several members of the corporation's managing staff or by several persons in the handling of the corporation's affairs.

## **Section 20**

### **Joinder of offences**

(1) An aggregate sanction is imposed against a corporation where several corporate offences have been committed.

(2) If each of the individual sanctions only constitutes a corporate monetary sanction pursuant to section 8 no. 1 or only a warning with corporate monetary sanction reserved pursuant to section 8 no. 2, then the aggregate sanction is formed by increasing the highest individual sanction. In doing so, the circumstances of which account is to be taken in accordance with section 15 are evaluated together. The aggregate sanction may not equal the sum of the individual sanctions. It may not exceed twice the highest applicable maximum amount as set out in section 9 (1), (2) or (3) or section 18 sentence 1.

(3) If corporate monetary sanctions pursuant to section 8 no. 1 are imposed in addition to warnings being issued with corporate monetary sanctions reserved pursuant to section 8 no. 2, then the aggregate sanction is formed by increasing the corporate monetary sanction under the terms of subsection (2).

(4) Section 55 (1) and section 59c (2) of the Criminal Code apply accordingly.

### ***Part 4 - Limitation***

## **Section 21**

### **Limitation on prosecution**

(1) The imposition of corporate sanctions is ruled out if the period of limitation has expired. The period of limitation for prosecution of a corporation is equal to the period of limitation for the corporate offence. The period of limitation begins to run at the start of the period of limitation for the corporate offence.

(2) The period of limitation is stayed

1. as long as the period of limitation for the corporate offence is stayed,
2. as long as prosecution of the corporation cannot, pursuant to a law, begin or be continued, unless the only reason why the corporation cannot be prosecuted is because there is no application, authorisation or request to prosecute,
3. as long as the prosecuting authority refrains from prosecution in accordance with section 41.

(3) Section 78b (3) of the Criminal Code applies accordingly to judgments issued against the corporation by a court of first instance.

(4) The period of limitation is interrupted on account of one of the actions listed in section 78c (1) of the Criminal Code being taken against the corporation. Section 78c (2) to (5) of the Criminal Code applies accordingly.

## **Section 22**

### **Limitation on enforcement**

(1) A corporate sanction imposed by final decision may no longer be enforced following expiry of the period of limitation on enforcement.

(2) The period of limitation is

1. 20 years if the court has found, in accordance with section 3 (2), that an especially serious case exists,
2. 10 years in all other cases.

(3) The period of limitation begins to run when the decision becomes final.

(4) The period of limitation is stayed as long as

1. the enforcement cannot, pursuant to a law, begin or be continued,
2. the enforcement is deferred or interrupted,
3. the imposition of a corporate monetary sanction or part of a corporate monetary sanction has been reserved by judicial decision or an act of clemency,
4. relaxation of payment conditions has been granted.

(5) The court may, upon application by the enforcing authority, extend the period of limitation once before its expiry by one half of the statutory period of limitation if the corporation against which a corporate sanction was imposed, or its legal successor, moves its administrative headquarters to a country outside of the European Union after the decision becomes final and no international assistance or administrative assistance is rendered.

## ***Part 5 - Provisions on jurisdiction and procedural provisions***

### **Section 23**

#### **Jurisdiction**

Jurisdiction for prosecuting a corporation (sanctions proceedings) lies with that prosecuting authority which is competent to prosecute the corporate offence.

### **Section 24**

#### **General provisions**

(1) Unless otherwise provided under this Act, general legal provisions relating to criminal proceedings, in particular the Code of Criminal Procedure and the Courts Constitution Act (*Gerichtsverfassungsgesetz*), apply accordingly to the sanctions proceedings.

(2) The seizure of postal items and telegrams as well as requests for information concerning facts which are subject to the secrecy of post and telecommunications is not permissible in the course of sanctions proceedings.

### **Section 25**

#### **Connected proceedings**

The following proceedings are also deemed to be connected within the meaning of section 3 of the Code of Criminal Procedure:

1. sanctions proceedings and proceedings concerning a corporate offence, and

2. sanctions proceedings and independent confiscation directed against the corporation pursuant to section 76a of the Criminal Code.

#### **Section 26**

##### **Venue at seat or branch office**

Venue is also established in the court in whose district the corporation has its seat or a branch office.

#### **Section 27**

##### **Status in proceedings**

The provisions of the Code of Criminal Procedure concerning the accused apply accordingly to the corporation concerned during the sanctions proceedings.

#### **Section 28**

##### **Representation of corporation**

- (1) A corporation is represented in sanctions proceedings by its legal representatives.
- (2) Persons who are accused of having committed a corporate offence are barred from representing a corporation.
- (3) Section 51 (2) of the Code of Civil Procedure (*Zivilprozessordnung*) applies accordingly.

#### **Section 29**

##### **Special representative**

- (1) If the corporation has no legal representative or if all the corporation's legal representatives are barred from representing it, then the presiding judge at the court seised of the case appoints a special representative until a legal representative enters the proceedings. The special representative has the status of a legal representative in the proceedings. He or she may take all procedural measures necessary for defence purposes with effect for the corporation and may give and receive statements.
- (2) Where the absence of the sole or all of the corporation's legal representatives poses an obstacle to the opening or conduct of the main proceedings or main hearing for a prolonged period, or another obstacle exists in the person of those legal representatives, then the presiding judge at the court may appoint a special representative as referred to in subsection (1) for the corporation if the interest in conducting the proceedings outweighs the rights of the corporation.
- (3) If public charges have not yet been preferred, the special representative is appointed upon application by the prosecuting authority. Competence for making the appointment lies with that Local Court
  1. in whose district the prosecuting authority or its branch office making the application has its seat,
  2. in whose district the corporation has its seat or a branch office or
  3. which is competent to conduct the judicial hearing applied for by the prosecuting authority pursuant to section 162 (1) sentence 3 of the Code of Criminal Procedure if the prosecuting authority deems this to be necessary in order to expedite the proceedings.

#### **Section 30**

##### **Joinder of legal successors**

In the case of legal succession (section 6), the corporation's legal successors take the procedural position in the proceedings which the corporation was in when the legal succession became effective.

### **Section 31**

#### **Proceedings to determine amount of liability**

- (1) Liability in the event of default (section 7) is determined and enforced in independent proceedings. The provisions applicable to the imposition and enforcement of the corporate monetary sanction apply accordingly to those proceedings. An amount of liability may only be determined if the conditions necessary for the imposition of a corporate sanction would have been met for the corporation which was prosecuted in the first instance.
- (2) The corporation which was found liable has the same rights as the corporation which was prosecuted in the first instance. The rights of that corporation remain unaffected in all other respects.
- (3) In the proceedings to determine the amount of liability, the legal representatives of that corporation which was prosecuted in the first instance are entitled to remain silent as per section 33 (1). This also applies where the corporation which was prosecuted in the first instance has ceased to exist.

### **Section 32**

#### **Alert to determine whereabouts**

An order for the issuing of an alert to determine the whereabouts of one of the corporation's legal representatives may be made if that legal representative's whereabouts are not known.

### **Section 33**

#### **Hearing of legal representative**

- (1) A corporation's legal representative is free to make statements or to remain silent in the sanctions proceedings. The provisions of the Code of Criminal Procedure concerning the hearing of the accused apply accordingly to the hearing of the corporation's legal representative. Section 134 of the Code of Criminal Procedure does not apply.
- (2) In other proceedings, the corporation's legal representative may, in the capacity as a witness, also refuse to answer those questions the reply to which would subject the corporation to the risk of being held liable for a corporate offence (section 3). Section 55 (2) and section 56 of the Code of Criminal Procedure apply accordingly

### **Section 34**

#### **Use of personal data from investigative measures**

- (1) Personal data which were obtained on the basis of measures to investigate the corporate offence or a regulatory offence under section 130 of the Act on Regulatory Offences which was committed in connection with the corporate offence may not be used in sanctions proceedings.
- (2) Personal data which were obtained on the basis of measures to investigate other criminal offences or under other statutes may be used in sanctions proceedings if, under the Code of Criminal Procedure, they may also be used in the proceedings relating to the corporate offence.

### **Section 35**

#### **Non-prosecution of petty offences**

- (1) Section 153 (1) of the Code of Criminal Procedure applies, with the proviso that the prosecuting authority may, with the consent of the court competent to open the main proceedings, dispense with prosecuting the corporation if the significance of the corporate offence – in the cases referred to in section 3 (1) no. 2 also the gravity and extent of the failure to take appropriate precautions to prevent corporate offences – would be regarded as minor and there is no public interest in the prosecution. The consent of the court is not required if the

consequences caused by the offence are minor. It is not possible to dispense with the prosecution in the cases referred to in section 3 (2) no. 2.

(2) If charges have already been preferred, the court may, with the consent of the prosecuting authority and of the corporation, terminate the proceedings at any stage under the conditions of subsection (1). The corporation's consent is not required if the main hearing cannot be conducted for the reasons referred to in section 40 or it is conducted in the absence of its representatives in accordance with section 45. The decision is given by way of an order. The decision is non-appealable.

### **Section 36**

#### **Non-prosecution subject to imposition of conditions and issuing of directions**

(1) Section 153a (1) sentence 1 of the Code of Criminal Procedure applies, with the proviso that the prosecuting authority, with the consent of the court competent to open the main proceedings and of the corporation, may provisionally dispense with preferring public charges and may at the same time impose conditions on the corporation pursuant to section 12 (2) and issue directions pursuant to section 13 (2) and (3) if these are suited to eliminate the public interest in prosecution and if the significance of the corporate offence – in the cases under section 3 (1) no. 2 also the gravity and extent of the failure to take appropriate precautions to prevent corporate offences – does not pose an obstacle thereto. The consent of the court is not required if the consequences caused by the corporate offence are minor.

(2) In respect of fulfilment of the conditions and directions, the prosecuting authority imposes a deadline on the corporation which is no more than one year in the case of conditions and no more than two years in the case of directions. The prosecuting authority may subsequently revoke conditions and directions and extend the deadline once by six months. With the corporation's consent, it may also subsequently impose or amend conditions and issue directions. If the corporation complies with the conditions and directions, it can no longer be prosecuted. If the corporation does not comply with the conditions and directions, none of the payments made in respect of compliance are to be repaid.

(3) If charges have already been preferred, the court may, with the consent of the prosecuting authority and of the corporation, provisionally terminate the proceedings up until conclusion of the main proceedings in which the findings of fact can be examined for the last time and at the same time impose conditions pursuant to section 12 and issue directions pursuant to section 13.

(4) The period of limitation is suspended whilst the period determined for the fulfilment of conditions and directions runs.

(5) If the court has terminated the proceedings, a court order is required in order to reopen them.

### **Section 37**

#### **Non-prosecution in case of serious consequences for corporation**

(1) Section 153b (1) of the Code of Criminal Procedure applies, with the proviso that the prosecuting authority may, with the consent of the court competent to open the main proceedings, dispense with prosecuting the corporation if the corporation has suffered consequences as a result of the corporate offence which are so serious that imposition of a sanction would be manifestly inappropriate.

(2) If charges have already been preferred, the court may, with the consent of the prosecuting authority and the corporation, terminate the proceedings up until the start of the main hearing.

### **Section 38**

#### **Non-prosecution in case of expected sanctioning abroad and for other reasons**

(1) The prosecuting authority may dispense with prosecuting the corporation if it is expected that a sanction will be imposed against the corporation abroad on account of the corporate offence

1. and the corporate sanction which may be the outcome of the prosecution is not particularly significant in comparison to that sanction or
2. which appears sufficient to have an influence on the corporation and in order to defend the legal system.

(2) The prosecuting authority may, with the consent of the corporation, make dispensing with the prosecution subject to the condition that the corporation must notify the prosecuting authority at regular intervals and in a suitable manner of the status of the proceedings being conducted abroad.

(3) If public charges have already been preferred, the court may, upon application by the prosecuting authority, provisionally terminate the proceedings at any stage. Subsection (2) applies accordingly, with the proviso that the court decides on the issuing of, and monitoring of compliance with, the condition imposed.

(4) If the court has provisionally terminated the proceedings, a court order is required in order to reopen them.

(5) Sections 153c to 154a and section 154d of the Code of Criminal Procedure remain unaffected.

### **Section 39**

#### **Non-prosecution in case of insolvency**

(1) The prosecuting authority may dispense with prosecuting a corporation if insolvency proceedings have been opened against the corporation's assets or an application to open insolvency proceedings has been rejected for lack of assets.

(2) If public charges have already been preferred, the court may, upon application by the prosecuting authority, provisionally terminate the proceedings at any stage.

(3) If the insolvency proceedings

1. are discontinued pursuant to section 212 or section 213 of the Insolvency Code (*Insolvenzordnung*) or
2. terminated pursuant to section 258 of the Insolvency Code,

and the period of limitation has not expired in the meantime, then the proceedings may be reopened within three months following the entry into force of the discontinuation or termination.

(4) If the court has terminated the proceedings, then a court order is required in order to reopen them.

### **Section 40**

#### **Termination of proceedings in case of temporary obstacles and procedural obstacles**

(1) Sections 154f and 205 of the Code of Criminal Procedure apply accordingly to the sanctions proceedings if the absence of the corporation's only legal representative or all of the corporation's legal representatives poses an obstacle to the opening or conduct of the main proceedings or main hearing for a prolonged period, or another obstacle exists in the person of those legal representatives.

(2) Sections 206a and 206b of the Code of Criminal Procedure remain unaffected.

### **Section 41**

#### **Non-prosecution in case of internal investigations**

(1) If a corporation notifies the prosecuting authority that it is conducting an internal investigation in accordance with section 17, then the prosecuting authority may dispense with

prosecuting the corporation up until completion of the internal investigation. The prosecuting authority may set a deadline for submission of the final report on the internal investigation. The corporation and the person leading the investigation are to be notified of that deadline. It may be extended upon application.

(2) The reopening of the proceedings is to be documented in the files.

#### **Section 42**

##### **Non-prosecution in case of anti-trust corporate offences**

(1) If the competition authority is conducting proceedings to impose a fine against a legal entity or partnership pursuant to section 82 of the Act against Restraints of Competition (*Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen*) on account of a matter which provides reason to believe that corporate liability is also established in accordance with section 3 (1), then it immediately notifies the prosecuting authority competent in respect of the sanctions proceedings about whether it intends to prosecute the corporation pursuant to section 47 (1) of the Act on Regulatory Offences or to terminate the proceedings. The competition authority competent in accordance with section 50 (1) of the Act against Restraints of Competition also notifies the prosecuting authority if the European Commission, in application of Regulation (EC) No 1/2003 of the Council of 16 December 2002 on the implementation of the rules on competition laid down in Articles 81 and 82 of the Treaty (OJ L 1, 4.1.2003, p. 1), intends to prosecute the legal entity or partnership in proceedings to impose a fine or to terminate the proceedings.

(2) If the prosecuting authority is conducting sanctions proceedings on account of a matter which provides reason to believe that the condition of section 81 (1), (2) no. 1 or (3) of the Act against Restraints of Competition is also established, then before beginning the first formal investigative measure it immediately requests notification in accordance with subsection (1) above from the competition authority competent in accordance with section 48 or section 50 (1) of the Act against Restraints of Competition.<sup>15</sup>

(3) If the competition authority competent in accordance with section 48 or section 50 (1) of the Act against Restraints of Competition<sup>16</sup> gives notification that it is prosecuting the legal entity or partnership in proceedings to impose a fine in accordance with section 82 of the Act against Restraints of Competition under section 47 (1) of the Act on Regulatory Offences or it terminates the proceedings, then the prosecuting authority is required to dispense with prosecuting the corporation. The same applies if the competition authority competent in accordance with section 50 (1) of the Act against Restraints of Competition<sup>17</sup> gives notification that the European Commission, in the application of Regulation (EC) No 1/2003 of the Council of 16 December 2002 on the implementation of the rules on competition laid down in Articles 81 and 82 of the Treaty (OJ L 1, 4.1.2003, p. 1), is prosecuting the legal entity or partnership in proceedings to impose a fine or it terminates the proceedings.

(4) If, in the case referred to in subsection (3), the prosecuting authority has already preferred public charges, then the court is required to terminate the sanctions proceedings at any stage.

#### **Section 43**

##### **Presence at main hearing**

(1) A corporation with several legal representatives is deemed to be present at the main hearing even if only one of its legal representatives is present.

(2) The corporation may be represented by a defence counsel with a documented power of attorney.

---

<sup>15</sup> Account is taken in the further course of the proceedings of the amendment to sections 48 and 50 of the Act on Restraints of Competition provided for under Article 1 no. 23 of the Draft of a Tenth Act to Amend the Act against Restraints of Competition regarding a focussed, proactive and digital competition law 4.0 (*GWB-Digitalisierungsgesetz*).

<sup>16</sup> See previous footnote.

<sup>17</sup> See footnote 1.

#### **Section 44**

##### **Order for personal appearance of legal representative**

The court may, to clarify the facts or in the cases referred to in section 329 (3) or (4) of the Code of Criminal Procedure, order that one or several of the corporation's legal representatives appear in person. If the person concerned fails to appear without sufficient excuse, the court may order to bring that person in front of the court if his or her attention has been drawn to that possibility by service thereof.

#### **Section 45**

##### **Main hearing despite failure of corporation's legal representative to appear in court**

The main hearing may be conducted even if all of the corporation's legal representatives fail to appear in court if the corporation was properly summoned and the summons referred to the fact that the main hearing may be held if its legal representatives fail to appear in court. In all other cases, section 232 (2) to (4) of the Code of Criminal Procedure applies accordingly.

#### **Section 46**

##### **Reading out of records**

- (1) Section 254 of the Code of Criminal Procedure applies accordingly to testimony given or statements made by the corporation's legal representative.
- (2) If the corporation is a co-accused, section 251 and section 420 (1) and (3) of the Code of Criminal Procedure apply accordingly to the reading out of testimony given or statements made by the corporation concerned's legal representative.
- (3) Where one of the corporation concerned's legal representatives only avails himself or herself of the right to remain silent pursuant to section 33 (1) at the main hearing, any testimony given or written statement made previously by that legal representative in his or her capacity as a witness may be read out.

#### **Section 47**

##### **Provisions applied**

The list of provisions applied which is included in the judgment in accordance with section 260 (5) sentence 1 of the Code of Criminal Procedure must include section 3 as well as the provisions applied to the corporate offence.

#### **Section 48**

##### **Effect of res judicata**

- (1) A final and binding judgment against a corporation relating to the imposition of a fine pursuant to section 30 of the Act on Regulatory Offences poses an obstacle to the prosecution of that offence under this Act. A final and binding judgment relating to the imposition of a fine against the corporation pursuant to section 30 of the Act on Regulatory Offences for failure to take precautions to prevent a corporate offence also poses an obstacle to the prosecution of that offence pursuant to section 3 (1) no. 2 above. An order made pursuant to section 72 of the Act on Regulatory Offences and an order issued by a court hearing a complaint concerning an offence under sentences 1 and 2 are equal to a final and binding judgment against the corporation.
- (2) Where a fine has been imposed under section 30 of the Act on Regulatory Offences and a corporate sanction is subsequently imposed against the corporation for the same offence, the regulatory fine notice is rescinded to that extent. The same applies where a fine has been imposed against the corporation under section 30 of the Act on Regulatory Offences for failure to take precautions to prevent a corporate offence and a corporate sanction is subsequently imposed for that corporate offence pursuant to section 3 (1) no. 2 above.

(3) If the sanctions proceedings do not result in a conviction, the regulatory fine notice is also rescinded to the extent that the determinations made by the court in the final decision conflict with the regulatory fine notice.

(4) Sums of money which have been paid or recovered on the basis of the rescinded regulatory fine notice are first credited against any corporate sanction imposed, then against any incidental legal consequences ordered which entail the obligation to pay a sum of money and, lastly, against the costs of the sanctions proceedings.

(5) The decisions referred to in subsections (2) to (4) are given in the judgment or other final decision.

#### **Section 49**

##### **Duty of disclosure**

(1) If the imposition of a corporate monetary sanction is being considered as a possibility, then the corporation must, upon request, disclose to the prosecuting authority or to the court its annual turnover in the last three business years and must present supporting documents. Section 27 does not apply to that extent.

(2) To the extent that the corporation is obliged to disclose information and to present documents in accordance with subsection (1), the corporation's legal representative is heard as a witness. Provisions concerning witnesses, in particular sections 48 to 71, 95, 161a and 163 of the Code of Criminal Procedure, apply accordingly to that extent. Section 33 does not apply to that extent.

#### **Section 50**

##### **Sanctions notice**

(1) Upon the written request of the prosecuting authority, the court may determine the legal consequences referred to in subsection (2) by way of written sanctions notice without a main hearing. Section 407 (1) sentence 2 to 4 of the Code of Criminal Procedure applies accordingly.

(2) The sanctions notice may only determine the following:

1. corporate sanctions in accordance with section 8 and, in addition,
2. confiscation, destruction or rendering unusable.

(3) If the corporate monetary sanction can be reduced pursuant to section 18 sentence 1, then it is to be determined by way of sanctions notice if the corporation consents thereto.

(4) Section 407 (3), section 408 (2) and (3), section 408a and sections 409 to 412 of the Code of Criminal Procedure apply accordingly. Section 411 (2) sentence 2 in conjunction with section 420 (4) of the Code of Criminal Procedure does not apply.

#### **Section 51**

##### **Participation of aggrieved person**

(1) Even in cases in which the corporate offence constitutes an offence which is open to private prosecution, the corporation's liability may not be prosecuted by way of private prosecution.

(2) An aggrieved person may participate in the proceedings against the corporation and exercise powers and rights pursuant to sections 395 to 406l of the Code of Criminal Procedure to the extent that he or she would be entitled to do so on the basis of the underlying corporate offence.

#### **Section 52**

##### **Securing enforcement**

Section 111e (2) to (5) of the Code of Criminal Procedure applies accordingly to the securing of enforcement of corporate monetary sanctions.

#### **Section 53**

##### **Enforcement**

(1) Provisions relating to the enforcement of a fine apply accordingly to the enforcement of a corporate monetary sanction. If the corporate monetary sanction cannot be recovered or if

---

enforcement is dispensed with in accordance with section 459c (2) of the Code of Criminal Procedure, then the prosecuting authority makes an application to open insolvency proceedings against the corporation's assets. In the case of universal succession as referred to in section 6, enforcement may begin or be continued against the legal successor or successors.

(2) Provisions relating to the enforcement of a warning with sentence reserved apply accordingly to the enforcement of a warning with corporate monetary sanction reserved.

(3) An order for the public announcement of the judgment is executed ex officio. In all other respects, section 463c (3) and (4) of the Code of Criminal Procedure applies accordingly.

### **ANNEX III - Excerpt from the Explanatory Memorandum to the Act on the Sanctioning of Criminal Offences Relating to Corporations**

Government Draft of an Act to Strengthen Integrity in Business  
(*Verbandssanktionengesetz – VerSanG*)

#### **Regarding section 3 (1) no. 2**

If a corporate offence is committed not by a member of the corporation's managing staff but by another person in the handling of the corporation's affairs, a corporate sanction may be imposed if members of the corporation's managing staff could have prevented the offence or made its commission significantly more difficult by taking measures in regard to organisational structure, recruitment, instructions and supervision. The perpetrator of a corporate offence must have acted in the handling of the corporation's affairs. This does not necessarily have to be a staff member of the corporation – a perpetrator can also be someone who was only temporarily entrusted with the task of handling the corporation's affairs.

However, the perpetrator does have to be subject to the recruitment, instructions and supervision of members of the corporation's managing staff. This means that a person who is not subject to powers of direction and instruction cannot be the perpetrator of a corporate offence. If the member of the managing staff fails to justify the requisite powers of direction and instruction, this may constitute an organisational error (see commentary on section 130 of the Act on Regulatory Offences [*Ordnungswidrigkeitengesetz – OWiG*], Göhler-Gürtler, *OWiG*, 17th edition, section 130, margin number 19).

In cases involving persons who are not members of the corporation's managing staff, the person concerned must have acted with full criminal liability (like when members of the corporation's managing staff commit an offence under section 30 OWiG) in order for the offence to be categorised as a corporate offence (for details on section 30 OWiG see Engelhart, *Sanktionierung von Unternehmen und Compliance*, 2nd edition, p. 399). It follows that a contravention of duties, the violation of which carries a criminal penalty, is not necessarily sufficient within the meaning of section 130 (1) OWiG since a contravention of this nature does not have to be committed with full criminal liability but only needs to exhibit the outward characteristics of a criminal offence (see KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin number 79). If an offence is committed without full criminal liability, the available penalty remains a corporate fine in accordance with sections 30 and 130 OWiG.

As regards the appropriate measures of organisational structure, recruitment, instructions and supervision, the principles developed for section 130 OWiG are generally applicable here (see KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin numbers 39 ff.). Like the "required" and "proper" form of supervision under that provision, the measures of organisational structure, recruitment, instructions and supervision must be legally permissible, suitable and necessary for preventing criminal offences without exceeding what is reasonable. This includes duties of management, coordination, organisational and monitoring, whereby supervision also includes the duty to intervene in the event of criminal conduct and to threaten, and where necessary impose, sanctions (see KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin number 42).

In this context, the limits of what is reasonable for a manager with supervisory duties must be borne in mind, the personal responsibility of non-members of the managing staff must be taken into consideration, and it must be taken into account that overly intrusive supervisory measures characterised by excessive mistrust can disturb industrial relations and violate the dignity of the employee (see Federal Court of Justice, decision of 11 March 1986 – KRB 7/85, wistra 1986, 222). Where compliance rules impose obligations to cooperate on employees (such as an obligation to report suspicions of criminal offences committed by other employees), these rules must not undermine the legitimate interests of the employees. The requisite management, coordination, organisational and monitoring duties can be fulfilled via specific compliance measures, without the legislation stipulating any direct obligation to create an entire compliance programme. Conversely, the existence of a compliance programme does not automatically guarantee exemption from sanctions (see commentary on section 130 OWiG in Engelhart,

*Sanktionierung von Unternehmen und Compliance*, 2nd edition, p. 403; KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin number 58). Rather, the decisive factor is whether the care that can be expected of a prudent member of the respective field was duly exercised (see KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin number 43). Which specific measures and precautions are necessary depends on the individual case and particularly on the type, size and organisation of a company, the degree of danger involved in its business, the number of employees, the regulations to be observed and the risk of their violation (see Hauschka/Moosmayer/Lösler-Pelz, *Corporate Compliance*, 3rd edition, section 5, margin number 16; Hauschka/Moosmayer/Lösler-Greeve, *Corporate Compliance*, 3rd edition, section 25, margin number 189). For small and medium-sized enterprises with a low risk of legal violations, a few simple measures may be sufficient; it is in such cases not usually necessary to buy a compliance programme or certifications.

However, it must be borne in mind that complete protection against criminal offences can never be guaranteed and that compliance measures have their limits, especially where a perpetrator is driven by motives extraneous to the corporation and is resolutely determined to commit the crime so that even the most far-reaching compliance programme would be ineffective. When it comes to “excessive” offences of this nature, additional compliance measures are incapable of preventing crimes (see KK-Rogall, *OWiG*, 5th edition, section 130, margin numbers 45 f.). Furthermore, crimes aimed exclusively against the concerned corporation do not qualify as corporate offences (see above explanation regarding section 3 (1) no. 1).

Compliance measures can also be taken into account when determining the type and amount of a sanction (section 10 (1) nos. 1 and 2; section 15 (3) nos. 6 and 7) and when examining whether the conditions for dispensing with prosecution have been met (sections 36 and 37). The above-mentioned principles also apply to measures and precautions, so that even a few simple measures can suffice in order to ensure that adequate consideration has been taken.

The failure to take precautions must objectively violate a duty, and the resulting risk of a criminal offence must be objectively recognisable. In contrast to section 130 *OWiG*, it is not necessary for the member of the corporation’s managing staff to have intentionally or negligently omitted to take the supervisory measure. Corporate liability is linked to a corporate offence being committed with full criminal liability. The failure to take precautions must be objectively ascertained.

**Regarding section 13 (Directions in case of corporate monetary sanction reserved)**

The court may issue the corporation with directions for the duration of the period of reservation if these are suitable and necessary to prevent the commission of corporate offences from within the corporation. Such directions should pursue a special preventive objective. The court has a wide margin of discretion in this respect.

In particular, the court may instruct a corporation to take certain precautions in order to prevent corporate offences in the future. These can particularly include certain compliance measures which are designed to help improve the prevention of corporation-related offences within the corporation. As the processes and organisational structures inside corporations can be highly varied and complex, the court may direct the corporation to provide proof of the precautions taken by submitting certification issued by a competent agency. The court may determine how frequently and, if necessary, at what intervals such certification is to be submitted.

Where the measures in question are extensive, several different reports might be advisable, whereas for simple measures one report is sufficient. Depending on the type of measures ordered and the nature of the corporation, the possible competent agencies will include auditors, lawyers and management consultancies, for example. The corporation in question selects the competent agency and tasks it with drawing up certification, which should normally include a short report.

The court has to approve the choice of a competent agency in order to ensure its professional suitability. The costs of the certification are borne by the corporation as principal. The issued instructions may not constitute an unreasonable interference in the corporation’s affairs.

**Regarding section 15 (2) no. 6**

Number 6 allows previous corporate offences to be taken into account as aggravating factors. Meanwhile a clean track record can be taken into account as a mitigating factor, as can precautions taken prior to the offence to prevent and detect corporate offences. The concept of “precautions” used here is broader than the concept of “supervision” in section 130 OWiG. This reflects the fact that the scope of compliance goes beyond sections 30 and 130 OWiG (see Rotsch in Rotsch (ed.), *Criminal Compliance*, section 2, margin number 10). With precautions, elements of compliance not necessary for observing the rules stipulated in section 3 may be taken into account in the corporation’s favour when sanctions are being determined. If a corporate offence is nevertheless committed, this does not in itself prove that the efforts made to prevent corporate offences were not adequately serious, since even an ideal level of compliance is not capable of preventing individual members of the managing staff from committing offences. In such cases, the sanction may be substantially reduced (see Engelhart, *Sanktionierung von Unternehmen und Compliance*, 2nd edition, p. 441).

If, on the other hand, there are genuine deficits in the compliance system and proper compliance would have prevented the corporate offence or made it significantly more difficult, only fundamental efforts to ensure compliance can be weighed in the corporation’s favour and any reduction in sanctions will be minor at most.

Where ostensible compliance measures only serve to cover up delinquent structures, this can (considering i.e. the corporation-related nature of the offence) have an aggravating effect on the sanctions imposed (see Engelhart, *Sanktionierung von Unternehmen und Compliance*, 2nd edition, p. 442, Rotsch, *Criminal Compliance*, section 35A, margin number 39). In cases where the management itself (such as the board of a public company) is involved in corporate offences (see also number 3) and therefore clearly does not support the compliance regulations it has itself laid down, the mitigating impact of such regulations is not generally taken into consideration. The explanation regarding section 3 (1) no. 2 (compliance measures) applies accordingly.

**Regarding section 15 (3) no. 7**

This provision deals with conduct following the commission of an offence and is itself based on section 46 of the Criminal Code [*Strafgesetzbuch – StGB*], the interpretation of which is referred to in this respect. The provision also stipulates that compliance measures taken after the offence (in particular measures to rectify the compliance deficits exposed by the offence) are to be taken into account as mitigating factors. The provision furthermore provides that any compensation afforded for damage caused and any efforts undertaken by the corporation to investigate the corporate offences are to be taken into account as mitigating factors. In particular, it weighs in the corporation’s favour if it voluntarily discloses the corporate offence and helps with clarifying the facts of the case. If the sanction is imposed on a legal successor, the prime focus is on the post-offence conduct of the legal successor from the time of the legal succession taking effect. The explanation regarding section 3 (1) no. 2 (compliance measures) applies accordingly.

## ANNEX IV - Act on the Establishment and Operation of a Register for the Protection of Competition for Public Contracts and Concessions

(Competition Register Act – Wettbewerbsregistergesetz, WRegG)

Full citation: Competition Register Act of 18 July 2017 (Federal Law Gazette I p. 2739)

Source: [http://www.gesetze-im-internet.de/englisch\\_wregg/englisch\\_wregg.html#p0110](http://www.gesetze-im-internet.de/englisch_wregg/englisch_wregg.html#p0110)

### Section 1

#### Establishment of the Competition Register for public procurement

(1) A register for the protection of competition for public contracts and concessions (Competition Register) shall be established and maintained at the Federal Cartel Office (*Bundeskartellamt*) (registry authority).

(2) The Competition Register shall provide contracting authorities within the meaning of Section 98 of the German Competition Act (*Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB*) with information on grounds for exclusion as set out in Sections 123 and 124 of the German Competition Act.

(3) The Competition Register shall be maintained in the form of an electronic database.

### Section 2

#### Conditions leading to an entry in the Competition Register

(1) The following information shall be entered in the Competition Register:

1. Final convictions and penalty orders issued by criminal courts due to one of the following criminal offences:

- a) criminal offences listed in Section 123(1) of the German Competition Act,
- b) fraud pursuant to Section 263 of the German Criminal Code (*StGB*) and subsidy fraud pursuant to Section 264 of the German Criminal Code, provided that the criminal offence affects public budgets,
- c) withholding and misappropriating wages and salaries pursuant to Section 266a of the German Criminal Code,
- d) tax evasion pursuant to Section 370 of the German Fiscal Code (*AO*), or
- e) collusive tendering pursuant to Section 298 of the German Criminal Code;

2. Final convictions and penalty orders issued by criminal courts as well as final fining decisions issued due to one of the following criminal or administrative offences if the penalty incurred is imprisonment for a term exceeding three months or a criminal fine exceeding 90 daily rates or a minimum administrative fine of two thousand five hundred euros:

- a) pursuant to Section 8(1) no. 2, Sections 10 to 11 of the German Act to Combat Undeclared Work and Unlawful Employment (*SchwarzARbG*) of 23 July 2004 (Federal Law Gazette I p. 1842), last amended by Article 1 of the Act of 6 March 2017 (Federal Law Gazette I p. 399),
- b) pursuant to Section 404(1) and (2) no. 3 of the German Social Code, Book III (*SGB III*) – promotion of employment – (Article 1 of the Act of 24 March 1997, Federal Law Gazette I pp. 594, 595), last amended by Article 6(8) of the Act of 23 May 2017 (Federal Law Gazette I p. 1228),
- c) pursuant to Sections 15, 15a, 16(1) nos. 1, 1c, 1d, 1f and 2 of the German Temporary Employment Act (*AÜG*) in the version promulgated on 3 February 1995 (Federal Law Gazette I p. 158), last amended by Article 1 of the Act of 21 February 2017 (Federal Law Gazette I p. 258),
- d) pursuant to Section 21(1) and (2) of the German Minimum Wage Act (*MiLoG*) of 11 August 2014 (Federal Law Gazette I p. 1348), last amended by Article 6(39) of the Act of 13 April 2017 (Federal Law Gazette I p. 872), or
- e) pursuant to Section 23(1) and (2) of the German Law on the Posting of Workers (*AEntG*) of 20 April 2009 (Federal Law Gazette I p. 799), last amended by Article 6(40) of the Act of 13 April 2017 (Federal Law Gazette I p. 872), or

3. Final fining decisions issued pursuant to Section 30 of the German Administrative Offences Act (*OWiG*), also in conjunction with Section 130 of the German Administrative Offences Act, due to criminal offences as set out under no. 1 or criminal and administrative offences as set out under no. 2.

(2) In addition, fining decisions issued due to administrative offences pursuant to Section 81(1) no. 1, (2) no. 1 in conjunction with Section 1 of the German Competition Act shall be entered in the Competition Register if a minimum fine of fifty thousand euros has been imposed. Fining decisions issued pursuant to Section 81(3) a to c of the German Competition Act shall not be entered.

(3) Decisions issued by criminal courts and fining decisions pursuant to (1) nos. 1 and 2 and decisions against a natural person pursuant to (2) shall be entered in the Competition Register only if the conduct of the natural person can be attributed to an undertaking. This is the case if the natural person has acted as the person responsible for managing the undertaking, which also covers supervision of the conduct of business or other exercise of controlling powers in a managerial position.

(4) An undertaking within the meaning of this Act is any natural or legal person or group of such persons offering the supply of goods, the execution of construction works or the provision of other services to the market. If a legal person or an association of persons constituting an undertaking ceases to exist after the entry has been included in the Competition Register, the entry shall remain unaffected.

### **Section 3**

#### **Content of the entry in the Competition Register**

(1) The registry authority shall store the following data transmitted by an authority required to communicate information pursuant to Section 4 in an electronic database:

1. the name of the authority communicating the data,
2. the date of the decision that is to be entered and the date on which such decision became final,
3. the file number assigned by the authority communicating the data,
4. with respect to the undertaking concerned,
  - a) the company name,
  - b) the legal form,
  - c) the surnames and first names of the undertaking's legal representatives,
  - d) with regard to partnerships, the surnames and first names of the managing partners,
  - e) the postal address of the undertaking,
  - f) the registration court and the commercial register number and,
  - g) if available, the VAT number,
5. with respect to the natural person against whom the decision that is to be entered in the Competition Register was issued or who is named in the fining notice pursuant to Section 30 of the German Administrative Offences Act,
  - a) the surname and first name of the natural person,
  - b) the date and place of birth of the natural person,
  - c) the postal address of the natural person concerned and
  - d) the circumstances establishing the attribution of the misconduct to an undertaking pursuant to Section 2 (3) sentence 2 and
6. the criminal or administrative offence, including the penalty imposed, leading to the entry in the Competition Register.

(2) If an undertaking informs the registry authority after it has been entered in the Competition Register that it can prove the implementation of self-cleaning measures within the meaning of Section 123(4) sentence 2 or Section 125 of the German Competition Act, the registry authority shall store the transmitted data in the Competition Register.

(3) The data stored in the Competition Register and the registry authority's case files are confidential.

### **Section 4**

#### **Communications**

(1) The prosecuting authorities and the authorities competent for the prosecution of administrative offences shall in the event of decisions pursuant to Section 2(1) and (2) communicate the data specified in Section 3(1) to the registry authority without delay. Section 30 of the German Fiscal Code does not

preclude the communication of decisions pursuant to Section 2(1) no. 1d and pursuant to Section 2(1) no. 3 in conjunction with (1) no. 1d.

(2) The registry authority shall check the data transmitted and refrain from making an entry if the data are manifestly incorrect. If after making an entry the data turn out to be incorrect, the registry authority shall rectify or delete the relevant data of its own motion. Section 8(3) shall apply accordingly.

(3) If the prosecuting authorities or the authorities competent for the prosecution of administrative offences become aware of circumstances conflicting with the continued storage of the transmitted data in the Competition Register, these authorities shall notify the registry authority without delay.

### **Section 5**

#### **Opportunity to comment prior to an entry in the Competition Register; right to information**

(1) Before including an entry in the Competition Register, the registry authority shall inform the undertaking concerned in text form of the content of the intended entry and shall give such undertaking the opportunity to comment within two weeks following the receipt of such information. If the undertaking concerned proves that the data transmitted are incorrect, the registry authority shall refrain from making an entry or rectify the incorrect data. The registry authority may extend the period for submitting comments. Section 8(3) shall apply accordingly.

(2) Upon request, the registry authority shall provide undertakings or natural persons information on the content of the Competition Register relating to such undertakings or persons. With the consent of the relevant undertaking, the registry authority shall upon request provide information on the content of the Competition Register relating to the undertaking to a body that maintains an official list satisfying the requirements provided for in Article 64 of Directive 2014/24/EU.

(3) Undertakings entered in the Competition Register or undertakings affected by a planned entry may request that an authorised lawyer be granted unrestricted access to the files for the purpose of enforcing or defending their legal interests relating to the entry.

### **Section 6**

#### **Contracting authorities' obligation to consult the register; decision on the exclusion from the procurement procedure**

(1) A public contracting authority pursuant to Section 99 of the German Competition Act is obligated to consult the Competition Register prior to awarding a contract in a public procurement procedure involving an estimated order value, excluding value-added tax, of EUR 30,000 or more on whether there are any entries in the Competition Register relating to the bidder to whom the public contracting authority intends to award the contract. In the event the threshold values set out in Section 106 of the German Competition Act are reached, a sector contracting entity pursuant to Section 100(1) no. 1 of the German Competition Act or a concession grantor pursuant to Section 101(1) nos. 1 and 2 of the German Competition Act is obligated to consult the Competition Register prior to awarding a contract on whether there are any entries in the Competition Register relating to the bidder to whom they intend to award the contract. By way of derogation from sentences 1 and 2, the obligation to consult the register does not apply in cases with regard to which public procurement law provides for any exemptions from the applicability of public procurement law. By way of derogation from sentences 1 and 2, German agencies abroad are not required to consult the Competition Register. The contracting authority may refrain from consulting the register again if this authority has already received the information contained in the Competition Register relating to the relevant undertaking within the last two months.

(2) In addition, contracting authorities pursuant to (1) may consult the Competition Register

1. in the context of awarding public contracts and concessions with an estimated order or contract value below the value thresholds set out in (1) on whether there are entries in the Competition Register relating to the bidder to whom the contracting authority intends to award the contract or the concession, and

2. in the context of a restricted procedure (competitive tender) on whether there are entries in the Competition Register relating to the bidders the contracting authority intends to invite to submit tenders.

(3) The registry authority shall provide the contracting authority consulting the Competition Register with the stored data relating to the undertaking specified in the search form. If an undertaking has not been entered in the Competition Register, the registry authority shall communicate this to the contracting authority.

(4) The information retrieved from the Competition Register may be brought to the attention of only those members of staff who are responsible for accepting information or processing the procurement procedure.

(5) The contracting authority shall on its own responsibility and in accordance with the provisions under procurement law decide on the exclusion of an undertaking from participating in the procurement procedure. Section 7(2) shall remain unaffected.

(6) Contracting authorities may request prosecuting authorities or authorities competent for the prosecution of administrative offences to provide additional information if the contracting authorities consider such information necessary for the award decision. The prosecuting authorities and the authorities competent for the prosecution of administrative offences may transmit the information upon request of the contracting authority.

(7) The data transmitted pursuant to (3) and (6) and pursuant to Section 8(4) sentence 5 are confidential and may be used by the contracting authority for award decisions only. The data are to be deleted after the expiry of the legally required storage periods.

### **Section 7**

#### **Deletion of entry from the Competition Register after expiry of period for deletion; legal effect of deletion**

(1) Entries regarding criminal offences pursuant to Section 2(1) no. 1 a, c and d shall be deleted at the latest after the expiry of five years from the day on which the decision became final. Entries regarding fining decisions pursuant to Section 2(2) shall be deleted at the latest after the expiry of three years from the day on which the fining decision was issued. Apart from that, entries shall be deleted at the latest after the expiry of three years from the day on which the decision became incontestable. In the event there are several entries due to the same misconduct, all entries concerning an undertaking shall be deleted if the deletion requirements are met with regard to one entry and the periods for deletion are the same; in the event of differing periods for deletion, the longer period shall be decisive. The provisions of Section 4(2) sentence 2 and Section 8(1) sentence 3 shall remain unaffected.

(2) If an entry in the competition register has been deleted pursuant to (1) or Section 8, the criminal or administrative offence which led to the entry may no longer be used in procurement procedures to the disadvantage of the undertaking concerned. The contracting authority is not bound by the registry authority's rejection of a request for the deletion of an entry pursuant to Section 8(1).

### **Section 8**

#### **Premature deletion of entry from the Competition Register due to self-cleaning; fees and expenses**

(1) If an undertaking has been entered in the Competition Register, it may submit an application to the registry authority for the deletion of the entry from the Competition Register prior to the expiry of the period for deletion set out in Section 7(1) due to self-cleaning. The application is admissible if the undertaking demonstrates a legitimate interest in the premature deletion in a satisfactory way. The entry is to be deleted if the undertaking has proven to the registry authority that for the purposes of the procurement procedure it has implemented self-cleaning measures in accordance with Section 123(4) sentence 2 of the German Competition Act in the case of Section 2(1) no. 1 c and d, and in accordance with Section 125 of the German Competition Act in all other cases.

(2) After the application has been filed, the registry authority shall examine the facts of its own motion. In doing so, it may limit itself to the facts presented by the applicant or to facts of which it can be reasonably expected to be aware. The applicant may be required

1. to submit the decision issued by the criminal court or the fining decision,

2. to provide expert opinions or other documents suitable for evaluating the self-cleaning measures. Sections 57 and 59 of the German Competition Act shall apply accordingly.

(3) In preparation for the decision regarding the application, the registry authority may request the prosecuting authority that has communicated the data or the authority competent for the prosecution of administrative offences to transmit information which according to the assessment of the registry authority may be necessary for the evaluation of the application. The requested authority shall provide such information.

(4) The registry authority shall evaluate the self-cleaning measures adopted by the undertaking, taking into account the seriousness and special circumstances of the criminal offence or misconduct. If the authority considers the self-cleaning measures adopted by the undertaking to be insufficient, it shall request additional information from the undertaking or reject the application. If the registry authority rejects the application, it shall justify its decision to the undertaking. The decision regarding the application for premature deletion of an entry is to be noted in the Competition Register. The registry authority shall transmit the decision regarding the application for deletion and other documents to the contracting authority upon its request.

(5) The registry authority shall adopt guidelines regarding the application of (1) to (4).

(6) In order to cover the administrative costs incurred by the registry authority, applications for the premature deletion of entries from the Competition Register due to self-cleaning are subject to fees and the reimbursement of expenses. Section 80 of the German Competition Act and any statutory instruments based on this section shall be applied accordingly; the charging framework is determined based on Section 80(2) sentence 2 no. 2 of the German Competition Act.

## **Section 9**

### **Electronic data transmission**

(1) Any communication between the registry authority and the prosecuting authorities, the authorities competent for the prosecution of administrative offences, the contracting authorities, the undertakings and the bodies maintaining an official list that meets the requirements provided for in Article 64 of Directive 2014/24/EU shall generally take place in electronic form.

(2) Data may be transmitted to contracting authorities by way of an automated on demand process that enables the transfer of personal data. The processing of personal data shall be subject to general data protection regulations, unless this Act or the statutory instrument based on this Act contains specific provisions.

## **Section 10**

### **Authorisation to issue statutory instruments**

The Federal Government shall with the consent of the Federal Council (*Bundesrat*) issue a statutory instrument to regulate the following:

1. the technical and organisational requirements for
  - a) storing data in the Competition Register,
  - b) transmitting data to the registry authority or to contracting authorities, including the automated data retrieval process, and
  - c) communicating with undertakings and bodies maintaining an official list that meets the requirements provided for in Article 64 of Directive 2014/24/EU,
2. the necessary data protection requirements for electronic communication with the registry authority,
3. the content and scope of the data pursuant to Section 3(1) and the communication pursuant to Section 6(3),
4. a standard form to be used by undertakings for the communication pursuant to Section 3 (2),
5. requirements regarding the content of the communication pursuant to Section 4, including a standard form to be used by the bodies obligated to communicate data, and the details of the entry procedure,
6. more detailed provisions concerning the additional information that may be requested pursuant to Section 6(6) sentence 1, and

7. requirements relating to suitable expert opinions and documents to be submitted by the applicant pursuant to Section 8(2) sentence 3 no. 2 and especially also to the registry authority's approval of systems of independent bodies based on which suitable precautionary measures taken in order to prevent future misconduct can be proven for the purposes of the procurement procedure.

### **Section 11**

#### **Recourse to legal action**

(1) Complaints shall be admissible against decisions of the registry authority. Section 63(1) sentences 2 to (4) sentence 2, Section 66(1) sentences 1, 2 and 4, (2), (3) sentences 1, 4 and 5, (4) and (5), Section 67(1) nos. 1 and 2, Sections 68, 70(1) to (3), Sections 71 to 73 and 171(3) of the German Competition Act shall apply accordingly, unless otherwise stipulated.

(2) The appellate court shall rule by one of its members as a single judge. The single judge shall transfer the proceeding to the appellate court to decide in the composition required by the stipulations of the German Courts Constitution Act (*GVG*) if:

1. the case shows particular factual or legal difficulties, or
2. the legal matter has fundamental significance.

Any re-transfer to the single judge is ruled out.

(3) The decision on the complaint may be delivered without an oral hearing, unless one of the parties to the proceedings requests that an oral hearing be held. Section 69(2) of the German Competition Act shall apply accordingly.

### **Section 12**

#### **Rules of application; promulgation of statutory instruments**

(1) Sections 2, 4 and 6 shall be applicable only from the day on which the first statutory instrument pursuant to Section 10 enters into force. Prior to the applicability of the provisions specified in sentence 1, the Länder regulations regarding the establishment and operation of a register corresponding to the one provided for in Section 1 shall continue to apply. The Federal Ministry for Economic Affairs and Energy shall announce the day pursuant to sentence 1 in the Federal Law Gazette.

(2) Statutory instruments pursuant to this Act may in deviation from Section 2(1) of the German Promulgation and Announcement Act (*VkBkmG*) be promulgated in the Federal Law Gazette.

---

**ANNEX V - Official Explanatory Memorandum to the Act Establishing a Competition Register (Official Journal 18/12051 page 28)**

EN text (convenience translation)

“The objective of paragraph 4 sentence 2 is to capture cases, in which a legal person to be listed or an association of individuals cease to legally exist due to subsequent action. Sentence 2 clarifies that an inclusion in the register will be carried out also in these cases and no deletion can be requested. Where a legal person or an association of individuals forming a company are terminated, change their business name or go into bankruptcy subsequently to their inclusion in the register, relevant exclusion grounds can be asserted against their legal successor, new firm or company in liquidation. An entry in the register ensures that procuring entities obtain information on whether a predecessor company has been listed so as to being able to consider possible exclusion grounds towards a successor company.”

## ANNEX VI - Summary of the Main Findings of the Empirical Evaluation of Negotiated Settlements in Criminal Proceedings Pursuant to Section 257c CCP

### H. Overall findings

#### III. Key findings

##### 1. Informal agreements continue to play a part in criminal proceedings

A key question in this research project was to determine whether informal agreements are still being made even after the judgment of the Federal Constitutional Court (*Bundesverfassungsgericht*, BVerfG) of 19 March 2013. The first step in Module 4 was to ask judges, prosecutors and criminal defence lawyers how often they had heard of informal agreements from hearsay. 44.4% of judges replied “yes” (responding “rarely”, “frequently” or “very frequently”), same as 59.3% of prosecutors and a remarkable 81.2% of criminal defence lawyers. Asked about the frequency of informal agreements in their own practice, 29.4% of judges surveyed in Module 4 responded that they had come across informal agreements in their own practice (responding “rarely”, “frequently” or “very frequently”). Prosecutors and criminal defence lawyers estimate the numbers of informal agreements in their own practice to be significantly higher (46.7% and 80.4%, respectively).

The telephone interviews in Module 5 provided differentiated figures on the difference between judges at the local court (*Amtsgericht*) and the district court (*Landgericht*). According to the judges, the average proportion of informal agreements in relation to all agreements is 31.7% in local courts (prosecutors: 21.1%, criminal defence lawyers: 45.4%), while it is only 7.0% in district courts (prosecutors: 7.5%, criminal defence lawyers: 20.2%).

These numbers raise two questions: first, why is there a difference in the frequency of informal agreements between local courts and district courts? And second, why do the estimations of judges, prosecutors and criminal defence lawyers vary to such a degree? One possible explanation for the fact that the legal provisions are complied with to a lesser degree in local courts than in district courts is likely to be that, due to the greater number of proceedings, local court judges are more inclined to disregard rules that they consider to be too “time-consuming” and too “complicated. A previous study also concluded that proceedings in the local courts are generally described as being “informal or less formal”. The reason is that there are so many criminal proceedings to be dealt with in the local courts that it is not possible to conduct each and every one of them in the proper form in the time available and, in particular, to comply fully with the obligation to establish the facts of the case.

The fact that the three professions arrive at different estimations of the number of informal agreements is likely to primarily be due to judges, in particular, giving socially desirable responses. It is mainly the judges who are responsible for compliance with the rules on reaching a negotiated agreement. In addition to the judges, prosecutors are responsible for checking compliance with the rules as part of their role as guardians. It can therefore be assumed that they, too, are less willing to concede breaches of the law and tend to regard, whether consciously or unconsciously, their own conduct as law-abiding. Criminal defence lawyers, by contrast, have a different role which is why, on the one hand, their answers appear more credible although, on the other, they may also be exaggerated at the top end of the scale, whether consciously or unconsciously. Overall, however, the results clearly indicate that there is still a considerable number of informal agreements involving all three professions.

In addition to this circumvention of or, at the very least, disregard for criminal procedural provisions regarding negotiated agreements, it should be noted that procedural violations of statutory provisions regarding negotiated agreements, of which the parties are unaware, also occur. For example, in Module 5, judges have stated that they do not enter into any informal agreements. At the same time, however, it can be concluded from their answers to questions regarding compliance with procedural rules, that not all of these judges comply with all relevant procedural rules. In addition, more than 20% of judges state in Module 4 that they have frequently or very frequently found themselves in a situation where they were unsure how to comply sufficiently with transparency and documentation requirements. This

uncertainty may also be reflected in decisions concerning appeals, which were analysed in Module 1. Transparency and documentation obligations, for example, account for 58.6% of infringements detected. In all, it can be seen across all Modules that all provisions regarding negotiated agreements are being breached.

## 2. Reasons for the practice of using informal agreements

The most common reasons cited by judges and prosecutors for entering into informal agreements are the unsuitability of statutory provisions on negotiated agreements in practice and the complexity of those statutory provisions as well as the possibility to avoid the lengthy process of taking evidence and the reduction in workload. For example, judges and prosecutors who have in the past entered into an agreement on what they considered to be a too lenient sentence cited as reasons for this that it removed the need to take further evidence and accelerated proceedings. For the defence lawyers, the most important reason for such an approach was that informal agreements resulted in more favourable outcomes for the defendant. Moreover, all professions point out that the respective other parties to the proceedings want to take an informal approach.

## 3. Problematic levels of complexity of the rules on negotiated agreements

A recognition closely linked to the reasons given for informal agreements is that many of those involved perceive the rules on negotiated agreements and, in part, the interpretation of supreme court judgments as too complex. This is particularly evident in the fact that more than 30% of the judges surveyed reported in Module 4 that they had previously been in a situation where they were uncertain whether the negotiated agreement was admissible or not. This finding is consistent with the fact that 22% of judges said in Module 5 that they enter into informal agreements because they are unsure how to correctly enter into a negotiated agreement. 35.6% of judges also enter into informal agreements as they consider the legal position to be insufficiently clear.

## 4. Transparency and documentation requirements are not consistently followed

The notification obligations in accordance with section 243(4) of the German Code of Criminal Procedure (*Strafprozessordnung*, StPO) are not always complied with or not always fully complied with. This applies both to the notification at the start of the main hearing that discussions regarding a negotiated agreement have taken place as well as notification to the contrary, i.e. that there have been no such discussions. The required notifications are both not always recorded and not always fully recorded in the court minutes. Similarly, a negotiated agreement entered into in the main proceedings is not always recorded. While the finding that no such discussions have taken place is usually recorded in the minutes according to the judges, this is not the case in the view of prosecutors and criminal defence lawyers. Finally, a negotiated agreement is not mentioned in the judgment in all cases. However, despite the shortcomings described, the parties surveyed consider that the documentation obligations are more likely to be observed.

## 5. Confession in return for a reduced sentence

In the context of a (formal or informal) agreement, the procedural act of the defendant usually consists of a confession. In 94.1% of the files of criminal proceedings involving negotiated agreements analysed in Module 3, a confession was the agreed action to be taken by the defendant. In an online survey of Module 4, 65.3% of judges stated that, in the context of negotiated agreements, it is always a confession that is agreed upon. This result is supported by the telephone interviews conducted in Module 5, in which 72% of judges believed that a confession was always the subject of the discussions about negotiated agreements.

In exchange for a confession made in accordance with the negotiated agreement, the defendant is granted a reduced sentence in the majority of cases. A file analysis of Module 3 shows that in 94.1% of successful negotiated agreements, an agreement was also reached about the sentence. In the context of discussions about negotiated agreements, 76.7% of judges state in Module 5 that they always talk about the sentence. In the case of informal agreements, the sentence seems to play a minor role; here, only 44.0% of judges surveyed in Module 5 consider that the sentence is always or often agreed upon.

## 6. An exact sentence is still being agreed openly or covertly

As part of a negotiated agreement, the court is required according to section 257c(3) sentence 2 StPO to indicate a minimum or maximum limit of the proposed sentence. Exact sentences must not be part of a negotiated agreement. Nevertheless, it has become clear that such exact sentences are being passed in practice. For example, 14% of judges, 23.5% of prosecutors and 50% of defence lawyers surveyed in Module 5 have called for an exact sentence or have witnessed such a call. An even higher number, namely 34.6% of judges, 51.5% of prosecutors and 71.4% of defence lawyers responded that this was only true for calls for a certain maximum sentence. Likewise, Module 3 showed that in five of the analysed proceedings only a maximum sentence was agreed, which was then passed.

However, there is the phenomenon that even if the courts merely refer to a range of sentences the parties to the proceedings are well aware of the exact sentence to expect. Within the online survey in Module 4, 58.1% of respondents said that despite the indication of a maximum and minimum sentence, all parties are “frequently” or “very frequently” aware of which sentence to expect in the event of a negotiated agreement. Module 5 also shows that, according to 20% of judges and a quarter of prosecutors and defence lawyers, a reference to a range of sentences typically constitutes a disguised exact sentence.

7. Negotiated agreements usually require a defence lawyer

Within Module 5, 51.3% of local court judges stated that they do not enter into any negotiated agreements with clients who are not represented by a lawyer. This leads to a situation that negotiated agreements are not entered into with defendants who are not legally represented even where judges are generally willing to enter into such agreements. Similarly, the findings from Module 3 are that being represented by a lawyer increases the likelihood of a successful negotiated agreement. That means that a defendant who is not represented by a lawyer does not have the same chance of reaching a negotiated agreement as a defendant who is represented by a lawyer. This seems particularly remarkable and indeed problematic in the light of the fact that the defendant benefits most from a successful negotiated agreement, particularly in the opinion of the judges.

8. The waiver of the right to appeal is still the subject of a negotiated agreement

The results of the analysis show that oftentimes, despite a negotiated agreement, at least one of the parties agrees to waive their right to appeal. This is already suggested by the legal analysis of Module 1, which showed that there were five complaints of a breach of the exclusion of a waiver of the right to appeal. No breach of the exclusion of a waiver of the right to appeal was found to exist in Module 3. While, on the one hand, this might be due to the small number of cases analysed, on the other hand it might also be due to the fact that mainly files that were preceded by a negotiated agreement were analysed. In the online survey of Module 4, 11.3% of judges surveyed stated that a waiver of the right to appeal or a limitation of the right to appeal is also dealt with by way of negotiated agreements. Under Module 5, 47.7% of local court judges and 16.4% of district court judges stated that the prosecutor, the defendant or the defendant’s legal representative had, at times, declared a waiver of the right to appeal. This is consistent with the fact that 38.5% of judges surveyed in Module 5 rated the suitability of section 302(1) sentence 2 StPO in practice as “poor”. Moreover, in the survey of parties at the Federal Supreme Court and the Federal Prosecutor General’s Office (in the “Federal Supreme Court Questionnaire”), when asked about the unsuitability of various provisions in practice, the exclusion of the waiver of the right to appeal in section 302(1), sentence 2 StPO was the one that was cited by far the most (71.4%).

9. There are differences in the compliance with the provisions of the German Act on Negotiated Agreements in Criminal Proceedings (*Verständigungsgesetz*) between local courts and district courts

According to the participants, informal agreements occur more frequently at local courts compared to district courts. In the view of district court judges, informal agreements are a rare or practically non-existent phenomenon. Based on the information provided by public prosecutors and defence lawyers it is noticeable that, although district court judges tend to make fewer informal agreements than local court judges, informal agreements are not as rare as they seem to be according to the information provided by district court judges. On the whole, however, district court judges – by their own account – show a greater degree of observance of the rules on negotiated agreements than local court judges. According

to the judges' own account, both the examination of the confession made following a negotiated agreement and compliance with instruction, information and reporting obligations occurs more readily and more frequently at district courts than at local courts.

10. The department of public prosecution only partially fulfils its role as guardian

In the online survey in Module 4, only 70.5% of public prosecutors, 51.6% of judges and 24.1% of criminal defence lawyers agreed "predominantly" or "to a great extent" with the statement that the department of public prosecution fulfils its role as guardian. In the telephone survey in Module 5, 62.9% of criminal defence lawyers stated that they had not noticed any change in the behaviour of public prosecutors since the Federal Constitutional Court ruling. The impression that the role of guardian is not being fulfilled is confirmed by the responses to the surveys carried out with public prosecutors in Module 5 and the senior public prosecutors in Module 6. In most public prosecutors' offices there are no general guidelines on what to look for in a negotiated agreement, how to proceed in the trial if the court breaches the law, and to what extent the court's compliance with the legal provisions on negotiated agreements must be documented. Only slightly more than half of public prosecutors' offices have guidelines on how to react to breaches of the law by the court. For the most part, they only provide for the filing of appeals but not for any action to be taken against those responsible. In this area, the case law analysis in Module 1 also showed a low number of prosecutorial appeals, which might also indicate that the prosecution's role as "guardian of the law" – which also includes the willingness to appeal against decisions that are based on an unlawful agreement – is only being fulfilled to a limited extent. For the most part, public prosecutors are not subject to any control as to whether they are fulfilling their role as guardian and hardly face any consequences or even sanctions in the event of a breach of law. Overall, the public prosecutors' offices thus meet the demands of the Federal Constitutional Court to a very limited extent only, namely in their role as "guardians of the law" and guarantors "for the rule of law and lawful procedural processes" to watch over compliance with the laws on negotiated agreements and to "establish and enforce uniform standards for the granting of consent to negotiated agreements and for the exercise of the right to appeal". No less than two-thirds of senior public prosecutors surveyed in Module 6 are of the view that the measures taken by them – where they are taken at all – tend not to lead to an increase in the detection of procedural errors. This corresponds to the fact that there are also no significant statistical records of negotiated agreements by the public prosecutors' offices and the attorney generals' offices.

## ANNEX VII – Collection Template for Enforcement Data Relating to Foreign Bribery Cases

For reasons of efficiency, please use track changes to insert any new information in this table and do not delete any of the information already contained in it. Before forwarding these tables to the OECD and TI, the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection will carry out additional anonymization (in particular, the “JS” file number will be deleted). If possible, please complete all rows!

Federal state/public prosecution office:	
Case number (where known):	
Investigation proceedings file number (where known):	
Status of proceedings:	

Where any parts of the proceedings were severed, please number them (set of investigations (1), set of investigations (2) ...) and retain this numbering in the following lines.

### A) General information

<b>I. Institution of proceedings:</b>	
1. Month/year in which the investigation proceedings were instituted	
2. Source of initial suspicion	<div data-bbox="1187 782 2184 845" style="border: 1px solid black; padding: 5px;">                     In particular, the OECD distinguishes between the sources of detection in A.I.2 Please mark with a cross.                 </div>
<input type="checkbox"/> whistle-blowers	
<input type="checkbox"/> self-reporting	
<input type="checkbox"/> requests for mutual legal assistance	
<input type="checkbox"/> tax proceedings	
<input type="checkbox"/> reports of suspected money laundering	
<input type="checkbox"/> Other investigations	
<input type="checkbox"/> criminal complaints filed by third parties	
<input type="checkbox"/> Other (Please shortly describe)	
3. Brief description of the subject matter of the investigation	<div data-bbox="1187 1053 2184 1173" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <b>Important:</b> Please number all involved accused (accused 1, 2 etc.) and retain this numbering in the following lines. This will allow for the individual procedural steps and decisions to be attributed correctly where several accused persons are involved.                 </div>
<b>II. Details on the facts of the case:</b>	
1. Sector/business area of the company of the accused/indicted/defendant	
2. Position and rank of the accused/indicted/defendant	
3. Country and position of the bribed foreign public official	
4. Date/time of the act of bribery	
5. Type and, where applicable, amount of the bribe	

6. Date/time of the official act to be performed in return for the bribe	Cases where the charges of bribery of foreign public officials were not pursued any further (e.g. due to the expiry of limitation periods or challenges in requesting) but where other charges (e.g. breach of trust pursuant to section 266 CC, bribery in business transactions under section 299 CC, or tax evasion) are possible, can, in principle, also be classified as foreign bribery cases. However, it must be demonstrated that valid indications remain that the bribe-taker can be considered as a foreign public official and that, therefore, the offence may be classified as a case of foreign bribery (see OECD Phase 4 Report on Germany, para. 26f).
7. Type and value of the official act to be performed in return for the (e.g. awarding of a contract)	
8. Factual information pertaining to related charges	
9. Legal persons involved	<b>Important:</b> Where several legal persons are involved, please number them (legal person 1, 2 etc.) and retain this numbering in the following lines. This will to allow for the individual procedural steps and decisions to be attributed correctly.
<b>III. Investigation proceedings:</b>	
1. Main investigative measures (e.g. financial investigations, searches, examination of accused persons, setting up of joint investigation team (JIT))	
2. Request for mutual legal assistance (To which state? Which measures were requested? Date of the request and the response? Was the request complied with? Reasons for denial, where applicable)	
3. Measures to secure asset recovery (where applicable, please specify which measures)	
4. Investigation proceedings fully concluded (yes/no)	

**B) Formal Proceedings**

<b>All the information requested under items I. – II. are to be provided separately for each natural / legal person</b>	
<b>I) Regulatory offence proceedings (pertaining to the breach of supervisory duties) under sections 130, 30, 29a of the Act on Regulatory Offences (<i>Ordnungswidrigkeitengesetz, OWiG</i>):</b>	Part I only includes information on proceedings by the prosecutor's office with the aim to issue an administrative fine pursuant to sections 130 or 130, 30 OWiG and independent confiscation orders pursuant to section 29a OWiG. Information on court proceedings with the aim to issue an administrative fine are to be included in part II.
1. Termination of proceedings pursuant to section 47 OWiG, including the date of termination	
2. Grounds for termination	
3. Where an administrative fine was imposed:	
a) Date of the administrative order	
b) Amount of the fine (asset recovery element / sanctioning element)	
c) Criteria for determining the fine (asset recovery element/sanctioning element); where applicable, consideration given to any self-reporting, assistance in resolving the case, compliance	

d) Final and binding since:	
4. Where a decision was made pursuant to section 29a OWiG:	
a) Date of the decision	
b) Amount confiscated (incl. calculation)	
c) Final and binding since:	
5. Where applicable, press release published by the public prosecution office (with date)	
<b>I) Criminal proceedings</b>	
<b>1) Termination of proceedings <u>prior to the indictment</u>:</b>	
a) Date of and legal basis for termination (e.g. sections 170(2), 153a(1), 154(1) CCP as well as exact designation of the charges in respect of which the proceedings were terminated	
b) Grounds for termination	
c) Where proceedings relating to the charge of foreign bribery were terminated: Are there still any remaining indications that the bribe-taker might have been a foreign public official? If so, please state.	Please also see comment regarding item A. II.8 in this context.
d). Where section 153a CCP was applied:	
aa) Type of the conditions and instructions imposed, in particular the amount and the criteria for determining the sum paid in exchange for the termination (where applicable, consideration given to any self-reporting, assistance in solving the case, compliance)	
bb) Were the conditions/instructions complied with?	
e) Where applicable, press release published by the public prosecution office (with date)	
<b>2) Indictment/application to issue a penalty order::</b>	
a) Date of indictment/application to issue a penalty order	
b) Court (local court/regional court and place)	
c) Exact designation of the charges on which the indictment/application to issue a penalty order is based	

d) In the absence of an indictment/application to issue a penalty order for foreign bribery: Are there still any remaining indications that the bribe-taker might have been a foreign public official (cf. comment regarding item B. 8)? If so, please state.	Please also see comment regarding item A. II.8 in this context.
e) Application for ordering the participation of a company as a secondary party to the proceedings (section 444 CCP)	
f) Date of the order opening main proceedings (section 203 CCP)	
g) Where main proceedings were (partially) not opened: charges concerned and grounds (where applicable, information on any appeal filed against the decision not to open main proceedings)	
h) Date of main hearing	
<b>3) Termination of proceedings following the indictment:</b>	
a) Date of and legal basis for termination (e.g. sections 153(2), 153a(1), 154(1) CCP) as well as exact designation of the charges in respect of which the proceedings were terminated	
b) Grounds for termination	
c) Where proceedings relating to the charge of foreign bribery were terminated: Are there still any remaining indications that the bribe-taker might have been a foreign public official (cf. comment regarding item B. 8)? If so, please state.	Please also see comment regarding item A. II.8 in this context.
d) Where section 153a CCP was applied:	
aa) Conditions and instructions imposed, in particular the amount and the criteria for determining the sum paid in exchange for the termination (where applicable, consideration given to any self-reporting, assistance in solving the case, compliance)	
bb) Were the conditions/instructions complied with?	
e) Where applicable, press release published by the public prosecution office/court (with date)	
<b>4) Judgment/penal order/confiscation orders:</b>	
a) Date of judgment/final decision	

b) Where a judgment/penal order was issued:	
aa) Exact designation of the charges in respect of which the person concerned was convicted/acquitted	
bb) Where the person concerned was acquitted of the charge of foreign bribery: Are there still any remaining indications that the bribe-taker might have been a foreign public official (cf. comment regarding item B. 8)? If so, please state.	Please also see comment regarding item A. II.8 in this context.
cc) Negotiated agreement pursuant to section 257c CCP	
dd) Sanction (level of the sanction imposed and, where applicable, criteria for determination of the prison term or fine)	
ee) Where the execution of the sanction was suspended on probation: probation period, conditions and instructions	
ff) Confiscation orders (including orders pursuant to sections 73b, 76a CC, calculation of the amount; where applicable, grounds for dispensing with confiscation)	
gg) Amount of the fine imposed on companies ordered to participate in the proceedings as secondary parties (asset recovery element/sanctioning element) (where applicable, consideration given to any self-reporting, assistance in resolving the case, compliance)	
c) Date on which the decision(s) became final; where applicable, status of appellate proceedings	
d) Where applicable, press release published by the public prosecution office/court (with date)	Please do not delete any data entered here! These data are to be entered by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.
<b>Comments on the statistical recording</b>	

[www.oecd.org/corruption](http://www.oecd.org/corruption)

